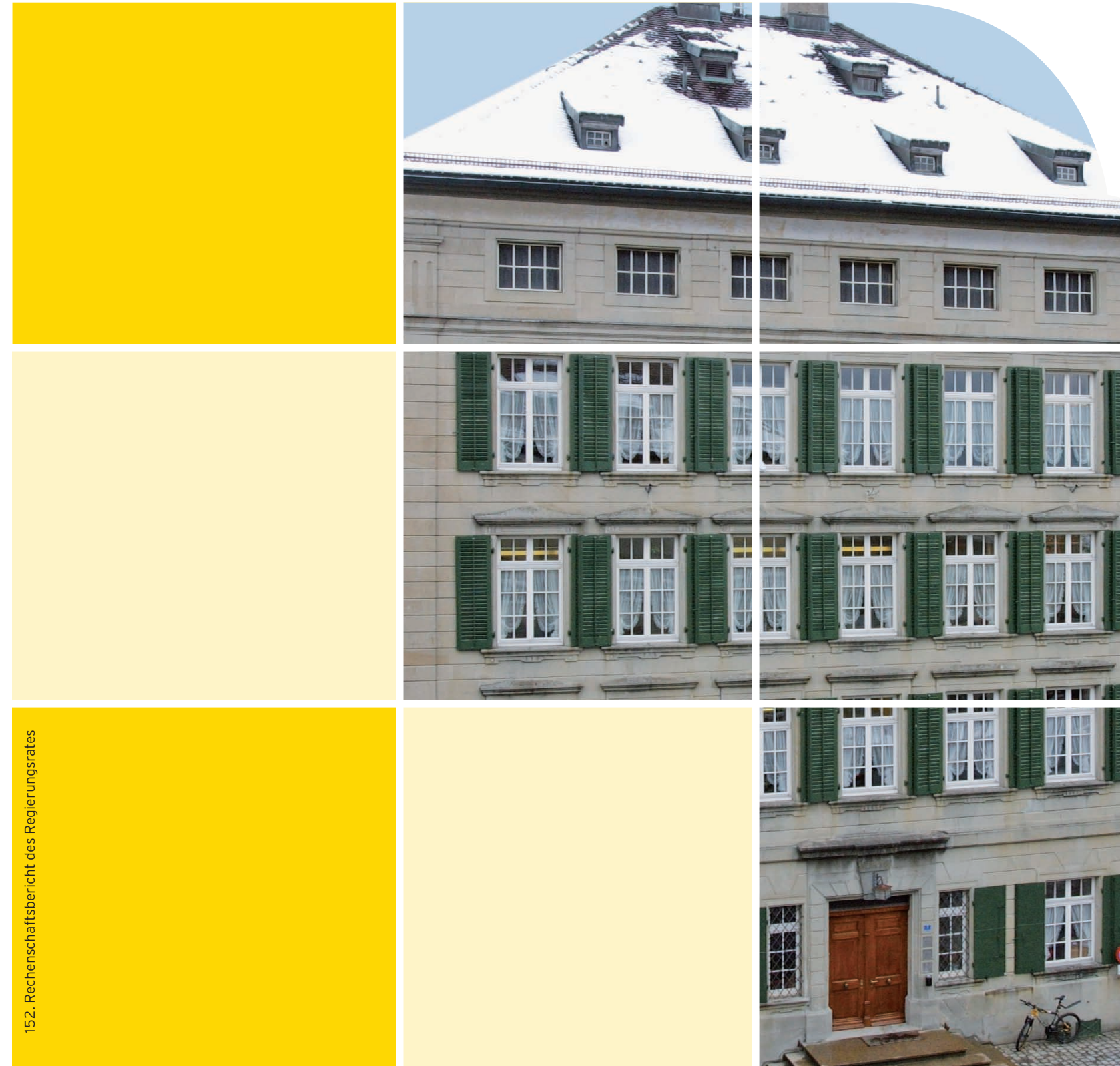


## 152. Rechenschaftsbericht des Regierungsrates an den Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden 2010



Kantonskanzlei  
9102 Herisau  
152. Rechenschaftsbericht des Regierungsrates 2010



Vorwort	3
Regierungsprogramm	4
Kantonskanzlei	17
Stabsstelle Controlling	22
Departement Finanzen	23
Departement Bildung	31
Departement Gesundheit	38
Departement Bau und Umwelt	45
Departement Volks- und Landwirtschaft	54
Departement Sicherheit und Justiz	63
Departement Inneres und Kultur	70
Sach- und Terminplanung 2007-2011	78
Statistischer Anhang	80

Titelbild: Rathaus Trogen

## Vorwort

Sehr geehrter Kantonsratspräsident  
Sehr geehrte Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Mit dieser Ausgabe haben Sie den 152. Rechenschaftsbericht vor sich. Bereits die Verfassung von 1859 (Art. 4 Abs. 2) verpflichtete den Regierungsrat zur Berichterstattung über die Aufgabenerfüllung der Staatsverwaltung: «Sie (die Standeskommission) hat dem grossen Rathe alljährlich Bericht und Rechenschaft über ihre Verrichtungen zu geben.» Die Rechenschaftsablage bezweckt nicht nur die Beratung im Kantonsrat, sie dient auch der Geschichtsforschung und schafft Transparenz gegenüber den interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Sie erlaubt einen kurzen und schnellen Einstieg in ein Berichtsjahr des Regierungsrates. Das wiederum setzt einen gewissen Umfang an Schriftlichkeit voraus.

Der Regierungsrat will in diesem Vorwort drei Punkte besonders hervorheben:

Das Berichtsjahr startete mit vagen Vorstellungen über die wirtschaftliche Entwicklung der Ostschweiz im Allgemeinen und von Appenzell Ausserrhoden im Besonderen. Die Sicht darauf war eher düster. Es sollte anders kommen. Der Staatshaushalt schloss mit einem gegenüber dem Budget besseren Abschluss von Fr. 19.7 Mio. ab. Neben höheren Steuereinnahmen verdanken wir dies nicht zuletzt auch einer hohen Budgetdisziplin von Regierungsrat und Verwaltung. Aufgrund der schnellen Erholung der Wirtschaft konnten auch die Steuerausfälle, die aus der Reduktion des Steuersatzes auf 6 % bei den juristischen Personen resultierten, bereits wettgemacht werden.

Zweimal befasste sich der Souverän mit den kantonalen Strukturen. Im Bereich der Volksrechte lehnte er die Volksinitiative «Wiedereinführung der Landsgemeinde im Kanton Appenzell Ausserrhoden» mit 70 % klar ab, im Bereich der Justizreform hiess er eine Teilrevision der Kantonsverfassung deutlich gut und hielt in der Stichfrage an der Wahl des Obergerichts fest. In beiden für den Kanton bedeutsamen Abstimmungen folgte der Souverän dem Antrag von Kantons- und Regierungsrat.

Das Monitoring zum laufenden und die Strategie zum neuen Regierungsprogramm zeigen auf, dass der Regierungsrat die Weichen richtig gestellt hat. Es geht im Hinblick auf die nächste Amtsperiode darum, eine Konzentration auf die wachstumswirksamen Projekte herbeizuführen. Immerhin kann bezüglich des Projekts «Bauen und Wohnen» im Berichtsjahr positiv festgestellt werden, dass die Zahl der Baukräne sichtbar zugenommen hat.

Grössere Gesetzgebungen und Projekte, die den Regierungsrat im Berichtsjahr beschäftigten, waren die gesamte Justizreform zur Einführung der Bundesprozessordnungen, die Umsetzung der Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes mit der Neuordnung der Spitalfinanzierung, die Projekte zum Lastenausgleich und die Flut von Vernehmlassungen.

Solch umfassende und komplexe Gesetzgebungen fordern auch Sie, sehr geehrte Kantonsrätinnen und Kantonsräte, immer wieder besonders heraus und benötigen grosses Geschick von Plenum und Kommissionen in der Beratung. Das gute Gelingen ist Ihrem Einsatz zuzuschreiben; es ist nicht selbstverständlich.

Der Regierungsrat dankt allen Angestellten der kantonalen Verwaltung und Schulen, des Spitalverbundes und allen weiteren Beteiligten, die im Berichtsjahr zum guten Gelingen und Ergebnis beigetragen haben, für ihren Einsatz und ihre Arbeit.

Im Namen des Regierungsrates

Jakob Brunnschweiler  
Landammann

Martin Birchler  
Ratschreiber



## Regierungsprogramm 2007-2011

### Gesamtprojektleitung

Der Regierungsrat befasste sich im 2010 wie folgt mit dem Regierungsprogramm:

12. Januar	Kenntnisnahme Konzept «kleine Kulturlandsgemeinde (kKL)» im Rahmen von Projekt 8
8. Juli	Kürzung Programmbudget für 2011 um Fr. 200'000
10. August	Beschluss Verlängerung des Regierungsprogramms bis Ende 2011
24. August	Kenntnisnahme Monitoring 2009
2./3. September	Kaderseminar: Rückblick auf das laufende Regierungsprogramm – Ausblick auf das Regierungsprogramm 2012-2015
9. November	Besprechung des laufenden Regierungsprogramms und der Absichten für das Regierungsprogramm 2012-2015
22. Dezember	Besprechung mit Projektleitenden Regierungsprogramm betreffend Finanzen 2010

Im Berichtsjahr befasste sich der Regierungsrat auch in zahlreichen Sitzungen und Workshops mit der Erarbeitung des neuen Regierungsprogramms 2012-2015. Insbesondere wurde mit den Gemeinden die Frage aufgenommen, inwieweit sie bereit sind, im neuen Regierungsprogramm mitzuwirken.

### Marketing

Die Projekte des Regierungsprogramms hielten wie im Vorjahr zuwenig marketingreife Produkte bereit für ein grösseres Programm. Das Marketing lief mit wenigen Massnahmen weiter:

- Erstellt wurde eine Wanderkarte, die auf die Frühjahrs-saison 2011 erscheinen wird.

- Zudem wurde ein Konzept für weitere Give-aways und die Grundlagen für ein audiovisuelles Marketing für den Kanton erstellt, das dem Regierungsrat zu Beginn 2011 unterbreitet wird.
- Verschiedene Projekte wurden durch Marketing oder mit Medienarbeit unterstützt bzw. begleitet, wie beispielsweise der Monitoringbericht oder das Familienleitbild.

### Finanzen

Im Berichtsjahr standen nach einer Kürzung zur Budgetverbesserung um Fr. 0.5 Mio. und dem Übertrag 2009 insgesamt Fr. 1.125 Mio. zur Verfügung. Davon wurden in den Projekten Fr. 0.972 Mio. verwendet.

### Zu den übergeordneten Zielen

Das Regierungsprogramm ist auf gutem Wege, die Projekte zeitgerecht abschliessen zu können. Die Wachstumswirksamkeit muss in Frage gestellt werden, nachdem zuletzt eine Bevölkerungsstagnation bzw. ein -rückgang zu verzeichnen war. Offenbar waren neben der wirtschaftlichen Lage andere Faktoren zuwenig wirksam, um ein Bevölkerungswachstum zu erzeugen. Sichtbar ist die gestiegene Wohnbautätigkeit. Das nächste Regierungsprogramm erfordert eine weitere Konzentration der Kräfte und Projekte.

<b>Budget 2010 (in Fr. Tausend)</b>		<b>1'000</b>
<b>Übertrag 2009</b>		<b>125</b>
<b>Projektausgaben</b>		
Pool	115	
Marketing	58	
Koordinierte Familienpolitik	77	
Bedarfsgerechte Tagesstrukturen	43	
Sekundarstufe II mit 95 % Abschlussquote	86	
100 Jahre PZA	115	
Umsetzung Wirtschaftsstrategie und NRP	65	
Umsetzung und Promotion Steuerstrategie	16	
Bauen und Wohnen	267	
Kulturfrühling Ausserrhoden	130	
Jubiläumsaktivitäten Dunant 2010	0	
<b>Total Ausgaben</b>	<b>972</b>	
Übertrag auf 2011 (gerundet)		155

## 1. Projekt 1: Koordinierte Familienpolitik Departement Inneres und Kultur

### 1.1 Zielsetzungen 2010

Das Familienleitbild wird durch den Regierungsrat verabschiedet. Im Nachgang soll die Kommunikation erfolgen und die Umsetzung der Massnahmen starten.

### 1.2 Massnahmen / Ereignisse 2010

Der Regierungsrat verabschiedete das Familienleitbild am 15. Dezember 2009. Ein Tätigkeitsschwerpunkt im Berichtsjahr war damit die Kommunikation des Familienleitbildes; und diese erfolgte im März mit einer Informationsveranstaltung für den Kantonsrat, einer Medienkonferenz sowie einer öffentlichen Informationsveranstaltung.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Umsetzung der Projekte aus dem Familienleitbild: Im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde zusammen mit dem Amt für Wirtschaft das Projekt PlusPlusAR lanciert. Die Informationsplattform für Familien wird am 10. März 2011

aufgeschaltet. Die Studie über die finanzielle Situation von Familien wurde der Fachhochschule St.Gallen in Auftrag gegeben und wird im März 2011 vorliegen. Für die versuchsweise Einrichtung einer Anlaufstelle für Elternbildung liegt eine Offerte der Pro Juventute AR vor. Ein operativer Start im Sommer 2011 ist realistisch, vorbehalten bleibt der Entscheid des Regierungsrates. Im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung liegt ein Bericht des kita netzwerk sg vor, welcher Empfehlungen für die weiteren Schritte enthält. Derzeit wird geklärt, welche Empfehlungen umgesetzt werden sollen und können. Das Konzept für die Umsetzung des internationalen Tages der Familie steht und wurde bereits einzelnen Gemeinden kommuniziert. Aufgrund der Rückmeldungen wird es leicht angepasst. Erstmals sollen im Jahr 2012 in mindestens drei Gemeinden Anlässe zum Familientag stattfinden.

Ebenfalls wurde der zweite Familienbericht konzipiert, der im 2011 publiziert werden soll.

### 1.3 Stand Projekt / Absichten

Vgl. Ziff. 1.2 und 1.4



#### 1.4 Beurteilung Projekt / Weiteres Vorgehen

- Mit der Internetplattform für Familien ([www.familien.ar.ch](http://www.familien.ar.ch)) kann ein wichtiger Meilenstein in der Umsetzung des Familienleitbildes abgeschlossen werden. Zugleich ist die Plattform Ausgangspunkt für die zentrale Aufgabe des Kantons im Bereich Vernetzung und Koordination.
- Der Fortschritt des Projekts PlusPlusAR verläuft zäh. Dies zeigen auch Erfahrungen in anderen Kantonen. Die geplante Ausschreibung für besonders familienfreundliche KMU und deren umgesetzte Massnahmen soll die Unternehmen dafür sensibilisieren, dass sich familienfreundliche Unternehmenspolitik auszahlt.
- Die Studie zur finanziellen Situation von Familien (Zusammenwirkungen der Transferleistungen auf das frei verfügbare Einkommen) wird wichtige Erkenntnisse und ein Instrument liefern, um die Auswirkungen zukünftiger Gesetzesrevisionen (z.B. Steuergesetzgebung, Sozialhilfegesetzgebung, Gesetzgebung betreffend Stipendien und Studiendarlehen) besser abschätzen und aufzeigen zu können.
- Mit der Umsetzung einer Anlaufstelle für Elternbildung - in Zusammenarbeit mit dem Bildungsdepartement - wird eine Lücke geschlossen werden können.
- Im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschulbereich zeichnet sich der Bedarf nach einheitlichen Regelungen ab. Bisher wurde auf die Revision der eidgenössischen Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und Adoption (PAVO) gewartet, welche sich nun aber nochmals hinauszögert, weil die eidgenössische Vorlage auch in der zweiten Vernehmlassungsrunde auf starke Kritik stiess. Das weitere Vorgehen auf Ebene Kanton ist noch nicht geklärt.
- Die Fertigstellung des Familienberichts wird extern vergeben, weil die internen personellen Ressourcen nicht ausreichen.

Im 2011 soll ein Projekt zur Thematisierung von Wohnformen der Zukunft entwickelt werden, die sowohl den Bedürfnissen von jungen Erwachsenen und Familien als auch der demografischen Entwicklung Rechnung tragen.

Im Weiteren konnte die bereits gute Vernetzung erweitert und gepflegt werden. Eine bessere Vernetzung mit den Gemeinden und innerhalb der kantonalen Verwaltung wird im Zuge der Reorganisation im Departement (Amt für Gesellschaft) angestrebt.

#### 1.5 Finanzen

In den Jahren 2008 und 2009 wurden insgesamt Fr. 72'000 gebraucht. Im Berichtsjahr sind weitere Fr. 77'000 verwendet worden. Für 2011 sind weitere Fr. 215'000 eingesetzt. Der Kredit wird voraussichtlich bis auf Fr. 35'000 ausgeschöpft, die für andere Projekte des Regierungsprogramms frei gegeben werden können.

### 2. Projekt 2: Tagesstrukturen Departement Bildung

#### 2.1 Zielsetzungen 2010

Die zwischenzeitlich in fast allen Gemeinden aufgebauten Tagesstrukturen geniessen in Verbindung mit den flächen-deckenden Blockzeiten eine hohe Akzeptanz. Die pädagogische Wirkung in den Tagesstrukturen wird optimiert und die Angebote sind für alle potentiellen Nutzer attraktiv, verlässlich und finanziell verkraftbar.

#### 2.2 Massnahmen / Ereignisse 2010

Die kommunal spezifischen Entwicklungsanregungen aus den durchgeführten Evaluationen sind im Berichtsjahr weitgehend aufgenommen worden. Die anerkannten Projekte wurden durch Mittel aus dem Regierungsprogramm im Sinne einer Anschubfinanzierung unterstützt. In der Gemeinde Gais blieb ein Referendum gegen den Gemeindeaufwand für die Tagesstrukturen erfolglos. Im Zusammenhang mit der politischen Diskussion um einen Beitritt des Kantons zum Konkordat Harmonisierung der Volksschule sind die kommunale Zuständigkeit für die Ausgestaltung der Tagesstrukturen, die Freiwilligkeit der Angebote und die kommunale Gestaltung der Elterntarife betont worden. Die Projektleitung hat verschiedene Schulen in Fragen der Führung und Organisation der Tagesstrukturen beratend unterstützt.

## 2.3 Stand Projekt / Absichten

Nach einer Praxis von bis zu sechs Jahren sind die schulergänzenden Betreuungsangebote zumeist gut verankert. Die Leitungen sind fachlich ausgebildet, die organisatorische Eingliederung in die erweiterten Schulstrukturen erweist sich für alle Beteiligten als positiv. Die organisatorisch und räumlich den Schulstandorten angegliederten Betreuungsangebote bewähren sich. Auch nach dem Abschluss des Projekts im Rahmen des Regierungsprogramms wird das Amt für Volksschule die Gemeinden in der Ausgestaltung der Tagesstrukturen beratend unterstützen.

## 2.4 Beurteilung Projekt / Weiteres Vorgehen

Der Aufbau bedarfsgerechter Tagesstrukturen in den Gemeinden kann als abgeschlossen beurteilt werden. Die Autonomie der Gemeinden bei der konkreten Ausgestaltung sorgt für örtlich getragene Lösungen, schafft aber auch zwischen den Gemeinden unterschiedliche Ausprägungen und Qualitäten sowie verschiedene Tarifgestaltungen für die Elternbeiträge. Im Hinblick auf eine Gesetzesrevision Volksschule ist zu prüfen, ob für den ganzen Kanton wegweisende Richtlinien und Rahmenbedingungen für Tagesstrukturen geschaffen werden sollen. Der Einfluss des Kantons auf die Gestaltung und die Standards der Tagesstrukturen bleibt ohne solche Grundlagen beschränkt.

## 2.5 Finanzen

Die im Budget 2010 bereitgestellten Mittel in der Höhe von Fr. 43'000 wurden weitgehend für die Impulsfinanzierung der Tagesstrukturen in den Gemeinden benötigt. Diese Impulsbeiträge des Kantons haben die politischen Anstrengungen nach der Schaffung von Tagesstrukturen in den Gemeinden positiv unterstützt.

## 2.6 Aussage zu den übergeordneten Zielen

Das Projekt trägt im Sinne attraktiver Rahmenbedingungen dazu bei, die übergeordneten Zielsetzungen

«gesellschaftlich und wirtschaftlich wachsen» zu erreichen. Die zusätzlichen Erwerbstätigkeiten der Eltern dank den Tagesstrukturen sind durch Umfragen bestätigt. In Einzelfällen ist das Tagesstrukturangebot mit ein Grund für den Entscheid über den Wohnort bei Neuzuzüglern. Die bestehenden Tagesstrukturen sind notwendige, aber nicht ausreichende Rahmenbedingungen für ein quantitatives Wachstum der Bevölkerung. Tagesstrukturen in Verbindung mit den Schulen erhöhen die Bedeutung der Volksschule. Eine engere Verknüpfung mit Massnahmen bzw. Projekten einer koordinierten Familienpolitik (Fachstelle Familie) und stärkere Verbindungen zu Betreuungsangeboten für Kinder im Vorschulalter und zu Tagesfamilien ist notwendig, um sich von den Angeboten in den umliegenden Kantonen und Gemeinden positiv abzuheben. Eine effektive pädagogische und gesellschaftspolitische Wirkung könnten Tagesschulangebote in den «Zentrumsgemeinden» erzielen. Die politische Bereitschaft zu einer wirkungsvolleren und innovativeren familienergänzenden Betreuung mit einem erweiterten präventiven und pädagogischen Angebot ist nicht spürbar.

## 3. Projekt 3: Sekundarstufe II mit 95 % Abschlussquote Departement Bildung

### 3.1 Zielsetzungen 2010

Mit verschiedenen Massnahmen soll erreicht werden, dass auf der Sekundarstufe II 95 % der Jugendlichen einen Abschluss einer beruflichen Grundbildung oder einer weiterführenden Schule haben.

### 3.2 Massnahmen / Ereignisse 2010

Folgende Massnahmen wurden im Berichtsjahr durchgeführt:

- Lernatelier an der Berufsfachschule
- Überarbeitung der Broschüre «Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung AR»
- Intensivierte Berufsberatung in der Brücke AR (im Herbst)
- Weiterbildungsveranstaltung für Lehrpersonen der Sekundarstufe I (Marktplatz)



Ergänzend zu diesen Massnahmen hat das Departement Bildung im Frühjahr 2009 der Herisauer vivo gmbh ein Mandat mit folgenden Aufgaben übertragen:

- Vermittlung von Lehrstellen für Jugendliche mit geringem sozialem Netzwerk
- Begleitung von Jugendlichen mit geringem sozialem Netzwerk im Berufswahlprozess
- Vermittlung von Lehrstellen für Jugendliche nach Abbruch der Lehre

Nach der Erarbeitung aller notwendigen Grundlagen startete das Projekt «Lehrnetz AR» offiziell mit Beginn Schuljahr 2009/2010. Das Hauptaugenmerk galt vorerst der Vermittlung von Lehrstellen (Teil 1). Die Begleitung von Jugendlichen im Berufswahlprozess (Teil 2) wurde bewusst auf Beginn des Schuljahres 2010/2011 angesetzt, denn die Vorbereitungen dauerten etwas länger, insbesondere die Rekrutierung von freiwilligen Mentoren und Mentorinnen und deren Schulung. Diese startete im Herbst, und bis anhin konnten zehn Mentoren rekrutiert, geschult und an Jugendliche vermittelt werden.

Von August 2009 bis Juni 2010 wurden dem Lehrnetz AR 29 Jugendliche gemeldet. 26 Jugendliche haben die Aufnahmekriterien erfüllt und wurden ins Projekt aufgenommen: Das sind drei mehr als im Mandatsvertrag vereinbart.

Bis Ende Juni wurde für die 26 Jugendlichen insgesamt 36 Schnupperlehrstellen organisiert; 16 Jugendliche konnten einen Lehrvertrag unterzeichnen (15 EFZ, 1 EBA); eine Jugendliche hat einen Platz in der schulischen Weiterbildung am bke in Zürich erhalten. Dank einer Sonderdienstleistung der vivo gmbh konnten die nötigen fehlenden finanziellen Mittel beschafft werden. Drei Jugendliche fanden eine Anschlusslösung in der Brücke AR; zwei Jugendliche haben sich für den Besuch des 10. Schuljahrs an der SBW in Herisau entschieden; zwei Jugendliche waren zum Zeitpunkt der Aufnahmen ins Lehrnetz erst in der 8. Klasse; sie bleiben im Lehrnetz und werden weiter betreut; ein Jugendlicher stieg auf eigenen Wunsch aus dem Projekt aus; ein Jugendlicher wurde nachträglich wieder aus dem Lehrnetz ausgeschlossen (kein Interesse, kein Engagement, keine Kommunikation, keine Kooperation).

Mit 17 Lehrvertragsabschlüssen hat Lehrnetz das anvisierte Ziel von 80 % (Basis: 23 Jugendliche) knapp erreicht.

Der Aufwand für die Betreuung der Jugendlichen im ersten «Betriebsjahr» fiel weit höher aus als ursprünglich angenommen. Er belief sich für beide Lehrnetzbetreuer zusammen auf rund 50 % einer Vollzeitstelle. Dabei eingerechnet sind auch der Aufwand für die Erarbeitung der Projektstrukturen sowie die Präsenz an verschiedensten Anlässen und Veranstaltungen für das Networking. In einem «normalen» Betriebsjahr dürfte der Gesamtaufwand bei rund 25 bis 30 % oder ca. 1½ Tagen pro Woche liegen.

### 3.3 Stand Projekt / Absichten

Das Projekt verläuft gut. Die fachkundige individuelle Begleitung ist systematisch umgesetzt. Lehrnetz AR hat im ersten Betriebsjahr die Zielsetzung erreicht. Teil 2 von Lehrnetz AR – die Begleitung von Jugendlichen im Berufswahlprozess – ist erfolgreich unterwegs. Die Optimierung des Berufswahlprozesses verläuft Schritt für Schritt. Die Brücke AR zeichnet sich durch eine herausragende Erfolgsquote (85 %) aus.

### 3.4 Beurteilung Projekt / Weiteres Vorgehen

Die Schulabgängerbefragung 2010 zeigt, dass 94 % (mit einer Fehlerspanne von +/- 2 %) den Eintritt in die Sekundarstufe II mit Abschlussperspektive schaffen. Die Misserfolgsquote derjenigen, die zwar den Eintritt in die Sekundarstufe II jedoch keinen Abschluss schaffen, liegt im Bereich der Fehlerspanne. Appenzell Ausserrhoden liegt damit nahe an der 95 %-Quote.

Das Teilprojekt «Lehrnetz AR» soll in dieser Hinsicht einen nachhaltigen Beitrag leisten, und mit entsprechender Projektsteuerung soll dessen Wirksamkeit voll entfaltet werden.

Zudem soll die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung weiterentwickelt werden. Mit einer modernen, kundenfreundlichen und attraktiven Beratungsinfrastruktur könnte deren volle Wirksamkeit entfaltet werden, die für eine Konsolidierung der 95 %-Quote ein weiterer Meilenstein darstellt.

### 3.5 Finanzen

Das Projekt liegt im Rahmen des Budgets.



### 3.6 Aussage zu den übergeordneten Zielen

Attraktive Ausbildungsbedingungen, genügend Lehrstellen, ein gutes Angebot an weiterführenden Schulen, Erfolgsaussichten bei der Ausbildung, Unterstützungsangebote bei Ausbildungsschwierigkeiten und eine moderne und kundenfreundliche Beratungsdienstleistung und -infrastruktur sind wichtige Rahmenbedingungen für qualitatives und quantitatives Wachstum.

## 4. Projekt 4: 100 Jahre Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden Departement Gesundheit

### 4.1 Zielsetzungen 2010

Ziel des Vernetzungs- und Kommunikationsprojekts ist die nachhaltig verbesserte Information, Früherkennung sowie Unterstützung von Betroffenen und Angehörigen. Der Jahresschwerpunkt des Ausserrhoder Bündnis gegen Depression liegt auf der inhaltlichen und organisatorischen Festigung des Netzwerks Depression. Der Nutzen bestehender Angebote für Betroffene und Angehörige wird optimiert mittels Fort- und Weiterbildung der Fachpersonen und einer stärker koordinierten Zusammenarbeit. Vorbereitungen zur Überführung des Ausserrhoder Bündnis gegen Depression in ein Ostschweizer Bündnis gegen Depression nach Ablauf des Regierungsprogramms werden an die Hand genommen.

### 4.2 Massnahmen / Ereignisse 2010

Das gemeinsame Projekt mit dem Spitex Kantonalverband hat einen Beitrag geleistet zur Umsetzung der gesundheitspolitischen Strategie <ambulant vor stationär>. In den Arbeitsgruppen wurde fachspezifisches Wissen ausgetauscht. Die Kommunikation der Bündnisaktivitäten innerhalb des Netzwerks wurde sichergestellt. Die Vernetzung der nahezu 50 Bündnispartnerorganisationen - von denen knapp die Hälfte interkantonal in der Region Ostschweiz tätig ist - konnte somit weiter gefestigt werden. Die Informationsplattform im Internet wurde weiterentwickelt und stösst auf reges Interesse. Mit mehreren Beiträgen in vier

Medien mit hoher Auflage, einem gut besuchten öffentlichen Vortrag sowie dem interkantonalen Bibliothekenprojekt konnte die breite Öffentlichkeit sensibilisiert werden. Die Zusammenarbeit mit Appenzell Innerrhoden wurde erfolgreich gestartet.

### 4.3 Stand Projekt / Absichten

Die Verlängerung des Regierungsprogramms bis Ende 2011 ermöglicht, das Netzwerk Depression für die Zeit nach Ablauf des Regierungsprogramms 2007-2011 tragfähig zu machen. Die interkantonale Zusammenarbeit soll nach dem Kanton Appenzell Innerrhoden auch mit dem Kanton St. Gallen - im Hinblick auf ein Ostschweizer Bündnis gegen Depression - vereinbart werden.

### 4.4 Beurteilung Projekt / Weiteres Vorgehen

Das Projekt ist mit der Etablierung des Ausserrhoder Bündnis gegen Depression auch über die Kantons Grenzen hinaus auf Kurs. Die nächsten Schritte gehen in Richtung Stärkung der Zusammenarbeit zwischen ambulanten und stationären Angeboten und Fortführung der Vernetzung mit Appenzell Innerrhoden und St. Gallen. Inhaltlich setzen die Arbeiten dort an, wo das Präventionspotenzial in sozialer, gesundheitspolitischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht am grössten ist: bei den Kindern psychisch erkrankter Eltern.

### 4.5 Finanzen

Von den genehmigten Fr. 698'000 sind bis Ende 2010 Fr. 575'498 verwendet worden. Der Kredit wird bis Projektende ausreichen. Die fixen Ausgaben 2011 belaufen sich auf Fr. 114'528.

### 4.6 Aussage zu den übergeordneten Zielen

Das Ausserrhoder Bündnis gegen Depression trifft in der Öffentlichkeit und bei den Institutionen auf grosses Interesse. Die Bereitschaft aktiv mitzuwirken, ist - auch bei ausserkantonalen Fachpersonen - unerwartet hoch.



Es herrscht Einigkeit, das Thema Depressionen auch nach Ablauf des Regierungsprogramms 2007-2011 in hoher Priorität auf der fachlichen Agenda zu behalten. Damit stehen die Zeichen für eine nachhaltige Wirksamkeit von Projekt 4 gut.

## 5. Projekt 5: Umsetzung Wirtschaftsstrategie und Neue Regionalpolitik Departement Volks- und Landwirtschaft

### 5.1 Zielsetzungen 2010

#### Wirtschaftsstrategie

Die Wirtschaftsstrategie für Appenzel Ausserrhoden wurde 2007 vom Regierungsrat verabschiedet. Die Zielsetzung für 2010 war die weitere Etablierung dieser Stossrichtungen sowie die Umsetzung von mindestens einem Massnahmenvorschlag pro Strategiefeld (wirtschaftsfreundliches Klima, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, Wachstumsimpulse, Innovation und Wissen und Humankapital).

#### Neue Regionalpolitik (NRP)

Im Rahmen der NRP wurde folgendes Ziel vereinbart: Neues Wachstum in Appenzel Ausserrhoden ermöglichen. In der Programmvereinbarung mit dem Bund (SECO) wurden zudem folgende Vertragsziele festgelegt:

1. Umsetzung von Innovationsprojekten mit Schwerpunkt Standortentwicklung und Wissensvermittlung
2. Initiierung und Aufbau von Projekten aus dem Bereich Tourismus
3. Aufbau eines Kompetenzzentrums Holz - Gesundheit - Energie

### 5.2 Massnahmen / Ereignisse 2010

#### Wirtschaftsstrategie

Im ersten Strategiefeld «wirtschaftsfreundliches Klima» wurde der seit 1997 bestehende Dialog zwischen Wirtschaft und Politik auch im 2010 weitergeführt. Der Regie-

rungsrat hat fünf Firmen besucht, und mit dem Industrieverein AR, dem Gewerbeverband AR, der Stiftung zur Förderung der A.Rh. Wirtschaft und der Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzel fand je ein Treffen statt.

Im Bereich «wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen» wurden verschiedene Aktivitäten zur Promotion des Standorts Appenzel Ausserrhoden durchgeführt. Der Auftritt wurde jedoch aufgrund der veränderten politischen Ausgangslage angepasst.

Die Immobilienplattform «Immoweb AR» wurde in Zusammenarbeit mit den Gemeinden weiterentwickelt und ausgebaut, denn die möglichst lückenlose Erfassung der verfügbaren Immobilien bzw. Baulandparzellen erlaubt eine rasche und kompetente Reaktion auf Kundenanfragen. Weiter hat die Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit dem Projekt «Bauen und Wohnen» die Arealentwicklung «Eisigeli Schwellbrunn» begleitet und vorangetrieben, so dass nun verfügbares und erschlossenes Industriebauland angeboten werden kann.

Im Bereich «Wachstumsimpulse» unterstützte Appenzel Ausserrhoden das Projekt «Startfeld» zur Förderung von Innovationen und Unternehmensgründungen in der Ostschweiz. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Stiftung gegründet, so dass zukünftig Mittel zur Frühfinanzierung von Start-ups zur Verfügung stehen.

Im Strategiefeld «Innovation und Wissen» wurde das NRP-Projekt «Nano Cluster Bodensee» unterstützt; mit den Nachbarkantonen wurde zudem intensiv über eine gemeinsame Wissenstransferstrategie (WTT-Strategie) diskutiert. Auch wird die Verleihung des «WTT Young Leader Awards» und des «Swiss Technology Award» durch Appenzel Ausserrhoden massgeblich unterstützt. Neu finden jeweils ein bis zwei Venture-«Apéros» des Instituts für Jungunternehmen (IFJ) im Kanton statt. Dies stärkt die im Strategiefeld «Humankapital» vorgesehene Positionierung von Appenzel Ausserrhoden als attraktiver Arbeitsort. In Zusammenarbeit mit der Fachstelle Familien und Gleichstellung wurde das Projekt PlusPlus AR weiter vorangetrieben und das Projekt «Fit for Business» der Stiftung zur Förderung der A.Rh. Wirtschaft unterstützt.

## Neue Regionalpolitik

Im Februar 2008 wurde die Programmvereinbarung mit dem SECO für die Vierjahresperiode 2008-2011 unterzeichnet. Im April 2008 konnten auch die Umsetzungsschwerpunkte sowie die entsprechenden Meilensteine mit dem SECO abgeschlossen bzw. bereinigt werden. Im Februar wurde der zweite Jahresbericht zur Umsetzung der NRP in Appenzell Ausserrhoden verfasst und am Jahresgespräch im April ausführlich besprochen.

Nachfolgende Projekte wurden im Berichtsjahr unterstützt oder umgesetzt:

- AR-Innotech
- Div. Projekte im Bereich Tourismus (z.B. Wellbeing & Health Resort Appenzellerland)
- Div. Interkantonale Projekte (z.B. Nano Cluster Bodensee)
- Diverse kleinere Projekte

### 5.3 Stand Projekt / Absichten

Viele Projekte sind umgesetzt oder werden weitergeführt. Gerade im Bereich der NRP-Tourismus-Projekte wurden gute Grundlagen erarbeitet, welche nun ideale Voraussetzungen bieten, um die nächsten Umsetzungsschritte in Angriff zu nehmen.

### 5.4 Beurteilung Projekt / Weiteres Vorgehen

Das Projekt ist auf Kurs. Viele Teilprojekte sind erfolgreich gestartet und zum Teil bereits umgesetzt; einige haben zum Teil Folgeaufgaben ausgelöst. Dank gezielten Impulsen einzelner Projekte konnte das quantitative und qualitative Wachstum begünstigt werden. Mit den NRP-Projekten konnten bestehende Arbeitsplätze gestärkt und die Basis für neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

### 5.5 Finanzen

Die Ausgaben liegen im Budget.

### 5.6 Aussage zu den übergeordneten Zielen

Mit der Unterstützung und Umsetzung der geplanten Massnahmen wird ein Beitrag zur Zielsetzung «Neues Wachstum in Appenzell Ausserrhoden» bis zum Ende des Regierungsprogrammes geleistet. Durch die Projekte im Rahmen der NRP können die Standortvoraussetzungen für unternehmerische Aktivitäten verbessert und Innovationen, Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit im Kanton gefördert werden.

## 6. Projekt 6: Umsetzung und Promotion der Steuerstrategie Departement Finanzen

### 6.1 Zielsetzungen 2010

Der schweizerisch tiefste Unternehmenssteuersatz von 6 % soll weiter aktiv vermarktet werden. Dies soll durch Promotionsanlässe sowie durch gezielte Netzwerkarbeit erfolgen. Die politische Ebene unterstützt die Ansiedlungsbestrebungen zusätzlich mit persönlichem Engagement.

### 6.2 Massnahmen / Ereignisse 2010

Das Projekt wird mit einem externen Monitoring durch die Firma Ecolpol jährlich überprüft und bewertet. Eine erste repräsentative Auswertung im Sommer zeigt folgendes Bild: Insgesamt sind seit der Einführung des Steuersatzes von 6 % im Jahr 2008 bis Ende 2010 insgesamt ca. 850 zusätzliche Unternehmen angesiedelt worden. Bei dieser Zahl handelt es sich um eine Nettobetrachtung, die Wegzüge und Löschungen von Firmen sind abgezogen. Gegenüber früheren Perioden bedeutet dies in etwa eine Vervielfachung der Neugründungen. Insgesamt wurden in den neu angesiedelten Unternehmen bis Ende 2010 etwa 1'000 neue Arbeitsplätze geschaffen.



### 6.3 Stand Projekt / Absichten

Das Amt für Wirtschaft versucht in Zusammenarbeit mit der kant. Steuerverwaltung sowie mit Vermittlern weitere Firmen davon zu überzeugen, dass Appenzell Ausserrhoden ein attraktiver Unternehmensstandort ist und bleibt.

### 6.4 Beurteilung Projekt / Weiteres Vorgehen

Gemäss der Beurteilung von Ecopol stehen die Chancen gut, dass die Steuerstrategie positiv beurteilt werden kann. Dies obwohl in einer ersten Phase die Steuerausfälle durch die Tarifsenkung höher ausfallen als die zusätzlichen Steuererträge. Erfreulich ist die Tatsache, dass im 2010 die Steuererträge aus Neuansiedlungen knapp höher ausgefallen sind als die Ausfälle aus den Tarifsenkungen.

### 6.5 Finanzen

Insgesamt sind im Jahr 2010 für dieses Projekt Fr. 16'000 ausgegeben worden. Für das Jahr 2011 stehen noch 40'000 Franken zur Verfügung.

### 6.6 Aussage zu den übergeordneten Zielen

Das Bevölkerungswachstum in Appenzell Ausserrhoden ist im schweizerischen Quervergleich immer noch unterdurchschnittlich. Um die anvisierte Zahl von 55'000 Einwohnern bis im Jahr 2015 zu erreichen, sind grosse Anstrengungen auf kantonaler und kommunaler Ebene notwendig. Die Bemühungen sind zu intensivieren und die Verfahren im Bereich Planung und Bauen zu beschleunigen. Dem Mietwohnungsbau im Segment Mehrfamilienhäuser ist ein viel höherer Stellenwert beizumessen.

Beim Ressourcenindex 2011 (Basisjahre 2005/2006/2007) gemäss NFA ist gegenüber dem Index 2010 (75.2 Punkte) ein weiterer Rückgang von 1.1 Punkten auf 74.1 Punkte festzustellen. Der angestrebte Ressourcenindex von 88 Punkten bis ins Jahr 2015 wird kaum erreicht werden können.

Die übergeordneten Wachstumsziele können nur mittels einer viel stärkeren Fokussierung auf weniger Projekte erreicht werden. Das staatliche Handeln in den Bereichen

Zonenplanung, Erschliessung und Bauen muss verstärkt und beschleunigt werden.

## 7. Projekt 7: Bauen und Wohnen Departement Bau und Umwelt

### 7.1 Zielsetzungen 2010

Die Begleitgruppe Bauen und Wohnen hat im Frühjahr eine Standortbestimmung durchgeführt, die Arbeiten ausgewertet und daraus Empfehlungen für die Zielsetzungen zum Regierungsprogramm 2012-2015 entwickelt.

Projektleiter Dölf Biasotto wurde beauftragt, seine Arbeit auf die Teilprojekte A (Bauprojekte mit Impulswirkung) zu konzentrieren. Hierzu zählen insbesondere die «Haus-Analyse», Arealentwicklungen wie «Eisigeli Schwellbrunn» und «Bahnhof Herisau» sowie Wohnbauprojekte wie «Mattenbach Grub» und «Leuwies Waldstatt». Die Nachfrage an Dienstleistungen von «Bauen und Wohnen» hat im Laufe des Jahres stark zugenommen: Gemeinden und Private werden zunehmend aktiv und machen sich daran, die Attraktivität ihrer Dörfer zu verbessern.

### 7.2 Massnahmen / Ereignisse 2010

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 16 Bau- und Entwicklungsprojekte mit Beiträgen zwischen Fr. 3'000 und Fr. 40'000 sowie mit Bauberatung unterstützt. Bei den Teilprojekten A (Bauprojekte mit Impulswirkung) sind mehrere Erfolge zu melden:

- In Grub wurde im Sommer der Kaufrechtsvertrag zwischen der Gemeinde und einer Planergruppe für die Liegenschaft am Mattenbach abgeschlossen. «Bauen und Wohnen» hat den Entwicklungsprozess für die Mehrfamilienhäuser in Holz (rund 20 Wohnungen, ca. Fr. 10 Mio. Anlagevolumen) intensiv begleitet und unterstützt; 2011 sollen Quartierplan und Bauprojekt erarbeitet werden, der Bau ist 2012-2013 vorgesehen.
- Auf dem Industrie- und Gewerbeareal Eisigeli (Schwellbrunn) konnten in Rekordzeit ein Gestaltungsplan entwickelt und die Erschliessung realisiert werden; und

bereits im Sommer begannen die Bauarbeiten der neuen Produktionshalle von Blumer BSB AG. Die Spezialfirma für Holztragwerke baut ihre Kapazitäten auf dem Areal Eisigeli aus. «Bauen und Wohnen» hat sämtliche Verhandlungen geführt und das Projekt - zusammen mit dem Amt für Wirtschaft - auch bei der Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

- Das Projekt «Wohnüberbauung Leuwies Waldstatt» (rund 30 Wohnungen) wurde bis Stufe Vorprojekt entwickelt und im Herbst einem Investor zugeführt. Die Stimmbürger entscheiden im Februar 2011 über den Kaufrechtsvertrag für die Gemeindeliegenschaft Leuwies. 2011 soll das Bauprojekt entwickelt und der Quartierplan überarbeitet werden; der Bau wird im 2012-2013 erwartet.

Zu den Teilprojekten B (Qualität, Charakter, Identität) zählen unter anderem die Begleitung des Studienauftrags Boden-Büel-Unterstadel in Trogen. Aus der Jurierung des Studienauftrags für das Teilgebiet Büel-Unterstadel wurde ein etappierbares Siegerprojekt mit acht Mehrfamilienhäusern in Holz ermittelt. Mit dem kantonalen Tiefbauamt wurde auf dem Areal Bahnhof Herisau das langfristige Erschliessungskonzept für den öffentlichen und privaten Verkehr erarbeitet. Zwischen den Grundeigentümern, den Nutzern und der öffentlichen Hand wurde eine Entwicklungsvereinbarung erarbeitet, die in den nächsten Wochen zum Abschluss kommt. Damit ist die Grundlage gelegt für eine koordinierte und langfristig gute städtebauliche Entwicklung im Areal Bahnhof Herisau. Das Projekt «Bauen im Dorf» wurde finanziell unterstützt; Ausstellung und Veranstaltungen sind auf grosses Interesse gestossen und haben einen Diskurs über die Identität der Appenzellischen Bautradition und der zukünftigen Entwicklung der Ausserrhoder Dörfer ausgelöst. Die «Haus-Analyse» ist erfolgreich unterwegs; innerhalb von rund 14 Monaten wurden 26 Haus-Analysen in Auftrag gegeben. Mit den abgeschlossenen Haus-Analysen wurde ein Investitionsvolumen von über Fr. 1'500'000 ausgelöst und realisiert, was rund 15 % des theoretischen Sanierungsbedarfs dieser Gebäude entspricht. Tatsache ist: Viele Hauseigentümer haben es unterlassen, ihre Liegenschaften in den letzten 20 Jahren ausreichend zu unterhalten; bei einer Gesamtrenovation dieser Gebäude sind massive Abschreibungen vorzunehmen (25 - 30 %), wenn auch die Wirtschaftlichkeit dieser Bauten in Betracht gezogen wird. Die Erfahrung aus einigen «Haus-Analysen»

zeigt, dass viele Hauseigentümer nicht in der Lage sind, diese überdurchschnittlich hohen Investitionen aus eigener Kraft vorzunehmen.

### 7.3 Stand Projekt / Absichten

Die Nachfrage an Direktunterstützung durch Know-how aus der Bauprojektentwicklung ist im Berichtsjahr bei den Gemeinden und Privaten gestiegen. Das Budget erlaubte es «Bauen und Wohnen» nicht, alle Erwartungen der Kunden zu erfüllen. Die Gemeinde Lichtensteig hat die «Haus-Analyse» als Pilotgemeinde im Kanton St. Gallen übernommen. Durch verschiedene Referate der Projektleitung (u.a. BSA-Architekten Sektion Ostschweiz, politische Parteien im Kanton) wurde das Regierungsprogramm «Bauen und Wohnen» bekannt gemacht. Selbst im luzernischen Entlebuch war die Ausserrhoder «Haus-Analyse» Thema der ortsbaulichen Entwicklungsplanung.

### 7.4 Beurteilung Projekt / Weiteres Vorgehen

Die Begleitgruppe «Bauen und Wohnen» hat sechs Arbeitssitzungen durchgeführt. Weil sowohl Nachfrage als auch Anzahl Projekte stiegen, betrug der Aufwand des Projektleiters im Berichtsjahr über 850 Arbeitsstunden. Aufgrund der Budgetvorgabe und der Verlängerung des Programms bis Ende 2011 sind die finanziellen Beiträge an die Teilprojekte sowie die Projektbegleitung von «Bauen und Wohnen» stark zu reduzieren. «Bauen und Wohnen» hat deshalb beim Regierungsrat zusätzliche Mittel aus dem Regierungsprogramm 2007-2011 beantragt. Dies auch im Hinblick auf die Nachfrage bei den «Haus-Analysen».

### 7.5 Finanzen

Das Budget 2010 wurde voll ausgeschöpft.

### 7.6 Aussage zu den übergeordneten Zielen

Die Entwicklung von Bauprojekten - von der ersten Idee bis zur Realisierung - beansprucht oft mehrere Jahre. Neuer Wohnraum schaffen braucht Zeit, aber auch die

aktive Beteiligung von Gemeinden und Privaten. Die Zahl der begleiteten und unterstützten Projekte war im Berichtsjahr wesentlich höher als die Vorgaben aus dem Regierungsprogramm. Die «Haus-Analysen» sensibilisieren Wahrnehmung und Bewusstsein der Hauseigentümer und zeigen nun in den bereits realisierten Investitionen erste Wirkung. Selbst wenn der Hauseigentümer zum Entscheid gelangt, dass er die Liegenschaft verkaufen muss, kommt Bewegung in den Markt der grossen Zahl von Altbauten. Das Angebot der «Haus-Analyse» sollte weitergeführt, ausgebaut und auf das ganze Baugebiet erweitert werden.

## 8. Projekt 8: Kulturfrühling Ausserrhoden Departement Inneres und Kultur

### 8.1 Zielsetzungen 2010

Zwei Ziele waren im Berichtsjahr prioritär: Die Durchführung der kKL 2010 sowie das Konzept der kleinen Kulturlandsgemeinde ab 2012.

### 8.2 Massnahmen / Ereignisse 2010

Die kleine Kulturlandsgemeinde 2010, die sechste insgesamt, fand am 1 / 2. Mai im Trogener Kinderdorf Pestalozzi statt. Unter dem Titel «Im Land der Fremden» widmete sie sich mit Vorträgen, Diskussionen, Workshops und künstlerischen Interventionen den unterschiedlichen Formen menschlichen Unterwegseins in der heutigen Zeit. Hauptreferent am Sonntag war der bosnische Schriftsteller Dževad Karahasan. In Erweiterung der letzten kKL gab es einen einmonatigen Vorlauf mit drei Kunstschaaffenden und zwei Schulklassen. Die Ergebnisse dieser Arbeiten waren in einer Ausstellung zu sehen. Durch die Kooperation mit dem Power-up Radio wurden alle Referate aufgezeichnet und als Podcasts auf [www.kulturlandsgemeinde.ch](http://www.kulturlandsgemeinde.ch) geladen. Die Sendschrift der kKL 10 wurde von der UNESCO als Beitrag zum Jahr der Annäherung der Kulturen anerkannt. In der Sonderausgabe von Obacht Kultur 7 2 / 2010 ist ein Teil der Referate nachzulesen.

Im Januar wurde dem Regierungsrat das Konzept für die zukünftige Form der kKL ab 2012 vorgelegt. Die darin

formulierten Eckwerte fanden Zustimmung. Zur Konkretisierung galt es, die zukünftige Trägerschaft, die Finanzierung, die Architektur und das Erscheinungsbild zu klären. Mit Ausnahme der Architektur, die im Moment zurückgestellt wurde, können die Elemente Anfang 2011 dem Regierungsrat vorgelegt werden.

### 8.3 Stand Projekt / Absichten

Das Projekt ist weiterhin im Zeitplan und auf Kurs. Die kKL 11 wird sich in der Form der zukünftigen kleinen Kulturlandsgemeinden präsentieren. Anfang 2011 wird die zukünftige Trägerschaft und die Finanzierung für die nächsten drei Jahre geklärt werden.

### 8.4 Beurteilung Projekt / Weiteres Vorgehen

Die kKL 2009 und 2010 waren wichtige Meilensteine auf dem Weg zum Kulturanlass in Appenzell Ausserrhoden mit überregionaler Ausstrahlung.

Das Grundkonzept eines jährlich stattfindenden Kulturanlasses, der gesellschaftliche Fragen aufgreift und diese verschiedenförmig erforscht, hat grosses Potenzial und ist je nach Thema und Beteiligten wandelbar. Dabei interessieren die Analyse sowie die Auseinandersetzung verschiedener Menschen unterschiedlicher Disziplinen (Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik). Die kKL bietet Künstlerinnen und Künstlern, Kulturschaaffenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Denkenden eine gemeinsame Plattform.

Die Kulturlandsgemeinde 2011 widmet sich unter dem Titel «Alles, fertig, los» dem Thema der Arbeit. Sie bringt Kulturschaaffende und Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik nach Appenzell Ausserrhoden - und miteinander ins Gespräch.

### 8.5 Finanzen

Das Budget wurde eingehalten. Die noch vorhandenen Mittel reichen für die Erneuerung des Auftritts und die Durchführung der Kulturlandsgemeinde 2011.

## 9. Projekt 9 «Dunant 2010»

### Eröffnung

Die Auftaktveranstaltung zum Dunant-Jahr fand am 8. Mai statt, am Geburtstag von Henry Dunant. Der Gedenktag wurde zu einem grossen Teil von Kindern und Jugendlichen der Schule Heiden gestaltet. Vorgängig setzten sich über 550 Schülerinnen und Schüler im Rahmen der kantonalen Schulaktionswoche mit den Themen «Humanität, Solidarität und Zivilcourage» auseinander.

Am Festakt im Kursaal Heiden wurden Gäste aus der nationalen Politik, der Wirtschaft, der Kultur und des Sports sowie aus dem Ausland begrüsst. Die Festrede hielt der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Dr. Jakob Kellenberger.

Im Verlauf des Dunant-Jahres setzten sich rund 2'000 Kinder und Jugendliche aus der Schweiz und aus 36 Ländern mit den Werten «Humanität, Solidarität und Zivilcourage» auseinander. Bis Ende Jahr haben gegen 10'000 Menschen, darunter 2'000 Jugendliche, die Sonderausstellungen im Dunant Museum und im Historischen Museum besucht.

### Bildung und Vermittlung

Unter dem Titel «Henry Dunant - Humanität, Solidarität, Zivilcourage, damals und heute» erschien ein Heft und der zugehörige Lehrmittelkommentar im Kantonalen Lehrmittelverlag St. Gallen. Sie sind Bestandteil des «Friedenskofters», welcher in den Museen in Heiden und auswärts bzw. in anderen Schulen zum Einsatz kam. Gleichzeitig wurde die interaktive Bildungsplattform [www.dunant-wissen.ch](http://www.dunant-wissen.ch) aufgeschaltet. Rund 50 Schulklassen bzw. 1'000 Schülerinnen und Schüler benutzten das Klassenreiseangebot, das aufgrund des Erfolgs im 2011 wiederholt wird.

### Nationales Pfingstlager

Das Nationale Pfingstlager der Samariter-Jugend fand im Mai statt und wurde von rund 800 Jugendlichen besucht.

### Internationales Jugendcamp

Im August wurde in Heiden - zusammen mit dem Jugenddienst des Schweizerischen Roten Kreuzes - das Internationale Jugendcamp für Humanität und Frieden (You R HUMANITY Camp) durchgeführt. Teilnehmer waren 111 Jugendliche aus 36 Ländern. Das Internationale Jugendcamp war eine besondere Erfolgsgeschichte.

### World Harmony Run

Läuferinnen und Läufer trafen im September 2010 mit den aus Solferino und Genf nach Heiden getragenen Fackeln beim Dunant Denkmal in Heiden ein, begleitet von Teilen der Bevölkerung und vor allem von sportbegeisterten Jugendlichen.

### Kids Cross

Im September fand der von bekannten Sportlerinnen und Sportlern und sportbegeisterten Helfenden organisierte Kids Cross statt. Als Motto galt, dass humanitäres Handeln nicht erst bei der Schadensbegrenzung, sondern bei gelebter Toleranz und Menschlichkeit beginnt. Mit dem Ziel, Grenzen aufzulösen, liefen rund 300 Kinder und Jugendliche mitten durchs Rathaus, Altersheim, Kino und durch private Keller. Der Anlass soll künftig jährlich wiederholt werden.

### Szenisches Musikwerk

Einen künstlerischen Glanzpunkt bildete das Szenische Musikwerk «Henry Dunant - ein dramatisches Menschenleben». Am 100. Todestag fanden in der Evangelischen Kirche Heiden die Uraufführung und im Anschluss fünf weitere Aufführungen statt. Der Text dazu stammt von alt Bundesrat Dr. Hans-Rudolf Merz, die Komposition von Gion Antoni Derungs, die musikalische Leitung lag bei Mario Schwarz, Regie führte Christa Furrer. Im Mai 2011 wird das Musikwerk in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo aufgeführt. Im Jahr 2014 sind Aufführungen in Berlin geplant.



### Tische für Friedensgespräche

Mit dem vom bekannten Appenzeller Konzeptkünstler H.R. Fricker geschaffenen, interaktiven Kunstprojekt im öffentlichen Raum, verbunden mit der «Heidener Konvention», wurde ein starkes Symbol für das Rote Kreuz geschaffen: die Tische für Friedensgespräche. Drei der vier in Heiden platzierten Tische werden verschenkt. Einer wurde im September mit einem Festakt in Berlin eingeweiht.

### Peace Bell (Friedensglocke)

Der Gründer des Roten Kreuzes wurde anlässlich seines 100. Todestages mit der Friedensglocke aus Japan geehrt. Die Glocke ist ein Mahnmal für die ersten Atombombenabwürfe. Die Stadt Nagasaki schenkt die Friedensglocke an Städte, die sich in einer besonderen Art und Weise für die Friedensförderung einsetzen. Bis heute sind dies die Städte Hiroshima, Leningrad, Schenyng, Honolulu - und nun Heiden, zur Erinnerung an das Wirken von Henry Dunant.

Seit März steht die Friedensglocke in der Eingangshalle des Spitals Heiden. Im April 2011 wird sie feierlich im Beisein einer Delegation aus Japan am definitiven Standort eingeweiht. Die Kunstinstallation am Standort stammt von Lucie Schenker.

### Sondermarke

Zum 100. Todestag brachte die Schweizerische Post eine Sondermarke heraus mit den Portraits von Henry Dunant und Gustave Moynier, als wichtige Persönlichkeiten für die Umsetzung der Rotkreuz-Idee.

### Finanzen

Die vom Kanton und von der Gemeinde Heiden gesprochenen finanziellen Beiträge waren unumgängliche Starthilfen, da die Gesuche zur Generierung von Drittmitteln über Stiftungen, Gesellschaften,

Privatfirmen sowie die Humanitäre Stiftung des Schweizerischen Roten Kreuzes erst im Sommer 2009 verfasst und eingereicht werden konnten.

### Schlussbeurteilung

Das Medienecho, das das Dunant-Jahr 2010 auslöste, war sehr gross. Während des ganzen Jahres besuchten Medienschaffende aus aller Welt die verschiedenen Projekte; Berichte gab es vom Lokalradio über die nationalen Medien bis zum japanischen Nationalfernsehen oder dem New York TIME Magazin. Ein besonderer Dank gebührt der Appenzeller Zeitung für die sehr gute Zusammenarbeit.

Insgesamt kann das Dunant-Jahr als voller Erfolg bezeichnet werden. Alle geplanten Projekte wurden erfolgreich und innerhalb des Budgets realisiert. Heiden und Appenzell Ausserrhoden standen etliche Male im Rampenlicht der nationalen Aufmerksamkeit. Wichtiger als dies ist aber, dass in der Bevölkerung das Bewusstsein für die Pflege der mit Henry Dunant verbundenen Werte geschaffen wurde. Der Verein Dunant-Jahr 2010 und die Gemeinde Heiden sind stolz, dass das Dunant-Jahr als Projekt im Regierungsprogramm von Appenzell Ausserrhoden Aufnahme gefunden hat. Damit bewiesen der Regierungs- und der Kantonsrat, dass sie sich mit den Zielen des Dunant-Jahres und dem dahinterstehenden Gedankengut identifizieren. Dieses Vertrauen ist aber auch Verpflichtung für die Zukunft, damit die Werte Humanität, Solidarität und Zivilcourage nachhaltig Bestand haben.

### Dank

Es ist dem Verein DUNANTJAHR 2010 ein grosses Bedürfnis, dem Regierungs- und Kantonsrat für die grosse Unterstützung zu danken.



# Kantonskanzlei

Leiter: Ratschreiber Martin Birchler

## 1. Kantonsrat

Der Kantonsrat behandelte an sechs Sitzungstagen insgesamt 58 Geschäfte. Die Beratungen waren geprägt durch die Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an die neuen Bundesprozessordnungen im Zivil- und Strafrecht. Im Zentrum standen dabei die Verabschiedung einer Teilrevision der Kantonsverfassung und eines neuen Justizgesetzes. Von Bedeutung war zudem die Genehmigung der Vereinbarung mit dem Kanton St. Gallen über den Lastenausgleich im Bereich der Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung. Aufgrund einer Änderung der Geschäftsordnung konnte am 7. Juni zum ersten Mal das amtsälteste Mitglied die konstituierende Sitzung des neuen Amtsjahres eröffnen. Kantonsrätin Ursula Weibel, Waldstatt, kam diese Ehre zu.

## 2. Regierungsrat

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat an 41 halb- oder ganztägigen Sitzungen 687 Geschäfte behandelt und verabschiedet. Ausser den Beschlussfassungen wurden im Laufe des Jahres verschiedenste Strategiethemata diskutiert. Wiederum fünf Mal zog der Regierungsrat über Land und tagte in den Gemeinden Bühler, Schönengrund, Lutzenberg, Rehetobel und Hundwil. Der persönliche Informationsaustausch und das gemeinsame Mittagessen mit den Gemeinderatsmitgliedern diente zur individuellen Beantwortung von Fragen oder Problemlösungen zwischen den Gemeinden und dem Kanton.

Im Verlaufe des Berichtsjahres hat der Regierungsrat im Sinne der guten Verhältnisse zwischen Wirtschaft und Politik folgende Betriebe besucht: Hänssler AG, Herisau, Huber + Suhner, Herisau, Raiffeisenverband Ostschweiz, Standort St. Gallen, HWB Kunststoffwerke AG, Wolfhalden, Coop-Ostschweiz, Standort Gossau. Einmal mehr waren dies interessante Begegnungen, die beidseits geschätzt wurden.

Traditionell fanden 2010 zwei Treffen mit den Regierungen der Kantone St. Gallen, Appenzell Innerrhoden und die Regierungskonferenz der Ostschweizer Kantone (ORK) statt. Jeweils kurz vor Beginn der Sessionen der Eidgenössischen Räte traf sich der Regierungsrat mit Nationalrätin Marianne Kleiner-Schlöpfer und Ständerat Hans Altherr zu einer kurzen Aussprache über die anstehenden Geschäfte in Bern.

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr verschiedene Gäste empfangen, wie den chinesischen Generalkonsul. Die Regierung hat sich mit Vertretern der Industrie- und Handelskammer St. Gallen - Appenzell zu einem Informationsaustausch, mit Vertretern des Gewerbeverbandes Appenzell Ausserrhoden und des Industrievereines Appenzell Ausserrhoden getroffen. Weiter hat sich der Regierungsrat mit den Medienschaffenden getroffen. Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr den Regierungsrat Uri zu einem Staatsbesuch eingeladen.

2010 wurden wiederum zwei Personalinformationsveranstaltungen in Herisau und Trogen durchgeführt. Die Mitarbeitenden wurden von den einzelnen Mitgliedern des Regierungsrates über die verschiedenen Entscheidungen orientiert. Die zum zweiten Mal durchgeführte Kadertagung der kantonalen Verwaltung fand am 2./3. September in Walzenhausen statt.

## 3. Kantonale Urnengänge

Im Berichtsjahr wurden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an zwei Wochenenden für Sachvorlagen an die Urne gerufen:

Am 7. März stimmten die Stimmberechtigten dem Baukredit zur Umnutzung der Liegenschaft Zeughaus Herisau mit 11'658 zu 4'513 Stimmen zu. Die Stimmbeteiligung betrug 44.9 %.

Am 13. Juni hatten die Stimmberechtigten über drei Sachvorlagen zu befinden: Die Volksinitiative zur Wiedereinführung der Landsgemeinde in Appenzell Ausserrhoden wurde mit 11'461 zu 4'845 Stimmen deutlich abgelehnt. Ebenso lehnte das Stimmvolk den Beitritt von Appenzell Ausserrhoden zur interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) mit 9'076 zu 7'012 Stimmen ab. Gleichentags nahmen die Stimmberechtigten die Teilrevision der Kantonsverfassung (Gerichte) an. Die Stimmberechtigten entschieden sich für eine Wahl der Richterinnen und Richter durch das Stimmvolk. In der Stichfrage entfielen 6'971 Stimmen auf das Wahlorgan Stimmberechtigte und 4'941 Stimmen auf das Wahlorgan Kantonsrat. Die Stimmbeteiligung betrug bei diesen drei Vorlagen zwischen 36.0 % und 44.8 %.



#### 4. Information und Kommunikation

Der Leiter Information und Kommunikation überarbeitete im Berichtsjahr das Informations- und Kommunikationskonzept des Kantons von Grund auf und passte es den heutigen Anforderungen an. Das Konzept wurde in der Regierung diskutiert und vorerst zur Kenntnis genommen. Mit der noch ausstehenden Verabschiedung verbunden sein wird der Entscheid, das Wünschbare vom Notwendigen zu trennen und Letzteres mit den entsprechenden Ressourcen zu versehen.

Mit in das Konzept aufgenommen wurde die interne Kommunikation. Das grosse Bedürfnis nach einer internen Kommunikation innerhalb der kantonalen Verwaltung zeigte sich im Rahmen der Entwicklung des Personalleitbildes. Um den Teil der internen Unternehmenskommunikation angemessen umzusetzen, wurde im Rahmen des Teilprojektes 5 des Personalleitbildes eine Projektgruppe unter Führung des Leiters Information und Kommunikation eingesetzt, die eine Mitarbeitendenzeitschrift entwarf. Das Projekt wurde vom Regierungsrat gutgeheissen; auf den Sommer 2011 hin - die dafür notwendigen Ressourcen vorausgesetzt - soll die Mitarbeitendenzeitschrift ein erstes Mal erscheinen.

Das im Vorjahr eingeführte Redaktorensystem für das Internet hat sich bewährt. Insgesamt bildete der Webmaster Christian Schweizer bis anhin rund 60 Personen als Internet-Redaktorinnen und -Redaktoren aus. Die kantonale Homepage [www.ar.ch](http://www.ar.ch) verzeichnet pro Tag rund 1'500 Besucherinnen und Besucher.

Um die täglich anfallenden Medienanfragen und -informationen zu bewältigen und auf einem weiterhin guten Niveau zu gewährleisten, konnte der Leiter Information und Kommunikation auf die Unterstützung des Stabsmitarbeiters DBU Andreas Disch zählen; dieser übernahm denn auch die Funktion des Stellvertreters bei Abwesenheit des Leiters Information und Kommunikation. Die entsprechende Ressourcenfrage resp. Stellvertreterregelung wurde im Berichtsjahr angegangen.

Ein Schwerpunkt wurde - und wird auch künftig weiter - auf die Einhaltung des kantonalen Erscheinungsbildes gelegt. Die zahlreichen kantonalen Publikationen richten

sich dank laufender Beratung und Überwachung immer besser am derzeit geltenden CD/CI aus.

Als besonderes Kommunikationsereignis sticht im 2010 das Geschehen rund um das Schulheim Wiesen heraus. Dank unverzüglich eingeleiteter Organisation, dem unkomplizierten Austausch zwischen Dienststellen und einer guten Informationsführung konnte nicht nur die plötzliche Medienaufmerksamkeit bewältigt werden; darüber hinaus lief der Informationsfluss innerhalb der Verwaltung reibungslos und die Ansprüche der Medien konnten innert Kürze und in gutem Umfang befriedigt werden.

Auch wenn es noch drei Jahre bis zum Jubiläumsjahr AR°AI 500 dauert, nahmen die Vorbereitungsarbeiten einen gewissen Raum ein. Einzelne Projekte wie auch die Dachkommunikation sind schon weit vorangeschritten.

Im weiteren ist der Leiter Information und Kommunikation in verschiedenen Gremien vertreten, die für die Verankerung in der Medienlandschaft wichtig sind, so z.B. in der Kommission Öffentlichkeitsarbeit der IBK, im Vorstand der SRG Ostschweiz oder neu auch in deren Programmkommission.

#### 5. Rechtsdienst

Das Berichtsjahr war geprägt durch die Realisierung einer neuen Online-Gesetzessammlung. Die Kantonskanzlei entschied sich für die Beschaffung des Systems «Lex-work» der Firma Sitrox. Das System wird pünktlich auf den 1. Januar 2011 für die Internet-Benutzerinnen und -Benutzer in Betrieb genommen. 2011 steht die Implementierung des Redaktionssystems in den Departementen an.

Im Rahmen der begleitenden Rechtsetzung nahm der Rechtsdienst in rund 25 Vorprüfungsberichten zu Rechtsetzungsvorhaben aus den Departementen Stellung. Daneben gestaltete er mehrere Rechtsetzungsprojekte direkt in Arbeitsgruppen mit. Als wichtigstes Vorhaben konnte das Archivgesetz erfolgreich abgeschlossen werden. Es wird auf den 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt werden. Andere grössere Projekte wie das eGovernment-Gesetz oder das Finanzhaushaltsgesetz laufen weiter.

Der Lehrgang Verwaltungsverfahrenrecht, der 2009 in Zusammenarbeit mit dem DVL erarbeitet wurde, fand im Berichtsjahr eine Fortsetzung. Erstmals konnte er den An-

gestellten von Kanton und Gemeinden im Rahmen des Weiterbildungsprogrammes des BBZ angeboten werden. Der Kurs stiess auf reges Interesse und wird 2011 wiederholt.

Übersicht über die vom Rechtsdienst betreuten Rekurse:

	<b>Regierungsrat</b>	<b>Departemente</b>	<b>Gesamt</b>
hängig am 1.1.	10	11	21
Neuzugänge	4	21	25
Erledigungen	7	27	34
hängig am 31.12.	7	5	12

## 6. Staatsarchiv

Das neue Archivgesetz tritt zusammen mit dem Benützungsgesetz für das Staatsarchiv am 1.1.2011 in Kraft. Im Rahmen des Umbauvorhabens Zeughaus Ebnet erfolgte die Vorprojektierung des neuen Staatsarchivs und seiner Kulturgüterschutzräume. Durch die Schweizerische Koordinationsstelle für dauerhafte Archivierung elektronischer Unterlagen (KOST) wurde die externe Speicherplattform ARCUN bereitgestellt. Damit können ab 2011 digitale Datenbestände bewirtschaftet werden. Mittelfristig ist im Rahmen der neuen Informatikstrategie eine kantonale Lösung anzustreben.

2010 wurden 355 Auskünfte an private Interessenten erteilt und 171 Dienstleistungen für amtliche Stellen erbracht. Zudem konnten 196 Archivbesuche registriert sowie 11 Vorträge und 15 Führungen ausgerichtet werden. Das Staatsarchiv unterstützte die CD-Produktion über Walter Rotachs Hauptwerk «Vo Aerbet Gsang und Liebi» sowie das 100-Jahr-Jubiläum des Vereins Werken und Hauswirtschaft (LARWH). Zum Dunant-Gedenkjahr verfasste Kathrin Hoesli den Aufsatz «Henry Dunants Krankheit und sein Kampf um Rehabilitierung».

Die Zugangskontrolle umfasst 79 Positionen. Umfangreiche Ablieferungen tätigten die Kantonskanzlei (Büro

Kantonsrat, Krüsi-Stiftung, Ausserrhodische Kulturstiftung), das Departement Finanzen (Direktionssekretariat, Steuerverwaltung, Personalamt) sowie das Departement Volks- und Landwirtschaft (Oberforstamt, Landwirtschaftsamt). Die Abteilung Nichtstaatliche Bestände wurde um die Archive der Pastoral-Gesellschaft hinter der Sitter (1836-1852), des Viehversicherungsvereins Herisau (1906-2008) sowie des Verbandes Appenzellischer Abstinentenvereine (1909-2002) erweitert. Kleine, auch Fotografien enthaltende Nachlässe widerspiegeln die Lebenswelten der Herisauer Fabrikarbeiterfamilie Alder, der Wäldler Wirtefamilie Buff, der Herisauer Bäckerfamilie Preisig und der Trogener Kaufmannsfamilie Niederer im 19. / 20. Jahrhundert. Ebenfalls als Schenkungen erhaltene Einzeldokumente und Briefkollektionen dokumentieren vielfältige Auslandsbeziehungen nach Frankreich, Deutschland, Russland und Indonesien.

In Zusammenarbeit mit den Appenzeller Bahnen AG erfolgten Sichtung und Bewertung der Betriebsarchive der früher selbständigen Gesellschaften. Vorerst wurde das Archivgut der Trogener Bahn (1897-2006), der Rheineck-Walzenhausen-Bahn (1891-2006) und der Rorschach-Heiden-Bergbahn (1871-2006) übernommen. Die erhebliche Mittel erfordernde Aufarbeitung der umfangreichen Bestände steht noch aus.



Mit Blick auf die angestrebte Sicherung aller älteren Einwohnerkontrollkarteien erfolgte in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Herisau ein erstes Digitalisierungsprojekt. Dank Kulturgüterschutzmitteln konnten vorerst 37'408 Karteikarten aus der Zeit 1945-1980 gescannt und elektronisch recherchierbar gemacht werden. Der GIS-Querschnitt AR 2010 sichert ein einfach nutzbares Set von raumbezogenen Basisdaten.

Die laufende Reorganisation des Gemeindearchivs Urnäsch hat Zugang zur ungewöhnlichen Überlieferungsdichte des 17. und 18. Jahrhundert geschaffen. Eine archivarische Kooperation hat sich zudem mit der reformierten Kirchgemeinde Herisau ergeben.

Beim von Dr. Eugen Nyffenegger geleiteten Nationalfondsprojekt «Appenzeller Namenforschung» kam die Sammlung historischer Belege zum Abschluss. In die Wege geleitet wurde das ebenfalls von beiden Kantonen mitgetragene neue kulturgeschichtliche Projekt «Appenzeller Möbelmalerei 1700-1860». Das 2010 mit einem Mitmachtag öffentlich lancierte AR+AI 500-Jubiläumsprojekt «Appenzeller Geschichte in Zeitzeugnissen» hat es erlaubt, etliche Neuzugänge auf der Webseite [www.zeitzeugnisse.ch](http://www.zeitzeugnisse.ch) zu präsentieren.

## 7. Passbüro

Der Regierungsrat hat am 10. November 2009 beschlossen, das Passbüro wieder in der Kantonskanzlei anzusiedeln und diese beauftragt, die notwendigen Arbeiten an die Hand zu nehmen. Nachdem die Umsetzungsarbeiten Anfang Jahr planmässig verliefen, konnte ab dem 24. Februar der Pass 10 telefonisch oder über das Internet beim kantonalen Passbüro beantragt werden.

Ab dem 1. März wurden die biometrischen Daten erfasst. Der Start verlief problemlos. Die Nachfrage nach den biometrischen Pässen war besonders in den Monaten März und April sehr gross. Im Laufe des Jahres normalisierte sich der Andrang; die Monate November und Dezember waren eher schwach.

Wie die Statistik zeigt, ist die Identitätskarte (IDK) in der

Bevölkerung das beliebteste Ausweispapier. Die bei den Gemeinden beantragten IDK werden von den Angestellten des Passbüros eingescannt, geprüft und zur Produktion weitergeleitet. Beim Pass 10 wird das Kombi-Angebot (Pass und IDK) vor allem aus Kostengründen bevorzugt. Von der Möglichkeit, im letzten Moment einen Pass zu erhalten, haben 85 Personen Gebrauch gemacht; dies geschieht besonders vor der Ferienzeit.

Die Produktion der Ausweise ist sehr effizient und meist erfolgt die Auslieferung in weniger als den vorgegebenen 10 Arbeitstagen.

Mit der Einführung des biometrischen Passes, insbesondere der digitalen Erfassung der Daten, wurde ein zukunftsgerichtetes System realisiert.

## 8. Aussenbeziehungen

### 8.1 Konferenz der Kantonsregierungen

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat sich im Berichtsjahr zu insgesamt vier Plenarversammlungen getroffen. Appenzell Ausserrhoden ist in der KdK durch Regierungsrat Jürg Wernli vertreten.

Die Entwicklung im Verhältnis Schweiz-EU beschäftigte die KdK auch im Berichtsjahr. Sie widmete sich der europapolitischen Standortbestimmung und den daraus folgenden institutionellen Fragen. Weitere bedeutende Themen waren die kantonale Unternehmensbesteuerung in Zusammenhang mit den Forderungen aus der EU, das Raumkonzept Schweiz und das Konsolidierungsprogramm sowie die Aufgabenüberprüfung des Bundes.

### 8.2 Ostschweizer Regierungskonferenz

Die Ostschweizer Regierungskonferenz wurde am 11. März von Appenzell Innerrhoden im Kloster «Maria der Engel» zur jährlichen Plenarsitzung empfangen. Die Konferenz befasste sich mit dem Bericht zur künftigen Struktur und Rolle der ORK vor dem Hintergrund der sich ändernden institutionellen Rahmenbedingungen.

Die Plenarkonferenz teilte die Auffassung der Arbeitsgruppe, dass die Metropolitankonferenz eine sinnvolle Ergänzung der bestehenden Zusammenarbeit der Ostschweizer Kantone darstelle, insbesondere im Rahmen der regionalen Fachdirektorenkonferenzen. Zudem führte die Konferenz eine Aussprache über die Vorfinanzierung von Infrastrukturvorhaben des Bundes durch die Kantone und die Poststellensituation in der Ostschweiz.

### **8.3 Internationale Bodenseekonferenz (IBK)**

Die Internationale Bodenseekonferenz tagte im Berichtsjahr unter dem Vorsitz des Landes Vorarlberg.

Am 3. Dezember fand die jährliche Regierungschefkonferenz in Mellau statt. Die Konferenz der Regierungschefs hat über die Fortschreibung des Massnahmenkatalogs zum IBK-Leitbild beschlossen und damit die weiteren Schritte zur Umsetzung des Leitbildes festgelegt. Weiter hat sie die Sachstandsberichte und Leistungsvereinbarungen der Kommissionen «Bildung, Wissenschaft und Forschung», «Gesundheit und Soziales», «Wirtschaft», «Verkehr», «Umwelt», «Öffentlichkeitsarbeit» und «Kultur» sowie das «Interreg IV-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein» und die «Bodenseeagenda 21» beraten und verabschiedet.

### **8.4 Parlamentarier-Konferenz Bodensee**

Das Land Vorarlberg präsidierte im Berichtsjahr die Parlamentarier-Konferenz Bodensee. Die Frühjahrskonferenz am 26. März behandelte – neben den ständigen Traktanden und Berichterstattungen – als Schwerpunktthemen die Energieeffizienz und Energiezukunft. Nach den Erläuterungen zur Unternehmensstrategie der Illwerke und der Vorstellung des Projekts «Vlotte» konnten die Konferenzmitglieder Probefahrten mit den verschiedenen «Vlotte»-Elektrofahrzeugen unternehmen.

Die Herbsttagung fand am 22. Oktober in Götzis statt. Sie stand unter dem Thema der demographischen Entwicklung, der sich daraus ergebenden Folgen und der Herausforderung für die Region Bodensee. Am Nachmittag konnte das «Haus der Generationen»

besichtigt werden, das in beispielhafter Ausprägung diese sozialpolitische Verantwortung übernimmt.

### **8.5 Staatsschreiberkonferenz**

Die Staatsschreiberkonferenz wurde im Berichtsjahr wiederum zweimal zusammengerufen. Die Frühjahrstagung vom 15./16. April in Rapperswil-Jona befasste sich zur Hauptsache mit der Tätigkeit, der Rolle und den Grenzen der parlamentarischen Aufsichtskommissionen. Sie beauftragte einen Ausschuss, die Ergebnisse dieses Jahresthemas in klaren Punkten darzustellen.

An der Herbsttagung vom 17./18. September in Délémont wurden neben den statuarischen Traktanden die Ergebnisse des Ausschusses zum Jahresthema diskutiert. Weiter wurde vom Stand der Verhandlungen der «Arbeitsgruppe Post - Bundeskanzlei - Kantone» zu Fragen der Postdienstleistungen im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen Kenntnis genommen. Ratschreiber Martin Birchler vertritt in dieser Arbeitsgruppe die Staatsschreiberkonferenz.



## Stabsstelle Controlling

Leiter: Rudolf Ramsauer

Die Stabsstelle Controlling nimmt nach Finanzhaushaltsgesetz Aufsichts- und Kontrollaufgaben in der öffentlichen Verwaltung wahr. Sie dient der Dienstaufsicht des Regierungsrates und unterstützt die Departemente bei der Verwaltungskontrolle.

In der Hauptaufgabe Controlling - bestehend aus System- und Einhalteprüfungen und Projektarbeiten - wurden 61 % der verfügbaren Zeit eingesetzt; gefolgt vom Finanzausgleich und Finanzaufsicht zwischen Kanton und Gemeinden mit 6 %, der Stiftungsaufsicht nach ZGB mit 6 % (im Auftrag des Departementes Inneres und Kultur) und den Revisionsmandate 4 %.

Die Aufgaben der Stabsstelle Controlling werden durch das Organisationsgesetz (OrG, bGS 142.12) vom 29. November 2004 (Art. 38), die Organisationsverordnung (OrV, bGS 142.121) vom 31. Mai 2005 (Art. 42) und das Finanzhaushaltsgesetz (FHG, bGS 612.0) vom 30. April 1995 (Art. 41 und 42) geregelt.

In der Hauptaufgabe Controlling konnten im Berichtsjahr drei Prüfungen infolge Stellenwechsels noch nicht abgeschlossen werden und wurden ins Jahr 2011 übertragen. Vier Prüfungen konnten aus sachlichen und zeitlichen Gründen nicht gemacht werden.

Im Katalog Massnahmen und Empfehlungen sind 32 neue dazugekommen. 32 konnten als erledigt aus dem Katalog genommen werden. So sind am Jahresende insgesamt 31 offen beziehungsweise in Bearbeitung. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung und den Stand über die letzten Jahre.

Die Grafik im Anhang zeigt die Aufteilung der Tätigkeiten der Stabsstelle Controlling in den letzten Jahren und die Planung für das Jahr 2011.

<b>Massnahmen und Empfehlungen Anzahl am 31.12.</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Offen bzw. in Bearbeitung Ende Vorjahr	25	32	29	31
Neue -Revisionsstelle -Stabsstelle Controlling	8 10	5 4	5 11	16 16
<b>Zwischentotal</b>	<b>43</b>	<b>41</b>	<b>45</b>	<b>63</b>
Erledigte	-11	-12	-14	-32
<b>Offen bzw. in Bearbeitung Ende Jahr</b>	<b>32</b>	<b>29</b>	<b>31</b>	<b>31</b>

## Departement Finanzen

Direktor: Köbi Frei

Die befürchtete negative Auswirkung aus der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 auf die Ertragsituation ist glücklicherweise ausgeblieben. Die Erträge bei den direkten Steuern sind nicht wie angenommen um 4 % zurückgegangen, sondern im Umfang von 4,5 % gestiegen. Somit konnte die Senkung des Steuertarifes auf 2010 im Umfang von ca. 5 Prozent aufgefangen werden. Das Steuerergebnis ist in der gleichen Höhe ausgefallen wie im Vorjahr. Insgesamt resultiert eine positive Budgetabweichung von Fr. 9,5 Mio. Zu dieser Abweichung von beinahe 9 Prozent kommen noch weitere Mehrerträge bei den Spezial- und den Bundessteuern dazu. Die gesamten Steuererträge 2010 sind um Fr. 16,5 Mio. höher ausgefallen als budgetiert; die Annahmen für die Budgetierung sind zu pessimistisch ausgefallen.

Das Gesamtergebnis der Rechnung 2010 mit einem Einnahmenüberschuss von Fr. 4,5 Mio. schliesst um rund Fr. 20 Mio. besser ab als budgetiert. Nebst der erfreulichen Entwicklung bei den Steuererträgen ist der Personal- und Sachaufwand tiefer ausgefallen als angenommen. Dazu kommen Verbesserungen bei den Abschreibungen sowie bei den Erträgen aus Liegenschaften. Dank dem unerwartet höheren Rechnungsabschluss wächst das Eigenkapital des Kantons auf über Fr. 75 Mio. Das hohe Eigenkapital und die negativen Aussichten auf die zu erwartenden erheblichen Aufwandüberschüsse im laufenden Haushalt bleiben eine grosse Herausforderung. Die Kunst wird darin liegen, das Eigenkapital gezielt abzubauen und die Rechnung mittelfristig ausgeglichen zu halten.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes in Kombination mit der Umstellung auf HRM 2 (Kanton und Gemeinden zusammen) sind weit fortgeschritten. Das Fachkonzept ist erarbeitet und die Eckwerte für die Umsetzung sind definiert.

Im Bereich der Gesetzgebung eGovernment sind die Arbeiten soweit fortgeschritten, dass im 2011 der politische Prozess abgewickelt werden kann. Das Ziel ist, die gesamte Informatik für den Kanton und die Gemeinden aus einer gemeinsamen Firma «AR Informatik AG (ARI)» anzubieten und zu betreiben.

Die Vorgaben aus dem Personalleitbild sind in fünf konkreten Umsetzungsprojekten aufgearbeitet worden, so dass ab 2011 mit der Umsetzung begonnen werden kann.

### 1. Departementsekretariat

Das Sekretariat befasste sich mit folgenden Gesetzgebungsarbeiten: Finanzhaushaltsgesetz (FHG), Grundstückschätzungsverordnung (GSV), IKZVA Kultur St. Gallen, eGovernment-Gesetz (eGovG). Bearbeitet wurden die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung und die Motion zum Ausgleich der kalten Progression. Im organisatorischen Bereich waren die Umsetzung der GSV zusammen mit den Grundbuchämtern und der Aufbau der Grundstückschätzungsbehörde zu bewältigen.

### 2. Lotteriefonds

Der Swisslos-Ertrag von Fr. 2,63 Mio. wurde dem Lotteriefonds gutgeschrieben. Davon wurden gemäss Budget Fr.

900'000 an den Kulturfonds und Fr. 550'000 an den Sportfonds überwiesen.

Die Verwendung der Gelder aus dem Lotteriefonds ist detailliert nach Projekten und fondsspezifisch (Gemeinnütziges, Kultur, Sport) im Anhang der Staatsrechnung aufgeführt.

### 3. Personalamt

#### 3.1 Allgemeines

Das seit dem Jahre 2008 gültige Personalgesetz hat sich bewährt; die Akzeptanz sowie die Umsetzungstreue ist gut. Die Funktionsbewertungen sind vollständig durchgeführt und die Abstimmung mit den Gehaltsklassen sowie den Lohnbändern entspricht den gesetzlichen Vorgaben.



Die Lohnbestimmungen für die Lehrenden an den kantonalen Schulen wurden im Rahmen des Übergangsrechts (BVO, Art. 24 sowie Anhang 3) überarbeitet und mittels Weisungen des Regierungsrates auf den 1. August in Kraft gesetzt.

Nachdem im Jahre 2009 das Personalleitbild eingeführt wurde, galt es im Berichtsjahr die konkreten Umsetzungsmassnahmen zu definieren. Für fünf Teilbereiche (Führungsentwicklung, Mitarbeitendenentwicklung, flexible Anstellungsbedingungen, leistungsorientierte Entlohnung und Mitarbeitendenzeitung) wurden Massnahmen erarbeitet und zur gezielten Umsetzung ab dem Jahre 2011 freigegeben. Nach einer längeren krankheitsbedingten Abwesenheit hat sich die Leiterin des Personalamtes dazu entschlossen, das Arbeitsverhältnis mit dem Kanton zu kündigen. Die Stelle wird Anfang 2011 neu ausgeschrieben und soll spätestens ab Mitte 2011 wieder besetzt sein.

### 3.2 Personalentwicklung

Am 31. Dezember betrug der Personalbestand in der kantonalen Verwaltung (ohne Spitalverbund und Kantonsschule Trogen) 823 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Berichtsjahr waren 58 Austritte zu verzeichnen, 38 Kündigungen erfolgten durch die Mitarbeitenden, 20 Personen traten aus anderen Gründen aus (ordentliche oder vorzeitige Pensionierung / einvernehmliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses). Dies ergibt eine Fluktuationsrate von 7.05 % (Vorjahr 6.97 %). Innerhalb des vergangenen Jahres wurden 57 Personen (31 Frauen und 26 Männer) neu angestellt, davon waren fünf Kaderangestellte (drei Frauen und zwei Männer). Erfreulicherweise konnten 12 Stellen mit internen Bewerbenden besetzt werden.

Die Tabellen im Anhang zeigen die Veränderungen des Personalbestandes, die Fluktuationsrate sowie den Absenzenanteil (Krankheit, Mutterschaft und Unfall) für die kantonale Verwaltung, den Spitalverbund und die Kantonsschule Trogen.

### 3.3 Taggeldversicherung, Absenzen- und Case-Management

Die Krankentaggeld- und Unfallversicherung werden weiterhin durch die Visana betreut. Die Prämiensätze (in beiden

Versicherungsbereichen) für die Mitarbeitenden erfahren per 1.1.2011 keine Veränderung.

Die Absenzbewirtschaftung und das Absenzmanagement (kantonale Verwaltung und Kantonsschule Trogen) bilden die Grundlage für die Früherfassung und Anmeldung von länger dauernden Abwesenheiten. Wiederum hat das Personalamt einige Mitarbeitende während krankheits- oder unfallbedingtem Ausfall bzw. beim Wiedereinstieg in den Berufsalltag unterstützt. Diese Unterstützung erfolgt situativ und u.a. in Form von Gesprächen und Beratungen, Hilfestellung in administrativen Belangen bis hin zur Begleitung bei Arztbesuchen.

### 3.4 Lehrlingswesen

Von acht KV-Absolventen/innen haben zwei die Lehrabschlussprüfungen nicht bestanden. Beide werden im Sommer 2011 nochmals antreten. Die restlichen Abschlüsse lagen im Durchschnitt bei 4.5. Irina Ferber, Kauffrau B-Profil mit 5.1, und Lia Preisig, Kauffrau E-Profil mit 5.0 erreichten die besten Resultate. Die beiden erstmals ausgebildeten Büroassistentinnen EBA haben ihre Qualifikationsverfahren ebenfalls erfolgreich abgeschlossen. Sehr erfreulich waren die Abschlüsse in den anderen Berufen: Nicole Wallner hat ihre Ausbildung zur Informatikerin mit 5.4 abgeschlossen und dabei die beste Praxisarbeit ihres Jahrgangs erzielt. Pascal Karrer schloss seine Informatik-Ausbildung mit Berufmaturität mit der Gesamtnote von 5.2 ab. Ihre Berufsausbildung zur Informations- und Dokumentations-Assistentin absolvierte Melanie Eugster mit 5.1. Sämtliche Lehrabgänger/innen fanden eine Anschlusslösung, durch eine Anstellung beim Kanton, in der Privatwirtschaft oder in Form eines Auslandsaufenthalts.

Im August haben zehn Jugendliche ihre Berufsausbildung begonnen: Acht Kaufleute, eine Informatikerin und eine Fachfrau Information und Dokumentation. Die frei werdenden Lehrstellen auf den Sommer 2011 konnten besetzt werden. Erfreulicherweise konnte auf August 2011 eine zusätzliche Lehrstelle als Fachmann Betriebsunterhalt im BBZ Herisau besetzt werden. Per 31. Dezember beschäftigte der Kanton 28 Lernende: 21 Kaufleute (davon zwei in der Ausgleichskasse und IV-Stelle), vier Informatiker/innen, zwei Fachleute



Betriebsunterhalt (Haus- und Werkdienst) und eine Fachfrau Information und Dokumentation.

Im 2010 wurde erstmals für die Lernenden im zweiten Lehrjahr ein Seminarnachmittag zur Problematik der Jugendverschuldung durchgeführt. Im Weiteren fand eine interne Fortbildung der Mitarbeitenden mit Lehrlingsbetreuungsaufgaben zum Thema «Lernende führen und begleiten» statt.

### 3.5 Interne Fort- und Weiterbildung

Auch im 2010 hat sich das Kursangebot der Personal- und Organisationsentwicklung POE des Personalamtes St. Gallen wiederum bewährt. Die Kantone Glarus und Appenzell Ausserrhoden profitieren vom Angebot und können eigene Kurse ins Angebot stellen.

## 4. Informatikamt

### 4.1 Allgemeines

Die vom Regierungsrat eingesetzte Informatikkommission (ITK) hat Ende 2009 eine neue IT-Strategie verabschiedet. Als zentrale Ziele nennt die IT-Strategie die partnerschaftliche, koordinierte Entwicklung der Informatik in Kanton und Gemeinden, die Bündelung und Konzentration der verfügbaren Kräfte sowie die weitgehende Standardisierung von Systemen und Prozessen.

Mit der Umsetzung der IT-Strategie und dem konsequenten Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien soll die Erfüllung öffentlicher Aufgaben wirtschaftlich und bürgernah gestaltet werden. Im Sinne von eGovernment sollen Prozesse zwischen Verwaltung und Bürgern bzw. Unternehmen sowie innerhalb der Verwaltung medienbruchfrei und durchgängig abgewickelt werden.

Die Realisierung von eGovernment-Lösungen setzt auf der technischen Ebene standardisierte, interoperable Systeme voraus. Die bestehenden heterogenen Infrastrukturen, Systeme und Anwendungen müssen deshalb auf Basis einer Gesamt-Architektur vereinheitlicht, zusammengeführt und optimiert werden. Erste Schritte in diese Richtung konnten bereits umgesetzt werden. Mit der Einführung einer gemeinsamen, derzeit von kantona-

ler Verwaltung, AR-NET Informatik AG und Spitalverbund AR genutzten Speicher-Infrastruktur konnten Synergien in Beschaffung und Betrieb realisiert werden.

Neben den Planungen standen die Sicherstellung eines stabilen laufenden Betriebes und die Realisierung verschiedener Projekte im Vordergrund. Wiederum mussten verschiedene Projekte aufgrund von (kurzfristigen) Vorgaben des Bundes oder aufgrund von gesetzlichen Anpassungen umgesetzt werden.

Einen wesentlichen Einschnitt im Informatikamt stellte die Kündigung des langjährigen Amtsleiters dar. Der bisherige Stelleninhaber hat das Informatikamt Ende November verlassen. Es konnte eine Nachfolgeregelung gefunden werden, die einen weitgehend nahtlosen Übergang ermöglichte.

### 4.2 Infrastruktur und Betrieb

Der Betrieb im Jahr 2010 verlief stabil und ohne grössere Unterbrüche. Dank der in breitem Umfang eingesetzten Virtualisierung der Systeme konnte auch der Wechsel von der bisherigen auf die neue, gemeinsame Speicher-Infrastruktur weitestgehend ohne Beeinträchtigung des laufenden Betriebes durchgeführt werden.

- Die zu sichernde Datenmenge sowie die Anforderungen an die Wiederherstellungszeit von Daten steigen kontinuierlich. Gleichzeitig mit dem erwähnten Ersatz der Speicherlösung wurde deshalb die Infrastruktur für die Datensicherung angepasst.
- Seit mehreren Jahren werden Multifunktionsgeräte als Abteilungsdrucker eingesetzt. Um die Möglichkeiten dieser Geräte besser zu nutzen, hat das Informatikamt die Funktionalitäten für das Scannen sowie das sichere und vertrauliche Drucken in ersten Departementen aktiviert. Zur Authentifizierung an den Multifunktionsgeräten wurde eine Karte kreiert, die als Träger für unterschiedliche digitale Zertifikate dient und die in Zukunft neben der Anmeldung an den Multifunktionsgeräten für die Anmeldung an Applikationen, als elektronischer Türschlüssel sowie für die bargeldlose Bezahlung an Kaffee- und Verpflegungsautomaten genutzt werden kann.

- Der Trend in Richtung Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort setzt sich fort. Als Folge gewinnt die Möglichkeit für mobiles Arbeiten an Bedeutung. Immer häufiger und von immer mehr Mitarbeitenden wird ein zeit- und ortsunabhängiger Zugriff auf die Informatik-Ressourcen gefordert. Mit der zunehmenden Vermischung von Arbeits- und Freizeit entsteht gleichzeitig der Wunsch, von beliebigen, auch privaten Geräten auf Anwendungen und Daten zuzugreifen. Das Informatikamt hat unter dem Namen Mobile Computing ein Projekt gestartet, mit dem diese Anforderungen abgedeckt werden sollen. Mit der Einführung eines sicheren Zugangs zu Applikationen und Daten für Mitarbeitende und Partner konnte ein erster Baustein in diese Richtung realisiert werden.
- Die bestehende Telefonanlage ist am Ende ihres Lebenszyklus angelangt. Sie ist in den nächsten Jahren zu ersetzen. Da die Ablösung mit einem Technologiesprung hin zur IP-Telefonie verbunden ist, müssen neue Lösungen vor einem flächendeckenden Einsatz intensiv getestet werden. Ein Produkt wurde 2010 im Informatikamt, im RAV sowie im Amt für Militär und Bevölkerungsschutz eingesetzt. Die Erfahrungen in diesen Organisationen sollen die Basis für den Entscheid liefern, ob die vorgesehene Lösung die bestehenden Telefonanlagen ersetzen kann.
- Die 2009 eingeführte Geschäftsverwaltungs-Applikation Konsul (Gever) wurde 2010 in weiteren Organisationseinheiten eingeführt (Amt für Wirtschaft, Departement Bau und Umwelt).

Aus Sicherheitsgründen ist der Zugriff auf das Internet eingeschränkt: Bestimmte Seiten sind aufgrund ihrer Inhalte gesperrt. Da einzelne Mitarbeitende zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf gesperrte Seiten zugreifen müssen, wurden für diese Mitarbeitenden Ausnahmen definiert. Die Handhabung der immer zahlreicher werdenden Ausnahmen verursacht einen immensen Aufwand. Das Informatikamt hat deshalb neben dem regulären Internet-Zugang die Möglichkeit für einen Open Internet Access realisiert. Dieser erlaubt einen uneingeschränkten Zugriff auf das Internet, ohne die Sicherheit der kantonalen Informatik-Umgebung zu gefährden.

### 4.3 Projekte

Die wichtigsten Projekte im Informatikamt sind im Folgenden aufgeführt:

- Der Bundesrat setzt die neue Schweizerische Zivilprozessordnung auf den 1. Januar 2011 in Kraft. Sie sieht vor, dass Parteien Eingaben bei Gerichten oder Behörden auch in elektronischer Form einreichen können. Um diese Anforderung erfüllen zu können, musste vom Informatikamt eine elektronische Plattform für die sichere Zustellung evaluiert und bereitgestellt werden. Damit verbunden war der Aufbau einer Infrastruktur zur Ausgabe und Verwaltung von digitalen Zertifikaten für die Mitarbeitenden der Gerichte sowie Anpassungen an der von den Gerichten genutzten Software Tribuna.

Folgende Grossprojekte wurden fachtechnisch begleitet - und dafür die Infrastruktur bereitgestellt:

- GEVER AR (Geschäftsverwaltung für Departemente und Kantonskanzlei)
- Tribuna Update V3 (Geschäftsverwaltung für die Justizverwaltung)
- Content Management System (CMS-Lösung für den Intra- und Internet-Auftritt)
- barrierefreier Zugang für Behinderte zum Internet-Auftritt von Appenzell Ausserrhoden
- Infrastruktur für den neuen biometrischen Pass

## 5. Steuerverwaltung

### 5.1 Allgemeines

Das Jahr war geprägt durch die Umsetzungsarbeiten der Steuergesetzrevision 2010 sowie der Unternehmenssteuerreform II. Die provisorische Rechnungsstellung 2010 für die natürlichen Personen erfolgte erstmals auf der Basis des neuen Tarifs 2010. Mit diesem Tarif werden die tiefen und mittleren Einkommen weniger stark als bisher belastet. Die kantonale Steuerverwaltung konnte im Jahre 2010 den Veranlagungsstand wieder auf das gute Niveau des vorletzten Jahres erhöhen. Die finanziellen Ergebnisse sind im nachfolgenden Abschnitt und im Anhang dargestellt.

## 5.2 Steuerertrag 2010

Der Steuerertrag 2010 - aus den Staatssteuern und aus den Kantonsanteilen an weiteren Steuern - setzt sich wie folgt zusammen:

<b>Einkommens- und Vermögenssteuern; Gewinn und Kapitalsteuern</b>	<b>Budget 2010 Steuerfuss 3,0 E</b>	<b>Rechnung 2010 Steuerfuss 3,0 E StG Rev 10</b>	<b>Abweichung R 10 : B 10</b>	<b>Rechnung 2009</b>	<b>Veränderung R 10 : R 09</b>
	in Mio. Fr.	in Mio. Fr.	in %	in Mio. Fr.	in %
<b>Natürliche Personen</b>	101.2	110.0	8.7	109.1	0.8
<b>Juristische Personen</b>	8.0	8.7	8.8	9.7	-10.3
<b>Total direkte Steuern</b>	109.2	118.7	8.7	118.8	-0.1

<b>Grundstückgewinnsteuern; Erbschafts- und Schenkungssteuern</b>	<b>Budget 2010</b>	<b>Rechnung 2010</b>	<b>Abweichung R 10 : B 10</b>	<b>Rechnung 2009</b>	<b>Veränderung R 10 : R 09</b>
	in Mio. Fr.	in Mio. Fr.	in %	in Mio. Fr.	in %
<b>Grundstückgewinnsteuern</b>	2.5	3.8	52.0	2.6	46.2
<b>Erbschafts- und Schenkungssteuern</b>	3.3	5.0	51.5	5.0	0.0
<b>Total Spezialsteuern</b>	5.8	8.8	51.7	7.6	15.8

Direkte Bundessteuern Verrechnungssteuern	Budget 2010	Rechnung 2010	Abweichung R 10 : B 10	Rechnung 2009	Veränderung R 10 : R 09
	in Mio. Fr.	in Mio. Fr.	in %	in Mio. Fr.	in %
<b>Direkte Bundessteuern</b>	11.9	14.7	23.5	13.0	13.1
<b>Verrechnungssteuern</b>	2.2	3.2	45.5	3.0	6.7
<b>Anteil EU-Zinsbesteuerung</b>	0.1	0.1	0.0	0.1	0.0
<b>Total Bundessteuern</b>	14.2	18.0	26.8	16.1	11.8

Gesamttotal	Budget 2010	Rechnung 2010	Abweichung R 10 : B 10	Rechnung 2009	Veränderung R 10 : R 09
	in Mio. Fr.	in Mio. Fr.	in %	in Mio. Fr.	in %
<b>Total direkte Steuern</b>	109.2	118.7	8.7	118.8	-0.1
<b>Total Spezialsteuern</b>	5.8	8.8	51.7	7.6	15.8
<b>Total Bundessteuern</b>	14.2	18.0	26.8	16.1	11.8
<b>Gesamttotal</b>	129.2	145.5	12.6	142.5	2.1

### 5.3 Veranlagungsstand per 31.12.2010

Ende Dezember 2010 präsentiert sich der Veranlagungsstand für die natürliche Personen wie folgt:

	Steuerjahr 2009	Steuerjahr 2008
Unselbständigerwerbende / Rentner / Aktionäre	86 % <sup>1)</sup>	98 %
Selbständigerwerbende / Landwirte	73 % <sup>2)</sup>	97 %

1) Einreichungsdatum für die Steuererklärung: 31. März 2010

2) Einreichungsdatum für die Steuererklärung: 30. Juni 2010

Die Zielvorgabe, den Veranlagungsstand wieder auf das gute Niveau des vorletzten Jahres anzuheben, konnte leicht übertroffen werden.

## 5.4 Aufgaben und Projekte

Die auf Bundesebene initiierte und ab 2010 auf Ebene Bund und Kanton wirksame Möglichkeit der einmaligen straflosen Selbstanzeige hat eine recht starke Resonanz gefunden. Die Anzahl von Selbstanzeigen hat sich im Berichtsjahr in Appenzell Ausserrhoden, ähnlich wie in anderen Kantonen, gegenüber den Vorjahren wesentlich erhöht. Diese Neuerung stand während des ganzen Jahres im medialen Fokus.

Im letzten Berichtsjahr wurde das Projekt ISAR (Integrierte Steuerlösung Appenzell Ausserrhoden) lanciert. Ziel dieses Projektes ist einerseits die Reduktion der Vielzahl der eingesetzten Software-Lösungen sowie die Realisierung einer informatikmässigen Rationalisierung und eine noch effizientere Unterstützung der einzelnen Arbeitsschritte. In Einklang mit der eGovernment-Strategie des Kantons soll mittelfristig die Steuererklärung über Internet und ohne Medienbruch eingereicht werden können.

## 5.5 Personelles

Im Berichtsjahr erfolgten im Segment der Festangestellten sieben Austritte sowie acht Neueintritte. Die Mutationen waren vorwiegend in den Abteilungen «Bezug» sowie «Veranlagung Unselbständigerwerbende und Nichterwerbstätige» zu verzeichnen. Wie in den Vorjahren betrafen die Austritte meist junge Angestellte.

## 5.6 Tabellen und Grafiken

Verschiedene Darstellungen zum Steueraufkommen sind im Anhang ersichtlich.

## 6. Finanzamt

### 6.1 Allgemeines

Die düsteren Konjunkturprognosen für das Jahr 2010, welche sich im Frühling 2009 abzeichneten, haben sich glücklicherweise nicht bewahrheitet. Die konjunkturelle

Entwicklung verlief im letzten Jahr auch für Appenzell Ausserrhoden erfreulich. Es zeichnete sich ab, dass es zu keinem Einbruch bei den Steuereinnahmen 2010 kommen wird. Die Finanzplanung als Budgetgrundlage wurde deshalb aktualisiert und die Vorgaben für das Budget 2011 entsprechend angepasst. Dank dieser guten Ausgangslage verlief der Budgetprozess im Gegensatz zu früheren Jahren relativ reibungslos. So sind die Vorgaben des Regierungsrates eingehalten worden, was den Budgetprozess wesentlich vereinfachte.

Betreffend Ausgestaltung des Finanzplanes sah die Situation hingegen anders aus. Bis anhin war es üblich, dem Parlament zusammen mit dem Budget ebenfalls die Planung zu präsentieren. Diverse Unsicherheiten, besonders bei der Umsetzung der KVG-Revision sowie organisatorische Gründe, führten zu einem Systemwechsel bei der Finanzplanung. Neu soll der Finanzplan nicht mehr als Fortschreibung zum Budget, sondern auf der Basis der Jahresrechnung erstellt und auch dem Parlament mit dem Rechnungsabschluss vorgelegt werden. Somit gewinnt die Finanzplanung bedeutend an Aktualität, da sie sich am letzten Abschluss orientiert und auch für das aktuelle Jahr schon genauere Zahlen vorliegen. Dieser Systemwechsel hat zudem den Vorteil, dass der umständliche Prozess zur Erarbeitung der Budgetvorgaben entfällt, da das erste Planjahr zugleich als Vorgabe für das kommende Budget gilt. Somit ergibt sich eine Verkürzung des Planungs- und Budgetprozesses bei gleichzeitig verbesserter Qualität.

Leider führte die im letzten Finanzplan angekündigte Aufgabenüberprüfung noch zu keinem nachhaltigen Ergebnis. Das Budget 2011 kann immerhin um rund Fr. 2.7 Mio. entlastet werden. Wesentliche Einsparungen für die kommenden Jahre wurden hingegen keine erzielt. Geplant war, ein dauerhaftes Einsparungspotenzial in der Grössenordnung von Fr. 3 bis 4 Mio. zu erreichen. Obwohl mit allen Departementen und der Kantonskanzlei Gespräche geführt und Vorschläge aufgenommen wurden, musste festgestellt werden, dass ohne konkrete Vorgaben die Bereitschaft, auf Aufgaben zu verzichten, eher gering ist. Das Departement Finanzen wird für die kommende Finanzplanung dem Regierungsrat ein neues Vorgehen betreffend Aufgabenüberprüfung vorschlagen.



Im Bereich des Lohnwesens konnten die Erfahrungen mit dem Lohnreporting, welches im Zusammenhang mit dem neuen Personalgesetz eingeführt wurde, gefestigt werden. Das System hat sich besonders bei der Erstellung des Lohnbudgets sehr bewährt. Dank dem Umstand, dass auch die Angestellten im Stundenlohn und mit temporären Arbeitsverträgen in diese Planung einfließen, konnte in diesem Bereich viel präziser budgetiert werden, was schlussendlich zu einer namhaften Entlastung im Budget führte.

Bei der Verteilung der individuellen Lohnerhöhungen wurde das System «DAFLE» zum ersten Mal dezentral von den Departementen und der Kantonskanzlei eingesetzt. Dadurch konnte nicht nur der zeitliche Aufwand für die Lohnrunde reduziert werden, sondern die Arbeitgeber wurden durch das System bei ihren Entscheidungen durch Informationen und Vorschläge wesentlich unterstützt.

Im Berichtsjahr war das Finanzamt auch in diversen Projekten beteiligt. Es ist weiterhin verantwortlich für die Buchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten der beiden Appenzell AR·AI 500 und ist in der Projektleitung vertreten. Ein wichtiges Projekt war die Evaluation für ein Nachfolgesystem im Bereich der Buchführung und des Rechnungswesens. Unter Leitung des Vereins Schweizerische Städte und Gemeinde-Informatik (SSGI) führte Appenzell Ausserrhoden gemeinsam mit den Kantonen Nid- und Obwalden eine Submission durch. Dabei ging der Zuschlag an das Produkt newsystem® public der Firma Information Technology & Trust AG, Rotkreuz. Im 2011 muss nun entschieden werden, ob das heutige Produkt GeSoft der Firma Ruf AG per 2013 abgelöst werden soll.

Relativ viel Aufwand bedeutete die Projektleitung zur Einführung des harmonisierten Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2) sowie die damit verbundene Totalrevision des Finanzhaushaltgesetzes. Im Berichtsjahr wurde das Fachkonzept HRM2 erstellt, welches definiert, wie das neue Rechnungslegungsmodell bei Gemeinden und beim Kanton umgesetzt werden soll. Die geplante Einführung von HRM2 ab dem Rechnungsjahr 2013 wird eine ganz besondere Herausforderung für das Departement Finanzen und wird

auch in den nächsten Jahren im Finanzamt erhebliche Ressourcen binden.

## 6.2 Ausserordentliche Ausgaben oder Erträge

Es sind keine erwähnenswerten ausserordentlichen Ausgaben oder Erträge angefallen. Interessant war hingegen die Entwicklung bei den Bundesbeiträgen zu den Prämienverbilligungen: Der Bund hat im 2009 angekündigt, dass er im Rahmen der Konjunkturmassnahmen zusätzliche Fr. 200 Mio. den Kantonen bereitstellen würde. Daraufhin wurde das Budget 2010 bei den Prämienverbilligungen entsprechend erhöht. Weil der Bund diese zusätzlichen Mittel dann doch nicht frei gab, fehlen nun bei diesen Bundesbeiträgen rund Fr. 1.7 Mio. Mit entsprechend tieferen Beiträgen an die Prämienverbilligungen konnten sie jedoch kompensiert werden.

## 7. Finanzausgleich und Finanzaufsicht

### 7.1 Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden

Gemäss dem geänderten Finanzausgleichsgesetz hat der Regierungsrat periodisch einen Wirkungsbericht zu erstellen. Dieser fällt zeitlich mit der Rechnungslegung zusammen und deshalb sind die Ergebnisse des Finanzausgleichs nicht mehr im Rechenschaftsbericht enthalten.

### 7.2 Finanzaufsicht des Kantons über die Gemeinden

Alle Gemeinden erfüllen die gesetzlichen Kriterien gemäss den Bestimmungen des Finanzhaushaltgesetzes.

## Departement Bildung

Direktor: Regierungsrat Rolf Degen

Das Jahr 2010 war geprägt von den zentralen Herausforderungen im Volksschulbereich. Diese wurden im Entwicklungsbericht 2010–2015 und in einem Zusatzbericht zu den Perspektiven der Sekundarstufe I aufgezeigt. Im Rahmen einer Konsultation wurden Fragen zum Handlungsbedarf und zu Handlungsoptionen gestellt. Über die Ergebnisse wurde Anfang Jahr berichtet. Eine Herausforderung ergibt sich aufgrund der demografischen Entwicklung: Durch die abnehmenden Schülerzahlen stellen sich Fragen zur künftigen Organisation – insbesondere auf der Sekundarstufe I. Da zeigte die Konsultation einen Konflikt auf: Der Handlungsbedarf ist zwar unbestritten; die vorgeschlagenen Möglichkeiten einer deutlichen Reduktion der Anzahl Sekundarschulen und der Kantonalisierung der Trägerschaft wurden aber mehrheitlich abgelehnt. Vor diesem Hintergrund gaben das Departement Bildung und die Vorstände der Gemeinde- und der Schulpräsidentenkonferenz einen zusätzlichen Bericht in Auftrag. Dieser soll die Grundlage für einen politischen Entscheidungsprozess bilden, der sich mit den künftigen Schulmodellen, ihren Qualitäts- und Kostenfaktoren sowie der Anzahl und der Standorte der Sekundarschulen befasst. Der Bericht wird im Frühling 2011 erwartet.

Der Kantonsrat beschloss im Februar den Beitritt zu den Konkordaten zur Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) und zur Sonderpädagogik. Er unterstellte das HarmoS-Konkordat dem Behördenreferendum. Das Volk lehnte am 14. Juni 2010 den Beitritt mit 7'012 Ja-Stimmen zu 9'076 Nein-Stimmen ab.

Für die Lehrpersonen der kantonalen Schulen beschloss der Regierungsrat im Mai ein neues System zur Festlegung der individuellen Lohnmassnahmen. Der entsprechende Auftrag der Personalgesetzgebung wurde somit innert der gegebenen Übergangsfrist umgesetzt. Neu durchlaufen die Lehrpersonen zu bestimmten Zeitpunkten ein Laufbahnqualifikationsverfahren. Individuelle Lohnmassnahmen setzen das Bestehen der Qualifikation und damit gute Leistungen voraus. In Jahren ohne Laufbahnqualifikation entscheidet das Mitarbeitendengespräch über Lohnmassnahmen.

Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr in den beiden kantonalen Schulen und in verschiedenen Organisationseinheiten des Departements Massnahmen im Bereich der Qualitätssicherung eingeleitet oder umgesetzt.

### 1. Interkantonale Zusammenarbeit / Erziehungsdirektorenkonferenz

Mit dem Kanton St. Gallen wurde eine Vereinbarung über die gegenseitige Aufnahme von Mittelschülerinnen und Mittelschülern abgeschlossen.

Mitarbeitende des Departements Bildung nahmen auch im 2010 Einsitz in verschiedene Gremien der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und der Erziehungsdirektorenkonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentum Liechtenstein (EDK-Ost). Weiter wirkten sie in interkantonalen Arbeits- und Projektgruppen der EDK und der EDK-Ost mit. Auch stellte das Departement Bildung eine Vertretung in der Kommission für Bildung, Wissenschaft und Forschung der Internationalen Bodenseekonferenz, der Höheren Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich und im Fachhochschulrat sowie im Beirat des Fachbereichs Wirtschaft der Fachhochschule St. Gallen.

### 2. Departementssekretariat

Das Departementssekretariat wirkte bei Vernehmlassungs- und Mitberichtsverfahren sowie bei den Regierungs- und Kantonsratsgeschäften aus dem Departement mit. Weiter war es mit der Planung, der juristischen und sachlichen Beratung und der Formulierung der laufenden und anstehenden Gesetzgebungsprozesse befasst. Im Berichtsjahr wurde das Departementssekretariat mit der Bearbeitung von 15 Rechtsmittelverfahren betraut, 13 Verfahren wurden abgeschlossen. In sechs Verfahren war kein Entscheid nötig, weil der Rechtsmittelantrag zurückgezogen wurde. Dies kommt bei Rekursen gegen Prüfungsergebnisse vor, nachdem die Betroffenen Einsicht in die Prüfungsergebnisse nehmen konnten.

Seit Anfang 2010 werden die Departementsgeschäfte dank der Softwarelösung KONSUL vollständig elektronisch bearbeitet und abgelegt.



### 3. Amt für Volksschule und Sport

#### 3.1 Allgemeines

Auch im Berichtsjahr setzte sich der Schülerrückgang an der Ausserrhoder Volksschule von 6'540 im 2009 auf 6'288 im 2010 fort. Damit betrug der Rückgang – vorwiegend auf Stufe Primarschule – etwas mehr als 3,8 %. Im Kindergarten hat sich die Zahl der Lernenden stabilisiert, auf der Sekundarstufe I setzt der Rückgang laufend ein. Diese Entwicklung veranlasste einen Teil der Schulträger zu Änderungen und Anpassungen in den Organisationsformen. Die bestehende altersdurchmischte Organisation in Reute wurde nach guter Auswertung endgültig bewilligt. Eine Lerngruppe Kindergarten und 1. / 2. Klasse der Unterstufe sowie eine Lerngruppe 3. bis 6. Klasse werden altersdurchmischt geführt. In Grub wurde das Projekt Basisstufe fortgesetzt. In verschiedenen Gemeinden wurde vom Einklassen- auf das Zwei- oder Mehrklassenmodell gewechselt. Aus pädagogischen Gründen hat die Sekundarschule Herisau mit Beginn des Schuljahres 2010/2011 von einem separativen Modell zu einem integrierten Modell mit Niveaufächern umgestellt (Projekt Neigung).

Im August 2009 trat die total revidierte Anstellungsverordnung für die Lehrenden an den Volksschulen und die Teilrevision der Schulverordnung in Kraft. Die veränderten Stundentafeln, die umfassenden Blockzeiten, die musikalische Grundschule und das stärker auf die Berufslaufbahn ausgerichtete 9. Schuljahr wurden in den Gemeinden gut umgesetzt.

Der Bevölkerung wurden während einer Aktionswoche «offene Schulen in Appenzell Ausserrhoden – ineluege» Einblicke in den Schulalltag gewährt. In den Gemeinden fanden vielfältige Begleitveranstaltungen statt.

#### 3.2 Pädagogische Fachstellen

Im Berichtsjahr war die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitenden der pädagogischen Fachstellen und den Schulleitungen ein Schwerpunkt. Zusätzlich zu den regelmässig stattfindenden Arbeitstreffen wurden neu jährliche Qualitätsgespräche in den einzelnen Gemeinden geführt. Dabei werden die Folgerungen aus den externen

Evaluationen auf das Schulprogramm, geplante oder laufende Projekte und Entwicklungen besprochen und die Tätigkeiten von Schulen und Fachstellen koordiniert. Zur Umsetzung des Berufsauftrags der Schulleitungen und dem zeitlichen Aufwand für die verschiedenen Tätigkeitsbereiche wurde ein Ist-Soll-Vergleich vorgenommen. In einem nächsten Schritt besprechen die Schulträger die Konsequenzen und den allfälligen Handlungsbedarf, der sich aus dem Bericht ergibt.

Die pädagogischen Fachstellen und die Lehrerinnen- und Lehrerberatung unterstützen Schulträger, Schulleitungen und Lehrpersonen unter anderem in Fragen der Unterrichtsentwicklung, der Sonderschulung und der Förderung begabter oder fremdsprachiger Kinder. Ein Handlungsbedarf besteht bei der Unterstützung der Schulen im Umgang mit belastenden oder schwierigen Situationen. Vorarbeiten für künftige Massnahmen sind im Berichtsjahr angelaufen.

Im Schuljahr 2010/2011 besuchen 119 Lernende eine Sonderschule (Vorjahr 120). Davon wurden 29 Lernende intern in einer Einrichtung platziert (unverändert). 37 Lernende mit verstärkten Massnahmen werden integrativ in den Regelklassen der Volksschule unterrichtet (Vorjahr 28). Die Zahl der Kinder, welche die Volksschule in Form des «häuslichen Unterrichtes» besucht, hat im Berichtsjahr auf 33 Lernende zugenommen (Vorjahr 21).

Im Berichtsjahr wurden sieben Volksschulen durch externe Fachleute bewertet. Nach insgesamt 26 Schulevaluationen sind die Erfahrungen und Erkenntnisse in einem Bericht zusammengefasst worden. Stärken haben die Ausserrhoder Volksschulen in einem als gut bewerteten Schul- und Klassenklima, der lernfördernden Atmosphäre, der konsequenten Umsetzung angemessener Schulregeln und im organisatorisch guten Management. Die an die einzelnen Schulen gerichteten Entwicklungs- und Verbesserungshinweise betrafen u.a. die didaktische Unterrichtsgestaltung, die Optimierung der Teamentwicklung und den Aufbau einer systematischen Personalentwicklung.

Die Zusatzausbildung für die Lehrenden in Englisch auf der Primarschulstufe steht vor Abschluss. Die ersten Staffeln der Weiterbildung für Lehrende der musikalischen Grundschule und im Bereich Deutsch als Zweitsprache sind abgeschlossen.



Auf Beginn des Schuljahres 2010/2011 traten rund 60 Lehrpersonen neu in den Dienst der Ausserrhoder Volksschule ein. Diese Zahl liegt etwa 15 % tiefer als im Vorjahr. Obwohl alle offenen Stellen mit ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden konnten, sind auch die Schulen in Appenzell Ausserrhoden von der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt betroffen.

In verschiedenen Projekten und Kampagnen arbeiteten die Pädagogischen Fachstellen wiederum mit anderen Fachstellen und externen Partnern zusammen, unter anderem im Bündnis gegen Depression, der Präventionsprojekte der Fachstelle Suchtberatung und mit konkreten Aktivitäten und Projektarbeiten der Fachstelle Gleichstellung und Familie. Im Rahmen des laufenden Regierungsprogramms unterstützte das Amt für Volksschule und Sport die Gemeinden in der Umsetzung von bedarfsgerechten und den örtlichen Verhältnissen angepassten Tagesstrukturen.

### 3.3 Fachstelle Sport

Die Fachstelle Sport unterstützte und beriet im Jahr 2010 Trägerschaften und Institutionen des Sports und der Bewegungserziehung in breiten Themenfeldern. So zum Beispiel bei der Einführungsphase für das neue Angebot <J+S-Kids>, welches 5- bis 10-jährigen Kindern eine kindergerechte, vielseitige und umfassende Bewegungs- und Sportförderung ermöglicht. Die Betreuung und Weiterbildung der rund 40 aktiven Ausserrhoder <J+S-Coaches> war auch im Berichtsjahr wieder eine zentrale Aufgabe. 2010 organisierte die Fachstelle Sport 16 J+S-Leiterkurse in 10 Sportarten mit insgesamt 400 Teilnehmenden.

Aus dem Kantonsanteil am Gewinn von Swisslos flossen Fr. 650'000 dem Sport zu. Von der Gesamtsumme gingen 34 % an die kantonalen und regionalen Sportverbände zur Förderung des Breitensports, 40 % sind Beiträge an Sportanlagen, 17 % Beiträge an Sportgeräteanschaffungen und 9 % Beiträge an die allgemeine Sportförderung.

Ein besonderes Ereignis war der Start des Netzwerks <Sport, Bewegung und Schule>. Vertretungen aus allen Schulen besprechen unter Leitung der Fachstelle Sport regelmässig aktuelle und künftige Fragestellungen in diesem breiten Themenfeld, koordinieren Aktivitäten,

tauschen sich aus und tragen so zu einer Optimierung des Sportunterrichts bei.

Appenzellerland Sport leistet als private Trägerschaft einen Beitrag für talentierte und begabte Jugendliche, welche im Ausserrhoder-Modell sowohl in der Schule als auch im Leistungssport gezielt gefördert und betreut werden. Im laufenden Schuljahr 2010/2011 nutzen 35 Jugendliche dieses Angebot, davon 22 auf der Sekundarstufe I und 13 auf der Sekundarstufe II. Über die Hälfte dieser Jugendlichen haben einen ausserkantonalen Wohnsitz und besuchen die Schule in Appenzell Ausserrhoden.

An der Sportlerehrung 2010 durfte eine grosse Zahl von Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen geehrt werden, die in diversen Sportarten nationale und internationale Auszeichnungen errungen haben.

### 3.4 Zentrum für Schulpsychologie und pädagogisch-therapeutische Dienste (ZEPT)

Mit dem Ziel, einerseits die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu fördern und andererseits die einzelnen Fachbereiche zu stärken, wurden im Jahr 2010 organisatorische Neuerungen eingeführt. So wurden aus dem Kreis der Mitarbeitenden Koordinatoren und Koordinatorinnen sowohl für die Regionalstellen als auch für die Fachbereiche bestimmt. Auch konnten die statistischen Daten erstmals vollständig mit einer neuen Software erhoben werden. Schliesslich wurde eine zentrale Ablage verwirklicht.

Im Schulpsychologischen Dienst wurden mit insgesamt rund 350 Stellenprozenten 515 Kinder abgeklärt (Vorjahr 534). Davon wurden 48 % von den Klassenlehrpersonen angemeldet, 17 % von Fachpersonen der Heilpädagogik oder der Schulleitung und 17 % direkt durch die Eltern.

Von Bedeutung waren im Berichtsjahr Fragestellungen und Tätigkeiten im Zusammenhang mit verstärkten Massnahmen (Sonderschulung). So wurde in Zusammenarbeit mit den pädagogischen Fachstellen beispielsweise das standardisierte Abklärungsverfahren der EDK für die Ermittlung des individuellen Bedarfs eingeführt.



Im Logopädischen Dienst wurden mit 900 Stellenprozenten 420 Kinder logopädisch behandelt (Vorjahr 415). Im Rahmen der regelmässigen Weiterbildungen wurden insbesondere Kurse für die Behandlung kleiner Kinder besucht. Die Logopädinnen begleiten regelmässig angehende Fachleute im Praktikum.

In der Psychomotorik stehen in den drei Zentren in Heiden, Bühler und Herisau insgesamt 200 Stellenprozente zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden 59 Kinder angemeldet (Vorjahr 59) und 61 abgeklärt (Vorjahr 53). 95 Kinder erhielten eine Psychomotoriktherapie (unverändert). Weil eine Warteliste besteht, werden Kinder nach Möglichkeit in Zweiergruppen behandelt. Ende 2010 standen 12 Kinder auf der Warteliste (Vorjahr 19).

Der Aufbau der Heilpädagogischen Früherziehung im Rahmen der Umsetzung der NFA konnte 2010 personell und räumlich (Sonnenhof in Herisau) abgeschlossen werden. Fachleute und zuweisende Stellen erhielten regional Einblick in die Aufgaben und Tätigkeiten der Früherziehung. Die drei heilpädagogischen Früherzieherinnen mit insgesamt 180 Stellenprozenten begleiteten 51 Kinder und deren Eltern. Davon wohnten sieben Kinder im Kanton Appenzell Innerrhoden, mit dem eine Zusammenarbeitvereinbarung besteht. Gegen Ende 2010 haben die Anmeldungen deutlich zugenommen.

Anlässlich der Kantonalen Lehrer- und Lehrerinnenkonferenz konnten die Logopädinnen, die Psychomotoriktherapeutinnen und die Früherzieherinnen den Lehrpersonen der Stufen Kindergarten und Unterstufe Einblicke in ihre Tätigkeit vermitteln.

## 4. Amt für Mittel- und Hochschulen und Berufsbildung

### 4.1 Allgemeines

Im Berichtsjahr wurden sämtliche Kernprozesse des Amtes überarbeitet und schriftlich festgehalten.

Mitarbeitende des Amtes waren bei der Erarbeitung der Weisungen über die Kriterien zur individuellen Lohnbe-

stimmung für Lehrende an kantonalen Schulen beteiligt. Auch arbeiteten sie bei der Ausarbeitung der Vereinbarung zwischen den Kantonen St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden über die gegenseitige Aufnahme von Mittelschülerinnen und Mittelschüler mit.

Im Oktober wurde dem Regierungsrat ein Normenkonzept zum Gesetz über die Mittelschulen und die tertiäre Bildung unterbreitet. Gestützt auf die Ergebnisse der Beratung wird nun eine Vernehmlassungsvorlage erarbeitet.

### 4.2 Fachstelle Mittel- und Hochschulen

Der Regierungsrat beschloss im Mai die Einführung einer Entschädigung der Klassenlehrerfunktion an den beiden kantonalen Schulen; dies nach Beratung in der Verbändekonferenz. Diese Massnahme steht in Zusammenhang mit der gestiegenen zeitlichen Beanspruchung und der Tatsache, dass diese Funktion in umliegenden Kantonen und auf der Volksschulstufe von Appenzell Ausserrhoden ebenfalls entschädigt wird. Weiter wurde ein neues Lohnsystem für Lehrende an den kantonalen Schulen eingeführt, welches in den einleitenden Bemerkungen zum Departement Bildung näher beschrieben ist.

Im Zusammenhang mit dem Businessplan beschloss der Regierungsrat im Oktober die Weiterführung des rein schulischen 10. Schuljahres an der Kantonsschule Trogen. Diese Frage stellte sich, weil die Schülerzahlen mit Beginn des laufenden Schuljahres eingebrochen sind. Mittels Steuerung durch ein Aufnahmeverfahren sorgt das Amt für Mittel- und Hochschulen und Berufsbildung künftig für eine ausgeglichene Auslastung der rein schulischen Brückenangebote an den beiden Standorten Herisau (Schule für Beruf und Weiterbildung, SBW) und Trogen (Kantonsschule).

Das Schulgeld für den Besuch der Sekundarstufe I an der Kantonsschule Trogen musste erneut angepasst werden. Der seit August 2009 gültige Preis war gemäss Reporting und Finanzplan nicht kostendeckend. Das Departement Bildung nahm daher erneut Verhandlungen mit den drei Vertragsgemeinden auf. Ab Juli 2011 gilt eine Schülerpauschale von Fr. 17'750 pro Jahr.

Im Auftrag der Mittelschulkommission wurde im November die Kantonsschule Trogen visitiert. Die Visitierenden gaben der Schulleitungen entsprechende Rückmeldungen.

### 4.3 Fachstelle Berufsbildung

Die Lehrstellensituation in Appenzell Ausserrhoden präsentiert sich trotz wirtschaftlich schwierigem Umfeld stabil. Mit 563 neu abgeschlossenen Lehrverträgen (Vorjahr 537) wurde sogar ein Höchststand erreicht. Zusätzlich wurden sechs altrechtliche Anlehrverträge und fünf Hauswirtschaftsjahrverträge abgeschlossen. Durch die Intensivierung bewährter Massnahmen wie Lehrstellenförderung, Coaching und Mentoring sowie Case Management Berufsbildung konnte verhindert werden, dass sich die angespannte Wirtschaftslage auf das Lehrstellenangebot niedergeschlagen hat.

Im Zuge der Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes wurden vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie 21 neue Bildungsverordnungen mit Lehrbeginn 2010 eingeführt. Von diesen sind für Appenzell Ausserrhoden die Ausbildungen <Dentalassistent/in EFZ>, <Koch/Köchin EFZ>, <Medizinische/r Praxisassistent/in EFZ> und <Zeichner/in EFZ> besonders bedeutend.

Im Rahmen der Qualifikationsverfahren wurden insgesamt 457 Lehrabschlussprüfungen durchgeführt (Vorjahr 445). 429 Lernende bestanden die Prüfungen (Vorjahr 414).

### 4.4 Fachstelle Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Der bisherige Fachstellenleiter Beat Gähwiler hat die Stelle per Ende Jahr gekündigt. Der Regierungsrat wählte Esther Niedermann als Nachfolgerin.

Die Einzelberatungen haben gegenüber dem Vorjahr um 11 % zugenommen (+77 Personen). Die Zunahme betrifft zum grösseren Teil erwachsene Kunden, und etwas weniger stark die unter 16jährigen. Die Anzahl der Einzelberatungen der 16-24jährigen sowie die Anzahl Studienberatung sind gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben.

Auffallend ist die deutliche Zunahme der Kurzberatungen; Ratsuchende melden sich häufiger direkt für Beratungstermine an, ohne zuvor das Berufsinformationszentrum (BIZ) zu besuchen. Dessen eingeschränkte Öffnungszeiten sind ein möglicher Grund dafür. Der überwiegende Teil der Ratsuchenden (58 %) kommen

während einer laufenden Ausbildung in die Beratung, wobei dies zur Hälfte Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I sind.

42 % aller Ratsuchenden sind in Ausbildung oder haben die letzte abgeschlossene Ausbildung auf der Sekundarstufe I, 51 % auf der Sekundarstufe II und 7 % auf der Tertiärstufe. Für eine Beratung melden sich fünfmal mehr Schweizerinnen und Schweizer als Ausländerinnen und Ausländer an. Der Anteil der Frauen liegt etwas höher als jener der Männer; der Anteil arbeitsloser Kunden beträgt 12 %.

### 4.5 Fachstelle Ausbildungs- und Studienbeiträge

#### Stipendien und Ausbildungs- resp. Studiendarlehen

Die Fachstelle bearbeitete im 2010 insgesamt 327 formelle Gesuche für Stipendien, Ausbildungs- und Studiendarlehen. Dies sind 11 Gesuche weniger als im Vorjahr (338 / -3 %). In 234 Fällen (72 %; Vorjahr 74 %) wurden Ausbildungs- resp. Studienbeiträge zugesprochen, 93 Gesuche (28 %; Vorjahr 26 %) wurden abgelehnt.

Insgesamt wurden Ausbildungs- und Studienbeiträge von rund Fr. 1.55 Mio. verfügt (Fr. 42'000 resp. 2.6 % weniger als im Vorjahr). Davon wurden rund Fr. 1.4 Mio. (90 %) in Form von Stipendien und Fr. 150'000 (10 %) als rückzahlungspflichtige Darlehensbeträge gewährt. Der Bund beteiligte sich im 2010 mit einem Beitrag von Fr. 172'000 an den ausgerichteten Stipendienleistungen von 2009. Im Berichtsjahr wurden Stipendien von total rund Fr. 19'600 zurückbezahlt und Darlehenszinsen von insgesamt rund Fr. 11'600 geleistet. Der Darlehensausstand konnte seit dem Jahr 2000 von Fr. 1.24 Mio. auf rund Fr. 560'000 (-55 %) gesenkt werden.

Die Komplexität der familiären, persönlichen sowie finanziellen Situationen der gesuchstellenden Personen war auch im Berichtsjahr erneut spürbar. Nebst der Bearbeitung von Stipendiengesuchen spielte auch die Beratung eine wichtige Rolle. Ausbildungs- und Studienbeiträge werden nur dann ausgerichtet, wenn die finanzielle Leistungsfähigkeit der gesuchstellenden Person, ihrer Erziehungsberechtigten oder anderer gesetzlich Verpflichteter (z.B. Ehegatten) nicht ausreicht. Bei Erstgesuchen bildet die Analyse der finanziellen Situation daher einen Schwerpunkt der Arbeit.



Die EDK hat im Sommer 2009 die Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendien-Konkordat) zu Handen der kantonalen Beitrittsverfahren verabschiedet. Die Fachstelle hat im Berichtsjahr an Hochrechnungen der Kostenfolgen eines allfälligen Beitritts gearbeitet. Das Ergebnis wird im Frühjahr 2011 vorliegen.

Die Stipendienkommission beschloss im November eine Teilrevision der Richtlinien für die Berechnung von Stipendien, die eine Neugliederung der Umrechnungstabelle für die Ermittlung der so genannten «zumutbaren Elternleistung» beinhaltet. Diese Änderung tritt auf Beginn des Schul- bzw. Ausbildungsjahres 2011/2012 in Kraft.

Der Erfahrungsaustausch im Rahmen der Interkantonalen Stipendien-Konferenz (IKSK) und die teilweise enge Zusammenarbeit mit diversen privaten Institutionen (Stiftungen usw.) wurden gepflegt und genutzt.

#### Schul- und Studiengelder für ausserkantonale weiterführende Schulen der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe

Im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen, Konkordate und Verträge wurden im Berichtsjahr für 209 Lernende der Sekundarstufe II (Vorjahr 214) und 1'214 Studierende der Tertiärstufe (Vorjahr 1'162) aus Appenzell Ausserrhoden Schul- und Studiengelder bezahlt. Die Bandbreite der jährlichen Beiträge pro studierende Person reicht dabei von Fr. 560 bis Fr. 48'860 und richtet sich nach den interkantonalen Vereinbarungen und der Ausbildungs- bzw. Studienrichtung. Der Gesamtaufwand für die Schulgelder der Sekundarstufe II (exkl. der Beiträge an ausserkantonale Berufsfachschulen) und die Tertiärstufe betrug im 2010 rund Fr. 19 Mio. (Vorjahr rund Fr. 18 Mio.). Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Mehraufwand von rund Fr. 950'000 bzw. 5 % - und ist damit weniger hoch ausgefallen als im Vorjahr (8 %). Die Mehrkosten sind zurückzuführen auf die Zunahme der Anzahl Lernenden resp. Studierenden, neue Ausbildungs- und Studiengänge, die Folgen der Bologna-Reform, das Abrechnungssystem bei den Fachhochschulen (ECTS European Credit Transfer and Accumulation System) sowie die Vorwärtsstrategie bei den höheren Fachschulen.

#### 5. Kantonsschule Trogen

Am Ende des Schuljahres 2009/2010 haben 115 Maturandinnen und Maturanden den gymnasialen Maturitätsausweis erhalten. Zwei Kandidaten erfüllten die Anforderungen nicht.

Aus der Berufsfachschule Wirtschaft waren 14 Lernende zur Prüfung angetreten; 12 durften das Diplom entgegennehmen. Das Berufsmaturitätszeugnis, welches nach einem erfolgreich absolvierten Praxisjahr erworben werden kann, konnte 9 Kandidatinnen und Kandidaten ausgehändigt werden.

17 Kandidatinnen und Kandidaten legten im 2010 die Abschlussprüfung zur Erlangung des Fachmittelschulenausweises erfolgreich ab. Die Schule händigte zudem zwei Fachmaturitätsausweise Gesundheit, vier Fachmaturitätsausweise Soziale Arbeit und vier Fachmaturitätsausweise Pädagogik aus.

Zu Beginn des Schuljahres 2010/2011 waren an der Kantonsschule insgesamt 681 Lernende eingeschrieben (Gymnasium 368; Berufsfachschule Wirtschaft mit Berufsmaturität 56; Fachmittelschule mit Fachmaturität 64; Sekundarschule 181; freiwilliges 10. Schuljahr 12). Das sind 60 Lernende weniger als im Vorjahr (-8 %).

Die Projektierungsarbeiten zur Sanierung und Erweiterung der Mensa konnten abgeschlossen werden. Regierungsrat und Kantonsrat haben im Berichtsjahr die nötigen Baukredite bewilligt. Mit dem Umbau und Ausbau wird im Februar 2011 begonnen.

Der Aufbau der Fachmittelschule (FMS) wurde abgeschlossen. Die EDK erteilte im September offiziell die Anerkennung der Fachmittelschul- und Fachmaturitätsausweise für die Berufsfelder Gesundheit, Soziale Arbeit und Pädagogik. Die Kantonsschule darf Fachmaturitätsausweise mit dem Vermerk «gesamtschweizerisch anerkanntes Fachmaturitätszeugnis» ausstellen.

Intern erarbeitete die Kantonsschule ein umfassendes Qualitätsmanagementkonzept. Die neuen Weisungen des Regierungsrates über die Kriterien zur individuellen Lohnbestimmung für Lehrende an kantonalen Schulen sind darin berücksichtigt.

Die Überarbeitung der Lehrpläne konnte im Berichtsjahr

abgeschlossen werden. Der alte Lehrplan ist durch Ziele und Massnahmen zur Förderung der Informatikkompetenzen ergänzt worden und enthält neu auch Aussagen zu überfachlichen Kompetenzen.

Der Ausbau des schulinternen IT-Netzes wurde abgeschlossen. An jedem Ort der Schule ist der Zugang zum Internet möglich.

Verschiedene Lernende der Kantonsschule erhielten an nationalen und internationalen Wettbewerben Auszeichnungen. Die Medien berichteten darüber.

Zu den bestehenden internationalen Austauschprogrammen mit Belgien, Spanien und Russland will die Schule auch ein Austauschprogramm mit China aufbauen. Ein erster Besuch von Schülerinnen und Schüler einer chinesischen Schule hat bereits stattgefunden.

## 6. Berufsbildungszentrum Herisau

Die Zahl der Lernenden am Berufsbildungszentrum ist im Berichtsjahr erstmals leicht gesunken (Schuljahr 2010/11: 990; Schuljahr 2009/10: 1'018; 2008/09: 999).

Das Aufrechterhaltungsaudit des Qualitätsmanagementsystems ISO9001:2008 durch die Firma SQS verlief erfolgreich. Im Rahmen des Qualitätszyklus wurden wiederum Verbesserungen realisiert.

Zusätzlich unterzog sich das BBZ Herisau einer Bewertung der Schulqualität durch das IFES, Zürich. Der Schule wurden eine klare und spürbare Führung und ein sehr gutes Klima attestiert. Im Bereich der Unterrichtsqualität bestehen Hinweise für Verbesserungen, die bereits in laufende Projekte eingeflossen sind. Die Schulleitung legte die Ansätze von Hilbert Meyer («Merkmale guten Unterrichts») als Standard für die Qualitätsentwicklung fest. An den schulinternen Weiterbildungstagen im Herbst wurde die Theorie zum guten Unterricht aufgearbeitet und in praxistaugliche Checklisten umgesetzt. Diese Grundlage dient auch zur Bewertung im Rahmen der Laufbahnqualifikation.

Mehrere Projekte trugen zu Optimierungen bei. Die Webseite wurde aktualisiert und ergänzt. Die Lehrperso-

nen werden wöchentlich mittels Newsletter mit aktuellen Informationen versorgt und zu Vernehmlassungen oder zur Mitarbeit aufgefordert. Der Umgang mit und die Lagerung von gefährlichen Stoffen ist am BBZ Herisau für den Hausdienst und die Lehrpersonen neu geregelt. Die Betroffenen wurden geschult und die Anzahl der Giftstoffe wurde stark reduziert.

Die neu eintretenden Lernenden wurden zu Beginn des laufenden Schuljahres von den Mitarbeitenden des BBZ Herisau im Rahmen eines Willkommenstags begrüsst. An sieben Posten lernten sie sich gegenseitig, ihre Lehrpersonen und die Schule kennen. Sie vereinbarten Regeln zur Zusammenarbeit und konnten sich sportlich betätigen. Das gemeinsame Mittagessen rundete den Anlass ab.

Neu werden die Lehrmittel den Lernenden direkt vom Lieferanten nach Hause geliefert. Das Inkasso übernimmt ebenfalls der Lieferant. Diese Neuerung führte zu einer spürbaren administrativen Entlastung des Sekretariats.

Die Fremdbeurteilung der Lehrpersonen durch die Lernenden zeigte nochmals leicht verbesserte Werte. Aus den Rückmeldungen geht hervor, dass die meisten Lernenden die Art und die Qualität des Unterrichts sowie den Umgang der Lehrpersonen mit ihnen schätzen.

Turnusmässig fand im Herbst eine Sommersportwoche für die Lernenden statt. Der Anlass war von einer guten Stimmung sowie einem hohem Engagement von Lernenden und Lehrenden geprägt und stärkte das Gemeinschaftsgefühl auf allen Ebenen.

Mitarbeitende der Schulleitung haben in verschiedenen Funktionen Einsitz in Arbeitsgruppen im Rahmen der Umsetzung des Personalleitbilds genommen.



## Departement Gesundheit

Direktor: Regierungsrat Dr. Matthias Weishaupt

Das Gesundheitswesen steht weiterhin im Bann eines ausgeprägten Reformwillens des Bundesparlaments. Im Fokus der eidgenössischen Gesetze, die eine entsprechende Umsetzung auf kantonaler Ebene erfordern, stehen hauptsächlich neue Vorgaben zur Finanzierung und die Einführung von Wettbewerbselementen – ein untrügliches Zeichen für die fortschreitende Ökonomisierung des Gesundheitswesens.

Im Berichtsjahr waren es insbesondere die Umsetzung der Pflegefinanzierung und die Vorbereitung der neuen Spitalfinanzierung und Spitalplanung, die in ausgeprägtem Masse finanzielle und personelle Ressourcen verlangten. Die Umsetzungs- und Gesetzgebungsarbeit wird dabei in verschiedener Hinsicht erschwert: Unklare Vorgaben in der Bundesgesetzgebung und fehlende Bestimmungen auf Verordnungsebene verursachen einen beträchtlichen Mehraufwand. Hinzu kommt, dass der Bundesrat sowohl bei der Pflegefinanzierung wie auch bei der neuen Spitalfinanzierung äusserst knappe Umsetzungsfristen vorgeben hat. Alle Kantone sehen sich mit dem Problem konfrontiert, die komplexen und vielschichtigen Aufgabenbereiche der Pflegeleistungen und der stationären Gesundheitsversorgung unter einem hohen Zeitdruck zu reformieren. Für einen kleinen Kanton wie Appenzell Ausserrhoden, in dem das Heim- und Spitalwesen traditionell eine – im Verhältnis zur Bevölkerungszahl – überproportionale und volkswirtschaftlich herausragende Bedeutung einnehmen, sind die Umsetzungsarbeiten und Gesetzgebungsprozesse eine besondere Herausforderung. Dies gilt sowohl für den Kanton und die Gemeinden als auch für die ausserrhodische Spitallandschaft mit dem Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden und fünf Privatkliniken.

Im Unterschied zur Finanzierung der Einrichtungen für Menschen mit Behinderung im Rahmen der NFA zeigt es sich, dass sich die Koordination der Spitalplanung mit den Nachbarkantonen schwierig gestaltet. Dies ist nicht in erster Linie auf den fehlenden Willen zur Zusammenarbeit oder auf den – zweifellos bestehenden – volkswirtschaftlichen Wettbewerb unter den Kantonen zurückzuführen. Vielmehr müssen auch hier der grosse Zeitdruck und die schwierigen Rahmenbedingungen der neuen Finanzierungsvorgaben als Ursache anerkannt werden.

### 1. Departementssekretariat

Die Umsetzung der am 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) mit den Bereichen Spitalplanung und Spitalfinanzierung verlangt nach Anpassung der kantonalen Rechtsgrundlagen. Das Departementssekretariat beschäftigte sich – in Zusammenarbeit mit dem Spitalamt – vorwiegend mit der Ausarbeitung der Gesetzesentwürfe. Der Regierungsrat hat die Entwürfe eines teilrevidierten Gesundheitsgesetzes und eines Spitalverbundgesetzes zuhanden der ersten Lesung des Kantonsrates im Februar 2011 verabschiedet. Der Entwurf des teilrevidierten Gesundheitsgesetzes setzt die bundesrechtlichen Vorgaben im Bereich der neuen Spitalplanung und Spitalfinanzierung um. Der Entwurf für ein neues Spitalverbundgesetz schafft die Grundlage für einen Spitalverbund in der Rechtsform einer selbständigen öffentlichrechtlichen Anstalt. Die vorliegenden Gesetze sollen am 1. Januar 2012 in Kraft treten. Die Umsetzung des am 1. Januar in Kraft getreten total-

revidierten Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG zum KVG) führte zu zahlreichen Rekursen. Dies wegen des neuen Verfahrens mit verkürzter Frist zur Einreichung der Gesuche zur individuellen Prämienverbilligung. Im Weiteren erforderte die Umsetzung der neuen Rechtsgrundlagen die Ausarbeitung eines Zusammenarbeitsvertrages zwischen dem Departement Gesundheit und der Ausgleichskasse Appenzell Ausserrhoden.

Im Zuge der Umsetzung der neuen bundesrechtlichen Vorgaben zum Passivraucherschutz, welche am 1. Mai in Vollzug traten, nahm die Departementssekretärin an einer vom Bundesamt für Gesundheit organisierten Informationsveranstaltung in Bern teil. Der Regierungsrat passte am 13. April die Verordnung zum Gesundheitsgesetz an und regelte darin das Verfahren bezüglich der Kontrolle der Einhaltung der bundesrechtlichen Voraussetzungen. Kleinen Gastronomiebetrieben war es bis zum 31. Dezember erlaubt, als Raucherbetrieb geführt zu werden. Ab 1. Januar 2011 ist in sämtlichen Gastronomie-

betrieben in Appenzell Ausserrhoden das Rauchen nur in Raucherräumen zugelassen, die bis spätestens 1. Mai 2011 die bundesrechtlichen Anforderungen erfüllen müssen.

Für die neuen bundesrechtlichen Vorgaben zur Pflegefinanzierung wurden kantonale Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet. Das Departementssekretariat unterstützte das Amt für Soziale Einrichtungen bei der Ausarbeitung der vorläufigen Verordnung.

Am 27. April fand in Heiden erstmals eine Krankenhausplanungstagung im Rahmen der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) statt. Die von Appenzell Ausserrhoden organisierte Tagung ermöglichte einen reichhaltigen internationalen Erfahrungsaustausch zwischen Spezialistinnen und Spezialisten auf dem Gebiet der Spitalplanung und -finanzierung. Am 16. November fand in Trogen ein erstes Treffen der beiden Generalsekretärenkonferenzen der GDK-Ost und der GDK-Zentralschweiz statt. An diesem Treffen konnten Vertreterinnen und Vertreter aus 14 Kantonen ihre Erkenntnisse aus der Umsetzung der neuen bundesrechtlichen Vorgaben im Bereich der Spitalplanung und -finanzierung austauschen und die weiteren Umsetzungspläne diskutieren. Im 2012 soll ein zweites Treffen in der Zentralschweiz stattfinden.

Das Departementssekretariat war im Laufe des Jahres zudem mit der Bearbeitung von diversen Rekursen, mit Kündigungsverfahren für den Spitalverbund, dem Support für die Ämter in Rechtsfragen sowie der Erstellung von zahlreichen Mitberichten und Vernehmlassungen zuhanden von Bund und Kanton ausgelastet.

Die Neuordnung der Pflegefinanzierung (ab 1. Januar 2011 in Vollzug) sowie die neue Spitalplanung und -finanzierung führen künftig zu beträchtlichem Mehraufwand. Diesem soll einerseits mit der Nutzung von Synergien, andererseits mit der Schaffung neuer Stellen beigegeben werden. Neu wurde im Departementssekretariat der Controllingdienst geschaffen, der sämtliche Controllingdienste des Departements bündelt. Der bisherige Controller im Amt für Soziale Einrichtungen, Hanspeter Kühne, wurde zum Leiter des Controllingdienstes im Departementssekretariat ernannt. Die Stelle des betriebswirtschaftlichen Mitarbeiters im Departementssekretariat wird per 1. Januar 2011 ins Departement Finanzen

(Finanzamt) verschoben. Gespräche mit dem Departement Finanzen ergaben den Entscheid zur Zentralisierung der Rechnungskontrolle des Spitalamts und des Amtes für Soziale Einrichtungen. Die Umsetzung des Bundesrechts erfordert die Besetzung zwei neuer Controlling-Stellen (Controlling Umsetzung Pflegefinanzierung, Controlling Umsetzung Spitalfinanzierung). Im Weiteren werden im Spitalamt eine Planerin oder ein Planer (Stellvertretung des Leiters des Spitalamts) sowie im Departementssekretariat eine Juristin oder ein Jurist benötigt.

## 2. Spitalamt

### 2.1 Spitalplanung

Im Rahmen der Umsetzung der KVG-Revision müssen ab 2012 alle auf den Spitallisten geführten somatischen Akutspitäler mit leistungsbezogenen Fallpauschalen nach dem System Swiss-DRG entschädigt werden (Fallpauschalen für die Bereiche Psychiatrie und Rehabilitation folgen später). Mit der Revision wird grundsätzlich die freie Spitalwahl gewährleistet. Die Kantone müssen die Kosten der stationären Behandlungen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner in allen öffentlichen und privaten Spitälern und Kliniken der Spitallisten mehrheitlich übernehmen. Im Zulassungsverfahren müssen bei Listenspitälern neu auch Kriterien der Wirtschaftlichkeit und Qualität berücksichtigt werden.

Als Folge der KVG-Revision sind die kantonale Spitalplanung und die Spitalliste aus dem Jahre 1997 zu überarbeiten. Die Spitalplanung hat die stationäre Behandlung akuter Krankheiten im Spital und Geburtshaus sowie die stationäre Durchführung von Massnahmen der medizinischen Rehabilitation für die Wohnbevölkerung sicherzustellen. In einer ersten Phase wurde ein Versorgungsbericht erstellt. Darin geht es um die Frage, welche Leistungen (Art und Menge) die Ausserrhoder Wohnbevölkerung im stationären Spitalbereich und in der Rehabilitation in Zukunft benötigt. Dazu wurde die bisherige Nachfrageentwicklung der Ausserrhoder Bevölkerung abgebildet und der zukünftige Leistungsbedarf mit einem Prognosehorizont bis ins Jahr 2020 ermittelt. Es wurden Einflussfaktoren wie die demografische, medizintech-



nische, epidemiologische und ökonomische Entwicklung berücksichtigt. Der Versorgungsbericht wurde im September publiziert und dient als Grundlage für die Erstellung der detaillierten Versorgungsplanung und für die Ausarbeitung von Leistungsaufträgen. Ziel ist die Inkraftsetzung einer neuen Spitalliste auf 1. Januar 2012.

## 2.1 Psychiatriekonzept

Die Psychiatrie des Kantons basiert noch weitgehend auf dem Psychiatriekonzept aus dem Jahre 1998. Dieses teilweise überholte Konzept, das laufende Projekt zur Optimierung und Erneuerung des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden (PZA) sowie die Einführung der leistungsorientierten Spitalfinanzierung haben das Departement veranlasst, das bestehende Psychiatriekonzept zu überprüfen. Es soll eine zeitgemässe Struktur erarbeitet werden, welche den medizinischen Entwicklungen und den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten Rechnung trägt. Im Verlauf des Jahres 2009 war von einer Projektgruppe - unter Leitung des Chefarztes des PZA - ein neues Psychiatriekonzept erstellt worden. Es wurde Ende 2009 dem Gesundheitsrat vorgelegt. Dieser empfahl, zusätzlich eine externe Expertise einzuholen, welche eine unabhängige Perspektive einnehmen und einen Schwerpunkt auf die Vernetzung legen sollte. Die im Sommer vorgelegte Expertise hat insbesondere den Ausbau von teilstationären und ambulanten Angeboten empfohlen. Der Regierungsrat hat einer Projektgruppe unter der Leitung von Dr. Ulrike Borst den Auftrag erteilt, die in der Expertise aufgeführten Vorschläge auszuwerten und dem Regierungsrat ein überarbeitetes Psychiatriekonzept vorzulegen.

## 3. Amt für Gesundheit

### 3.1 Allgemeines

Im Berichtsjahr wurden die Abschlussarbeiten zur pandemischen Grippe H1N1 durchgeführt. Die überzähligen Impfstoffe wurden bis zu ihrem Verfall im Herbst bei den Abgabestellen gelagert und anschliessend gemäss den Weisungen von Swissmedic vernichtet.

Das Projekt «Gesundes Körpergewicht» ist erfolgreich gestartet. Es erstreckt sich über vier Jahre und endet 2014. In einer ersten Phase wurden Projekte angegangen, welche Kinder vom Säuglingsalter bis in die Vorschule betreffen. Dabei stehen die Ernährung von Kleinstkindern sowie die Information der Eltern im Vorschulbereich im Zentrum.

Die Zusammenarbeit mit dem Kanton Appenzell Innerrhoden im «Bündnis gegen Depression» verläuft nach wie vor sehr gut. Es haben Gespräche mit anderen Kantonen stattgefunden, welche allenfalls dem Bündnis beitreten wollen. Besonders hervorzuheben ist die Ausstattung sämtlicher öffentlicher Bibliotheken der beiden Appenzeller Kantone mit ausgewählter Literatur zum Thema «Depression».

Auch in diesem Jahr sind zwei Ausgaben des Gesundheitsmagazins erschienen. In der Frühjahrsausgabe, «10 Jahre Spitalverbund - Für Ihre Gesundheit» stand der Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden als Jubilar im Fokus. Die Herbstausgabe hat das Thema «Gesund im Alter» aufgegriffen. Dies ist für den Kanton mit einer überdurchschnittlichen Zahl älterer Menschen von besonderer Bedeutung.

Im Herbst wurde dem Kantonsrat der Zwischenbericht zum Gesundheitsbericht überreicht. Auf der Grundlage der Gesundheitsbefragung von 2007 wurde erstmals ein Überblick zum gesundheitlichen Wohlbefinden und zu Risikofaktoren in Appenzell Ausserrhoden geschaffen. Grundsätzlich ist der Gesundheitszustand der Ausserrhoder Bevölkerung gut. Negativ fällt die Suizidrate auf, die über dem schweizerischen Durchschnitt liegt.

Die langfristige Sicherstellung der ärztlichen Grundversorgung beschäftigte das Amt für Gesundheit intensiv. So bietet der Kanton Praxisassistentenstellen zur Förderung des Nachwuchses im Bereich Hausarztmedizin. Eine interessierte Person mit einem Abschluss in Humanmedizin kann somit einen Teil ihrer Assistenzarztzeit bei einer Grundversorgerin oder einem Grundversorger mit Lehrarzausbildung absolvieren. Leider ist es noch nicht gelungen, im Berichtsjahr eine Assistenzstelle zu vergeben. Das Interesse für solche Assistenzstellen ist schweizweit steigend, dennoch kann die Nachfrage nach Assistenzstellen bei ausgebildeten Hausärztinnen und Hausärzten mit dem Angebot noch nicht mithalten.



### 3.2 Gesundheitsrat

Der Gesundheitsrat hat sich im Berichtsjahr zu drei Sitzungen getroffen. So wurden dem Gesundheitsrat die Entwürfe zur Gesetzgebung über die Spitalplanung und -finanzierung und das Psychatriekonzept unterbreitet. Die Rückmeldungen des fachlich breit abgestützten Gremiums waren sehr wertvoll und hilfreich und ermöglichen auch gebietsübergreifende Diskussionen.

### 3.3 Kantonsärztlicher Dienst

Die finanzielle Belastung des Kantons durch ausserkantonale stationäre Spitalbehandlungen ist weiter angestiegen. Insbesondere traten im Berichtsjahr einige kostenintensive Fälle auf. Dank des Systems der elektronischen Kostengutsprachen «eKOGU» laufen die Prozesse sehr effizient.

Das Schularztwesen wurde genauer analysiert; und als erste Massnahme daraus wurden die administrativen Abläufe bei den Impfungen vereinfacht: Dank der Mitwirkung der Krankenversicherer und der Lieferanten konnten bei der Bestellung von Impfstoffen und Abrechnungen der Impfungen Prozesse optimiert werden. Die Ausgestaltung des Schularztwesens bietet noch Verbesserungspotenzial. Es ist zu prüfen, ob zusätzlich zu den Eintritts- und Austrittsuntersuchen beim Übertritt von der Mittel- in die Oberstufe Zwischenuntersuche eingeführt werden sollen.

### 3.4 Kantonzahnärztlicher Dienst

Nach wie vor sind im Kanton Unterschiede bei den Zahnuntersuchungen in den Gemeinden festzustellen. Dies ist bedauerlich, denn mangelhafte Zahngesundheit führt mittel- bis langfristig zu steigenden Gesundheitskosten. Zu den wichtigsten Aufgaben des Kantonzahnarztes zählten im Berichtsjahr die Information und Beratung von Behörden, Schulen sowie Einwohnerinnen und Einwohnern. Da die Zahngesundheit auch im Alter bedeutend ist, hat der Kantonzahnarzt beim Verband der Alters- und Pflegeheime Curaviva über Zahnpflege in Alters- und Pflegeheimen referiert.

### 3.5 Veterinärdienst

Im Berichtsjahr besaßen neun private Metzgereien und zwei Gemeinde-Notschlachthanlagen eine veterinärrechtliche Bewilligung zum Schlachten. Die Inspektionen durch den Veterinärdienst zeigten bei der Schlachthygiene zufriedenstellende bis gute Ergebnisse. Nach wie vor bereitet die Selbstkontrolle den Betriebsleitern erhebliche Mühe. Bei dieser müssen die Kühlraumtemperaturen und die Sauberkeit der Schlachträume und Geräte visuell und mit Abklatschproben mikrobiologisch regelmässig überprüft und aufgezeichnet werden. Die Gründe liegen in den meisten Fällen bei der fehlenden Zeit oder dem mangelnden Pflichtbewusstsein. Im Bereich des Tierschutzes - von der Anlieferung der Schlachttiere bis zur Betäubung - waren nur geringfügige Mängel zu verzeichnen. Die Verordnung über den Tierschutz beim Schlachten, die am 1. Dezember in Kraft getreten ist, führte zusätzliche Überwachungs- und Aufzeichnungspflichten für die Schlachtbetriebe ein.

Der Veterinärdienst hat zusammen mit dem Veterinäramt St. Gallen eine obligatorische Fortbildungsveranstaltung für die mit der Fleischkontrolle beauftragten Tierärztinnen und Tierärzte durchgeführt. Hauptthemen waren Fragen und Probleme rund um die Schlachtung kranker Tiere sowie der Tierschutz in Schlachtbetrieben.

### 3.6 Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 94 Inspektionen durchgeführt (Vorjahr 70).

Das im 2009 gestartete Projekt zur Überarbeitung der kantonal registrierten Heilmittel wurde erfolgreich abgeschlossen; dies dank zeitlich befristeter personeller Unterstützung durch eine Drogistin mit Erfahrung in der Pharmaindustrie. Appenzel Ausserrhoden verfügt nun über einen zuverlässigen Datenbestand sämtlicher auf dem Kantonsgebiet zugelassenen Heilmittel. Dank einer einheitlichen Bezeichnung der Substanzen lassen sich Stoffe sehr rasch auffinden. Die Registrierungsunterlagen wurden sämtlichen Firmen in der korrigierten Form zugestellt, sodass die Dokumentation auch in den Betrieben mit dem Inhalt der kantonalen Datenbank übereinstimmt.

Grossen Aufwand bereitete die Überarbeitung der Datenbank der Gesundheitsfachpersonen. Die unterschiedliche Datenqualität behinderte die Fachstelle bei einer effizienten Arbeit. Die Datenqualität musste u.a. für die Überprüfung der Einträge im eidgenössischen Medizinberuferegister angepasst werden. In diesem Register werden Personen mit den universitären Ausbildungen Humanmedizin, Zahnmedizin, Veterinärmedizin, Pharmazie und Chiropraktik erfasst. Die Datenqualität der kantonal zugelassenen Gesundheitsfachpersonen wird ebenfalls auf ein einheitliches Niveau gebracht. Diese Daten werden auch für die Erstellung des kantonalen Gesundheitsberichts benötigt. Für die Bewältigung der Aufgabe ist die Fachstelle auf die Mitwirkung aller Gesundheitsfachpersonen angewiesen. Aufgrund der Bedeutung des Gesundheitswesens für Appenzell Ausserrhoden ist ein angemessener Qualitätsstandard der Datenbank für den Ruf als «Gesundheitskanton» unerlässlich. Die Arbeiten werden im 2011 abgeschlossen.

Im November wurden zum dritten Mal kantonale Prüfungen für Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker nach neuem Prüfungsreglement durchgeführt. Von elf Teilnehmenden haben sechs Personen die Prüfung bestanden.

### 3.7 Beratungsstelle für Suchtfragen

Die Anzahl der Beratungen bzw. der ratsuchenden Personen stieg im Berichtsjahr erneut. Es wurden 168 länger dauernde Beratungen durchgeführt (2009: 152). Bei den Kurzberatungen (weniger als 3 Stunden Arbeitsaufwand) stieg die Zahl gegenüber dem Vorjahr um 14 % auf 104 (vgl. Statistik im Anhang).

Im Frühjahr wurde erneut ein Rauchstoppkurs «rauchlos glücklich» für die Ausserrhoder Bevölkerung durchgeführt. Das Suchtpräventionsprogramm «freelance» ist ein grosser Erfolg und wird von den Ausserrhoder Lehrpersonen sehr gut genutzt. Das Programm steht den Lehrpersonen als flexibel einsetzbare Unterrichtseinheiten zur Verfügung. Das Unterrichtsmaterial basiert auf den neuesten Erkenntnissen und Zahlen des Risiko- und Konsumverhaltens.

Nach der QuaTheDA-Zertifizierung im September 2008 wurde im Herbst auch das zweite Aufrechterhaltungsaudit erfolgreich bestanden.

### 3.8 Honorarprüfungs- und Schlichtungskommission

Ein Ende 2009 hängiges Verfahren vor der Honorarprüfungs- und Schlichtungskommission für Zahnärzte und Heilpraktiker wurde mittels Vergleich zwischen den Parteien erledigt.

Im Berichtsjahr wurden drei Gesuche um Überprüfung von Zahnarzhonoraren anhängig gemacht. Ein seit November hängiges Überprüfungsgesuch ist noch pendent.

## 4. Amt für Lebensmittelkontrolle (Interkantoniales Labor)

Am 1. Mai trat das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen in Kraft. Die Revision der kantonalen Verordnung zum Gesundheitsgesetz brachte die Übertragung neuer Aufgaben mit sich. Das Lebensmittelinspektorat muss nun im Rahmen der ordentlichen Kontrollen der Gastgewerbebetriebe mit Raucherraum prüfen, ob die Voraussetzungen für die Zulassung erfüllt sind. Das Augenmerk wurde im Berichtsjahr auf die baulichen Voraussetzungen für die Einrichtung von Raucherräumen gerichtet.

Am 1. Juli trat das Bundesgesetz über technische Handelshemmnisse und damit das Cassis de Dijon-Prinzip für die Schweiz in Kraft. Produkte, die in der EU rechtmässig in Verkehr sind, können nun auch in der Schweiz frei zirkulieren. Lebensmittel benötigen eine Bewilligung durch das Bundesamt für Gesundheit, welche einfach zu erhalten ist. Die Bedeutung des Schweizerischen Lebensmittelrechts nimmt daher laufend ab.

Bei den Betriebskontrollen und Probenuntersuchungen konnten die Jahresziele erreicht werden. Mit der zunehmenden Internationalisierung der Warenströme geht eine Zunahme der Bürokratie einher.

## 5. Amt für Soziale Einrichtungen

Wichtigstes Geschäft war die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Neuordnung der Pflegefinanzierung. Wie

schon bei der Kantonalisierung des Behindertenwesens, verursachten fehlende oder unklare Vorgaben der Bundesgesetzgebung einen beträchtlichen Arbeitsaufwand und ein unübersichtliches Nebeneinander unterschiedlicher kantonaler Lösungen. In Appenzell Ausserrhoden erfolgte die Umsetzung der Neuordnung der Pflegefinanzierung wegen Zeitmangels nicht im Rahmen eines Pflegegesetzes, sondern mittels einer vorläufigen Verordnung. Bei deren Erarbeitung wurden die Gemeinden und die Verbände der Leistungserbringer einbezogen. So wurden für die Finanzierung der ambulanten und der stationären Pflege faire Lösungen gefunden, die für die Leistungserbringer, die neu zahlungspflichtige öffentliche Hand sowie die Bezüger von Pflege- und Betreuungsleistungen tragbar sind. Den Kunden von Spitex-Organisationen wird nur die Hälfte der bundesrechtlich möglichen Eigenbeteiligung belastet. Damit konnte ein wichtiger Anreiz zur Umsetzung des allgemein anerkannten und tendenziell kostensparenden Prinzips «ambulant vor stationär» gesetzt werden.

Die in Zusammenarbeit mit den Ostschweizer Kantonen erarbeiteten kantonalen Konzepte zur Förderung der Eingliederung invalider Personen (Behindertenkonzept) wurden im September vom Bundesrat genehmigt. Die Erarbeitung erfolgte aufgrund Artikel 10 des Bundesgesetzes über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG). Die Konferenz der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren der Ostschweizer Kantone (SODK Ost) sowie der Kanton Zürich haben die Hochschule Luzern mit weiterführenden Projekten (Finanzierungsinstrumente, interkantonale Angebotsplanung, Qualitätsmanagement) beauftragt. Im Vordergrund steht die von den meisten Ostschweizer Kantonen im Jahr 2012 beabsichtigte Einführung von pauschalen subjektbezogenen Betriebsbeiträgen, die den individuellen Betreuungsaufwand stärker berücksichtigen als bisher. Damit wird eine gerechtere Leistungsabgeltung für die Wohnheime und Werkstätten gewährleistet und ansatzweise ein Leistungsvergleich zwischen den Einrichtungen ermöglicht.

Die spitalexterne Gesundheits- und Krankenpflege (Spitex - Hilfe und Pflege zu Hause) ist mit grossen Herausforderungen konfrontiert: Die weitere Professionalisierung ihrer Dienstleistungen, die bevorstehenden Entwicklun-

gen im Spitalbereich, das dringend notwendige vermehrte Engagement beim Ausbilden von Pflegefachpersonen und betriebswirtschaftliche Aspekte haben Handlungsbedarf erzeugt. Der Gesundheitsdirektor hat deshalb das Amt für Soziale Einrichtungen mit der Durchführung eines Projekts «Spitexentwicklung und -regionalisierung» beauftragt. Die Projektleiterinnen Monika Müller-Hutter (Leiterin Spitexaufsicht und -beratung) und Christine Aeschlimann (Geschäftsführerin Spitex-Kantonalverband AR) haben der Steuergruppe, in der die Gemeinden, die Spitex-Vereine und die Spitex-Leitungen vertreten sind, zwei Modelle für die künftige Struktur der Spitexorganisationen vorgelegt. Das eine schlägt die Schaffung einer einzigen Spitex-Organisation mit mehreren Filialen vor, das andere drei oder mehr eigenständige Spitex-Organisationen. Der Bericht wurde von der Steuergruppe leicht modifiziert und vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen. Die Gemeinden und die Spitex-Organisationen sind eingeladen, bis Ende Januar 2011 dazu Stellung zu nehmen.

## 6. Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR)

Das Gesundheitswesen hat im Kanton einen hohen Stellenwert. Der Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR) nimmt darin als medizinischer Grundversorger eine zentrale Funktion wahr. Nach einer Phase steigender Patientenzahlen seit dem Jahre 2005 haben sich die Leistungsdaten konsolidiert. Aufgrund der demographischen Entwicklung ist in den nächsten Jahren eine Zunahme der Hospitalisationsquote zu erwarten. Parallel dazu steigt die Nachfrage nach Gesundheitsfachpersonen. Der Spitalverbund verfügt heute über ein hervorragendes Ärzteteam und gut ausgebildetes Pflegefachpersonal. Um genügend Nachwuchskräfte zu rekrutieren, werden im SVAR laufend bis zu 175 Praktikums- und Ausbildungsstellen angeboten. Damit nimmt er kantonal und regional eine bedeutende Stellung ein. Der Spitalverbund hat in den letzten Jahren kontinuierlich die Basis für eine moderne Informatik geschaffen. Durch das Ausschöpfen von Synergien konnten die Kosten im IT-Bereich stabilisiert werden, indem konsequent dieselben Informatikplattformen über alle Betriebe eingesetzt wurden. Seit 2005 wird auf die



Qualitäts-Zertifizierung des Spitalverbundes hingearbeitet. 2010 unterzog sich der Spitalverbund der Zertifizierung der Qualitätssicherung nach SanaCERT und erhielt das Zertifikat mit sehr gutem Ergebnis. Im Weiteren wurde der Rettungsdienst des SVAR im Dezember vom Interverband für Rettungswesen anerkannt. Um den Standard der Infrastruktur zu erhalten, wird in den kommenden Jahren ein hoher Investitionsbedarf erwartet. Der Spitalverbund bereitet sich durch Kaderschulung, Organisationsmassnahmen und Information auf die neue Spitalfinanzierung vor.

Auf Ende Jahr trat Dr. med. Bruno Kägi als Chefarzt des Psychiatrischen Zentrums Appenzel Ausserrhoden zurück. Dr. Kägi übte diese Funktion seit dem 1. März 1998 aus. Er nimmt eine ambulante Praxistätigkeit in seinem Spezialgebiet auf. Zu seinem Nachfolger wurde Axel Weiss, MaHM, Gais, ernannt. Axel Weiss war bisher Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes am PZA. Mit der Ernennung zum Chefarzt durch den Regierungsrat wurde Axel Weiss auch in die Geschäftsleitung des SVAR gewählt.

Der SVAR wurde im Jahre 2000 aus den akutsomatischen Spitälern Heiden und Herisau sowie dem Psychiatrischen Zentrum Herisau gegründet und bildet seither eine unternehmerische Einheit. Im Jahre 2010 wurde das 10-jährige Jubiläum des Bestehens des Spitalverbundes mit je einem Anlass für den Kantonsrat sowie für die Mitarbeitenden gewürdigt.

Die seit 100 Jahren bestehende Zusammenarbeit mit verschiedenen Kantonen im Bereich der Psychiatrie wurde im Februar anlässlich einer Zusammenkunft von Vertretern des Gesundheitswesens beider Kantone gewürdigt.

## 7. Ethikkommission

Im Berichtsjahr hat sich die Ethikkommission zu einer Sitzung getroffen. Neben den Diskussionen um die Genehmigung ordentlicher Studien ist dabei insbesondere die Rolle und Zukunft der Ethikkommission zur Diskussion gestanden. Die Kommission hat festgestellt, dass die von der Bundesgesetzgebung verlangten Studienentscheide in unserem Kanton an Relevanz verlieren, weil die grossen medizinischen Zentren Zürich und St. Gallen das

Schwergewicht der Studientätigkeit auf sich ziehen. Auf kantonaler Ebene bleibt aber die beratende Tätigkeit der Kommission im Sinne der kantonalen Gesetzgebung wichtig. Das hat sich auch im Rahmen der Vernehmlassung zur aktuellen Revision der Gesundheitsgesetzgebung gezeigt. Die Kommission sucht deshalb im Zusammenhang mit dieser leichten Verschiebung ihrer Tätigkeit den Kontakt und das regelmässige Gespräch mit der Gesundheitsdirektion. Sie ist der Auffassung, dass in diesen Bereichen eine etwas aktivere Rolle mit gewisser Unabhängigkeit sinnvoll sein könnte.

## Departement Bau und Umwelt

Direktor: Landammann Jakob Brunnschweiler

Rund 80 Prozent aller Entscheidungen im politischen, wirtschaftlichen und privaten Leben haben einen räumlichen Bezug. Deshalb greifen im Alltag viele auf Geoinformationen zu. Zusammen mit dem geltenden Bundesgesetz soll ein neues kantonales Geoinformationsgesetz die Geoinformation erstmals nach einheitlichen Gesichtspunkten umfassend regeln und die Grundlagen für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von kantonalen Geodaten schaffen. Politik, Wirtschaft, Privatpersonen und Behörden haben mit dem neuen Gesetz besseren Zugang zu den Daten. Von besonderer Bedeutung sind die Daten der amtlichen Vermessung; denn mit Hilfe des Grundbuches und der amtlichen Vermessung werden schweizweit Hypothekendarlehen von über 650 Milliarden Franken gesichert.

Der Zubringer Appenzellerland harrt weiter seiner Realisierung. Das eidgenössische Departement Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) hat im Herbst eine erneute Vernehmlassung bei den Kantonen gestartet zur Frage der finanziellen Kompensation für die Übernahme von Strecken ins Nationalstrassennetz. Die aufgezeigten Kompensationsmodelle sind für Appenzell Ausserrhoden finanziell nicht tragbar; die Regierung hat die Vorlage in Absprache mit Appenzell Innerrhoden abgelehnt. Andere Kantone taten dies auch. Nun wird auf Bundesebene geprüft, die zusätzliche Belastung der Bundeskasse über eine Erhöhung der Mineralölsteuer um 3 bis 4 Rappen pro Liter Treibstoff zu finanzieren. Ziel des Bundesrates ist, den Netzbeschluss im Sommer 2012 den eidgenössischen Räten zu unterbreiten.

### 1. Departementssekretariat

Der Rechtsdienst arbeitete vor allem an der Teilrevision des Energiegesetzes (EnG, Umsetzung MuKE 2008 inkl. Verordnung) und am neuen Geoinformationsgesetz (GeoIG, kGeoIV, kVAV).

78 Rekurse zu Entscheiden von Gemeindebehörden, Planungsamt sowie Amt für Umwelt sind eingegangen; behandelt wurden 76, darunter auch Rekurse aus den Vorjahren. Die Bearbeitung von Rechtsanfragen von Privaten, Gemeinden und Ämtern sowie die Vorprüfungen von Gemeindereglementen forderten den Rechtsdienst stark.

Beim Baukoordinationsdienst gingen 919 Gesuche ein (Vorjahr 850). Die meisten Gesuche wurden durch die kantonalen Stellen innert vier Wochen beurteilt; die durchschnittliche Bearbeitungsdauer betrug 4.60 Wochen (Vorjahr 4.67). Gegen acht Prozent der Bauvorhaben wurde Einsprache erhoben.

Rechts- und Baukoordinationsdienst führten am 4. November zum zweiten Mal die Zusammenkunft der Bausekretärinnen und Bausekretäre der Ausserrhoder Gemeinden durch. Diskutiert wurden u.a. baurechtliche Knacknüsse und das Planaufgabeverfahren nach neuem Strassengesetz. Der Anlass wurde von allen Teilnehmenden erneut sehr geschätzt.

Das elektronische Geschäftsverwaltungssystem KONSUL, welches bereits für die Regierungsratsgeschäfte zwischen der Kantonskanzlei und den Departementssekretariaten eingesetzt wird, wurde für die Geschäfte zwischen dem Departementssekretariat und den Ämtern des Departements getestet. Die Einführung ist auf Beginn 2011 geplant.

### 2. Planungsamt

Die Raumplanung war mit der Revision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes, der Landschaftsinitiative und dem Raumkonzept Schweiz auf nationaler und kantonaler Ebene vermehrt im Fokus der Öffentlichkeit. Diese Diskussionen werden sich im 2011 verstärkt fortsetzen. Im Naturschutz gab das UNO-Jahr der Biodiversität 2010 den aussergewöhnlichen Rahmen, der Ausserrhoder Bevölkerung die Vielfalt der Natur näher zu bringen. Mit anschaulichen Aufwertungsmassnahmen in Hochmooren und Weihern, mit geführten Biodiversitäts-Spaziergängen, einer grossen Baumpflanzaktion und einer Publikation wurden die Ausserrhoder Naturwerte breit aufgezeigt.

## 2.1 Ortsplanungen

Verschiedene Gemeinde-Ortsplanungen wurden überarbeitet. Genehmigt worden sind die Ortsplanungsrevisionen von Urnäsch und Waldstatt. Ein weiteres Schwergewicht waren Vorprüfungen und Genehmigungen von Teilzonenplänen (24 Vorprüfungen, 17 Genehmigungen) und Sondernutzungsplänen (24 Vorprüfungen, 12 Genehmigungen). Diese erwiesen sich im Rahmen der Umsetzung der Ortsplanungen als notwendig. Bei fünf weiteren Gemeinden wurden diverse Planungsinstrumente der Ortsplanung vorgeprüft.

Im Berichtsjahr ist eine Fläche von 10.1 Hektaren neu der Kategorie «überbaut bzw. weitgehend überbaut» zugeflossen (Vorjahr 8.3 Hektaren). Die Bauzone vergrösserte sich insgesamt um 1.5 auf 1'482 Hektaren. Davon sind 218.7 Hektaren noch nicht bebaut (siehe Anhang «Übersicht über den Stand der Erschliessung»).

## 2.2 Regionalplanungen

Der neuen «Vereinigung der Gemeinden der Region Appenzell AR - St.Gallen - Bodensee» gehören 17 Ausserrhoder Gemeinden an; nicht dabei sind Reute, Wald und Wolfhalden. Im ersten Geschäftsjahr 2010 hat die Geschäftsstelle der Vereinigung zusammen mit den Gemeinden ein Portrait mit Zukunftsbildern erarbeitet. Mit diesem will sich die Region zielgerichtet und nachhaltig im Standortwettbewerb positionieren. Es soll auch als Grundlage dienen für die Ausarbeitung greifbarer Projekte und Massnahmen für das Arbeitsprogramm der Geschäftsstelle. Die Vereinigung spürt künftig auch wirtschaftlich bedeutende Standorte mit Entwicklungspotenzial auf, für die - zusammen mit den Standortgemeinden - Impulse für Arealentwicklungsprozesse ausgelöst werden sollen.

## 2.3 Kantonalplanung

Der kantonale Richtplan wurde bezüglich «Agglomerationsprogramm» und «Naturgefahren» nachgeführt; die Vernehmlassung beim Bund und kantonalen Stellen wurde abgeschlossen.

Im Agglomerationsprogramm hat Appenzell Ausserrhoden mit der Unterzeichnung der Leistungsvereinbarung gegenüber dem Bund bestätigt, dass die Massnahmen des Agglomerationsprogramms umgesetzt werden. Im Gegenzug hilft der Bund bei der Finanzierung von Infrastrukturmassnahmen des Aggloprogramms, insbesondere bei der Durchmesserlinie der Appenzellerbahnen. Weitere unterstützte Infrastrukturmassnahmen liegen ausserhalb des Kantons (Gossau, Stadt St. Gallen); dennoch tragen diese zur Attraktivitätssteigerung Ausserrhodens bei.

## 2.4 Baubewilligungen und Stellungnahmen

Die Anzahl der behandelten Baugesuche ausserhalb Bauzonen und in nationalen Ortsbildschutzzonen lag mit 514 über dem Mittel der letzten drei Jahre (491), insbesondere für nichtlandwirtschaftliche Bauten. Rund 63.4 % der Baubewilligungen wurden mit Auflagen verknüpft (Vorjahr 65.7 %). Bei 5.8 % der Gesuche wurde keine Bewilligung erteilt (Vorjahr 7.1 %); bei 14 Baugesuchen waren Einsprachen zu behandeln (Vorjahr 11). Auch wurden 110 schriftliche Stellungnahmen ausgefertigt (Vorjahr 131); siehe Anhang «Bearbeitete Baugesuche 2007-2010».

## 2.5 Natur- und Landschaftsschutz

Im UNO-Jahr der Biodiversität 2010 konzentrierten sich die Aktivitäten des Natur- und Landschaftsschutzes auf die Bekanntmachung und Förderung der Ausserrhoder Naturwerte. An sechs öffentlichen «Biodiversitäts-Spaziergängen» wurden über 300 Interessierte zu vielfältigen Lebensräumen im Kanton geführt. Ende Oktober wurden mit der Baumpflanzaktion über 2'200 Hochstamm-Obstbäume an Ausserrhoder Grundeigentümer ausgeliefert und in den Gemeinden mit Schulklassen gepflanzt. Die Baumpflanzaktion findet jährlich statt und ist ein Gemeinschaftsprojekt von Naturschutz und Landwirtschaft, mitfinanziert durch Bund, Kanton und Gemeinden. In den Gemeinden Urnäsch, Hundwil und Schwellbrunn wurden drei Hochmoore von nationaler Bedeutung regeneriert und aufgewertet; in den Gemeinden Herisau, Speicher und Heiden wurden drei Amphibienweiher neu erstellt bzw. saniert.

## 2.6 Fuss- und Wanderwege, Radwander- und Bikerouten

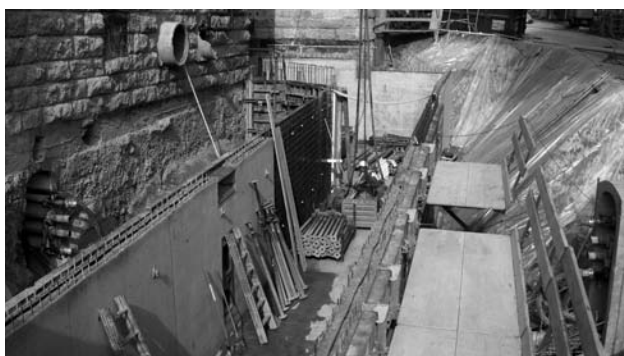
Schweiz Tourismus lancierte das Jahr 2010 zum «Jahr des Wanderns». Dazu wurden schweizweit zwölf Top-Wanderrouuten bezeichnet, die international stark beworben wurden. Als eine dieser zwölf so genannten «ICON-Wanderungen» wurde die Route Schwägalp-Kronberg ausgewählt. Dies veranschaulicht die Bedeutung der Appenzeller Landschaft und des Wanderwegnetzes für den Tourismus. Ferner wurden fünf der schönsten Ausserrhoder Tageswanderungen als lokale Wanderrouten von SchweizMobil ausgeschieden und signalisiert. Diese sind nun Bestandteil der internationalen Vermarktung.

## 3. Hochbauamt

### 3.1 Kantonale Hochbauten

#### Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden (PZA), Herisau

Abhängig vom Umzug ins Haus I wurde im Mai mit den Bauarbeiten im Haus IV (Akutpsychiatrie) gestartet - und Ende Jahr die Rohbauarbeiten abgeschlossen. Die Fassaden sind auf drei Gebäudeseiten fertig saniert; die Haustechnik- und Innenausbauarbeiten sind im Gange; Bezug ist im Juni 2011.



PZA, Versorgungs- und Erschliessungskanal, Anschluss Haus IV

Gleichzeitig wurde auch am Versorgungs- und Erschliessungskanal weiter gebaut. Es wurde ein bestehender Leitungskanal gequert und ein Wendeplatz sowie ein Entsorgungsraum im Zugangsbereich des Hauses erstellt. Dank gut koordinierter Arbeitsaufteilung am Kanal und Haus IV erfolgte im November die letzte Betonier-Etappe. Im ersten Jahresquartal wurde ein Studienwettbewerb für das Mehrzweckgebäude Haus VIII (Restaurantumbau) mit vier Architekturbüros durchgeführt. Das Beurteilungsgremium empfahl das Projekt der Architektin Eva Louis aus Stein zur Weiterbearbeitung.

#### Spital Herisau

Die Warmwasser-Aufbereitung wurde erneuert. Auch wurde die zweite Etappe des Teilersatzes des Mess-Steuer- und Regelsystems (MSR-System) fertig gestellt. Die Projektplanung «Anbau Zentral-Sterilisation» wurde abgeschlossen. Im Dezember wurde der Ausführungskredit vom Kantonsrat genehmigt und das Baugesuch eingereicht. Für den Anbau eines Ambulatoriums und den Neubau einer Parkgarage Ost sind Machbarkeitsstudien gemäss Raumkonzept Spitalverbund erarbeitet worden.



Spital Herisau, Erneuerung Warmwasser-Leitungen

#### Spital Heiden

Im Zusammenhang mit der Verbesserung des Ambulatoriums wurde ein Vorprojekt erarbeitet, das den Kauf und den Umbau der Nachbarliegenschaft «Brauerei», Asylstrasse 4, die nötigen Umbauarbeiten im Dunant-Haus sowie im Erdgeschoss des Spitalgebäudes beinhaltet. Fertig gestellt ist die Erweiterung / Sanierung des Parkplatzes Süd.

### Umnutzung Zeughaus Herisau

Das Volk hat am 7. März den Baukredit genehmigt. Daraufhin wurde das detaillierte Bauprojekt geplant, inklusive kantonale Notrufzentrale (KNZ). Zudem konnte von der Gemeinde Herisau Land für die Erstellung von zusätzlichen Parkplätzen im Ebnet erworben werden. Gleichzeitig mit dem Zusatzkredit für diesen Landerwerb und die Erstellung zusätzlicher Parkplätze hat der Kantonsrat auch die vorgeschlagene Verbreiterung des Annex-Gebäudes genehmigt. Die Bauarbeiten starten im Januar 2011.

### Kantonsschule Trogen

Im September hat der Kantonsrat den Kredit für die Erneuerung und Optimierung der Mensa im Konviktsgebäude genehmigt. Die Vergabe des ersten Teils der Bauarbeiten und die Baubewilligung erfolgten im Dezember; Baustart ist im Januar 2011.

### Strafanstalt Gmünden, Niderteufen

Die Entwässerung des Platzes zwischen Werkstattgebäude und landwirtschaftlicher Scheune sowie die den Platz querende Meteorwasserleitung wurden neu erstellt. Entsprechend dem Bauprogramm wurde auf der Zufahrtsstrasse und dem Platz ein neuer Belag eingebaut.

## 3.2 Liegenschaften: Unterhalt und Verwaltung

Der Gesamtbestand der Liegenschaften des Kantons, der Pensionskasse, der kantonalen Stiftungen sowie der zugemieteten Objekte, die durch das Hochbauamt verwaltet werden, sind im Anhang aufgeführt. Die Veränderungen sind durch den Wegfall von zwei Grundstücken und einem Grundstück mit Gebäude ausgewiesen. Bei den Liegenschaften des Finanz- und Verwaltungsvermögens wurden die nötigen Renovationen bei Mieterwechseln vorgenommen.

Für die Spitalbauten sind verschiedene bauliche Unterhaltsarbeiten notwendig geworden.

Spital Herisau: Einbau autonome Lüftungsanlage Labor Onkologie, Anpassung Lüftung Zentralküche, Einbau von Luftkühlern in OP-Lüftungsanlagen, Betonsanierung Ein-/Ausfahrt Parkgarage, Erneuerung/Verbesserung Raumkühlung Laborräume und Zentralapotheke, Sanierung Bassin Personalhaus.

Spital Heiden: Teilersatz Mess-, Steuer- und Regelsystem (MSR-System), Ersatz der Kippkessel Zentralküche, Erneuerung Bodenbeläge in DU/WC Bettentrakt.

PZA: Sanierung zweier Flachdächer inklusive Anbringung zusätzlicher Wärmedämmung (Haus IX/Haus I).



PZA, Haus I, saniertes Flachdach

Durch eine bessere Raumaufteilung wurde im Berufsbildungszentrum Herisau ein zusätzliches Büro inkl. Besprechungsraum für eine neu geschaffene Stelle gewonnen.

In den angemieteten Liegenschaften in Trogen (Landsgemeindeplatz 1 und 10 sowie Hinterdorf 516) wurden in verschiedenen Räumen die Beleuchtung und die EDV-Anschlüsse ergänzt. In den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens Poststrasse 21, Heiden, wurde der Polizeiposten erweitert und im Haus Tannenbaum, Herisau, die Ostfassade saniert. In den Liegenschaften des Finanzvermögens Kirchplatz 4, Heiden, wurden



die Bodenbeläge und Wandoberflächen der Büros der sozialen Dienste erneuert - und in der Liegenschaft Alpsteinstrasse 26B/C, Herisau, eine Wohnung renoviert.

Die kantonseigenen Alpen Grossbalmen und Grossbetten, Hundwil, sowie die Alp Böheli, Urnäsch, sind gemäss Beschluss des Regierungsrates ins Eigentum der Stiftung Pro Appenzell überführt worden.



Alp Grossbalmen, Hundwil



Alp Grossbetten, Hundwil



Alp Böheli, Urnäsch

In der Liegenschaft Kasernenstrasse 17A der Pensionskasse wurde im Dachgeschoss ein zusätzliches Doppelbüro eingebaut. Für ein Investitionsprojekt (36 Wohnungen und 46 Garagen-Einstellplätze) wurde zugunsten der Pensionskasse die Vertretung der Bauherrschaft wahrgenommen. Auch wurden in den Liegenschaften der Pensionskasse Bachstrasse 9, Heiden, und Loch 1305-1307, Walzenhausen, die Fassaden gestrichen bzw. die Balkone verglast.

### 3.3 Subventionen an Bauten, Beratungen

In der Wintersession 2010 hat der Nationalrat den neuen Rahmenkredit von 1.4 Milliarden Franken bewilligt, der zur Verbürgung von Anleihen der Emissionszentrale EGW dient. Dank der Verbürgung sind diese Anleihen äusserst zinsgünstig. Weil sie nur gemeinnützigen Wohnbauträgern vergeben werden, kommt die Ersparnis direkt den Mieterinnen und Mietern zugute. Der Ständerat wird das Geschäft im 2011 behandeln.

Beim baulichen Zivilschutz wurden 124 Verfügungen erstellt, davon 19 Schutzraum-Baubewilligungen und 105 Dispensationen zum Schutzraumbau. In Walzenhausen und Wolfhalden sind die periodischen Anlagenkontrollen (PAK) durchgeführt worden. Für den Unterhalt dieser Anlagen zahlte das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) den Eigentümerinnen und Eigentümern Fr. 80'500 aus.

Da Appenzell Ausserrhoden gemäss Übergangsbestimmung im Gesundheitsgesetz nur noch bis 2015 den Gemeinden Baubeiträge an Pflegeheime leistet, sind Planungen in Walzenhausen, Bühler, Urnäsch und Waldstatt gestartet worden; diese zogen verschiedene Abklärungen und Beratungen nach sich. Zwei Gesuche für IV-Bauten wurden durch den Bund noch nach altem Recht abgerechnet.



## 4. Tiefbauamt

### 4.1 Allgemeines

Nach 26 Dienstjahren als Kantonsingenieur trat Bernhard Meier Ende Januar in den Ruhestand. Sein Nachfolger Urban Keller übernahm die Leitung des Tiefbauamtes. Im Herbst wurde das 1. Kantonale Strassenbau- und Investitionsprogramm über die Periode 2011-2014 vom Regierungsrat beschlossen. In der vorangehenden Vernehmlassung wurde die Investitionspolitik im Strassenbau unterstützt; denn zeitgemäss ausgebaute und baulich gut unterhaltene Strassen sind für die Ausserrhoder Volkswirtschaft zentral. Doch das dichte Kantonsstrassennetz hat immer noch lange und zentrale Strecken, die vor über 35 Jahren letztmals umfassend saniert wurden. Das Programm soll den heutigen wie den zukünftigen verkehrlichen Anforderungen, den Bedürfnissen vor Ort und den übergeordneten Interessen des Kantons gerecht werden - und umfasst rund 25 Ausbauprojekte. In den nächsten vier Jahren sollen rund 95 Mio. Franken in den Ausbau und die Substanzerhaltung der Strasseninfrastruktur investiert werden.

Im Herbst erfolgte die dritte Vernehmlassungsrunde bei den Kantonen zur Kompensation der Aufwendungen für Betrieb und Unterhalt infolge Anpassung «Netzbeschluss Nationalstrassen». Leider waren alle vorgeschlagenen Kompensationsmodelle für Appenzell Ausserrhoden finanziell nicht tragbar; die Vorlage wurde in Absprache mit Appenzell Innerrhoden abgelehnt. Beide Kantone suchen nun das Gespräch mit dem Bund (UVEK und EFD), um für die nationalstrassenlosen Appenzeller Kantone eine Sonderlösung zu finden.

Nach Jahren des Stillstandes kam die Planung der zukünftigen Nutzung des Bahnhofareals Herisau wieder in Bewegung. Unter Federführung der Gemeinde wurden städtebauliche Entwicklungsvarianten ausgeleuchtet, die konkretisiert werden. Zentrales Element dabei ist eine geänderte Verkehrsführung.

Im Frühjahr trat das vom Regierungsrat neu ins Leben gerufene «Fachorgan Naturgefahren» unter der Leitung des Kantonsingenieurs erstmals zusammen, um aktuelle Fragen zu den Naturgefahren, die Nachführung der

rechtsgültigen Gefahrenkarten und die weitere Entwicklung zu besprechen.

### 4.2 Strassenbau

Die geplanten Objekte im Strassenbau konnten alle realisiert werden. Die Bausaison verlief unfallfrei und der Kanton blieb von Unwetterschäden an der Strasseninfrastruktur verschont.

Ausserordentlich gut sind die Bauarbeiten auf dem Abschnitt Goldachbrücke-Oberstall zwischen Trogen und Wald gelaufen. Dieser über 1'000 Meter lange Strassenabschnitt wurde in einer Bauzeit von nur acht Monaten erneuert, wobei eine Summe von rund Fr. 2.75 Mio. umgesetzt wurde. Die Arbeiten wurden unter Verkehr ausgeführt - und diese Leistung verdient eine Würdigung des einheimischen Baukonsortiums.

Die Anforderungen an den öffentlichen Raum in den klassischen Ausserrhoder Strassendörfern sind heute anders als noch vor 30 Jahren; die Sanierungen sind daher herausfordernd. Es gilt, die Ansprüche des Verkehrs mit denen der Bewohner, des Gewerbes, der übrigen Nutzenden und den architektonischen und ortsbaulichen Gegebenheiten in Einklang zu bringen. Auch sind Liegenschaften entlang der Strassen immer schwieriger zu vermieten und zu nutzen. Dadurch leidet die Aufenthaltsqualität in den Dörfern. Die Gemeinden spüren diese Defizite aufgrund der Rückmeldungen aus der Bevölkerung und sind interessiert an Verbesserungen.

Im Berichtsjahr wurden die Strassenraumgestaltungen der Ortsdurchfahrten Hundwil, Waldstatt, Stein, Schwellbrunn sowie der Werdstrasse in Heiden aufgegleist. Dies wurde nötig, denn der Verkehr wird dort immer mehr als trennendes Element wahrgenommen.

## 5. Amt für Umwelt

### 5.1 Allgemeines

Der Kantonsrat hat in erster Lesung das revidierte Energiegesetz behandelt. Die zweite Lesung ist im

Frühling 2011 vorgesehen. Per 1. September wurde die Verordnung über den Umgang mit gebietsfremden invasiven Organismen in Kraft gesetzt. Diese regelt vor allem die Zuständigkeiten im Kanton und die Verantwortlichkeiten privater Liegenschaftsbesitzer.

## 5.2 Gewässerschutz, Abfälle und umweltgefährdende Stoffe

Nach Ablauf der im Umwelt- und Gewässerschutzgesetz gesetzten Frist haben neun Gemeinden das genutzte Grundwasser vollständig geschützt. In den restlichen elf Gemeinden ist die Ausscheidung der Schutzzonen erst teilweise erfolgt oder noch im Gange. Mittlerweile liegen sämtliche Daten der öffentlichen Wasserversorgungen aller Gemeinden digital vor und stehen als Wasserversorgungsatlas im GIS zur Verfügung.

Für die Wasserversorgungen wurden Einsatzbehelfe für die Notfallplanung erarbeitet. Erfreulich ist, dass die Öltankanlagen aus der Grundwasserschutzzone S2 fristgerecht entfernt resp. die fraglichen Liegenschaften auf Gas oder Holz umgestellt wurden.

Die interkantonale Glattkommission begleitete die Optimierungsprojekte der Kläranlagen Herisau sowie Oberglatt und intensivierte ihre Öffentlichkeitsarbeit («Glattblatt», Gewerbeausstellungen). Die Sitterkommission hat einen aktualisierten Statusbericht zuhanden der zuständigen Regierungsräte verfasst und ein Projekt ausgelöst zur Überprüfung der Auswirkungen einer fischgängigen Anbindung an die Thur.

Im Appenzeller Hinterland wurde nach rund einjähriger Bearbeitung die Studie zur Ableitung/Behandlung des Abwassers der kommunalen Kläranlagen abgeschlossen. Die Resultate zeigen, dass ein Anlagen-Zusammenschluss unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nur im Falle organisatorischer Änderungen längerfristig interessant wäre (z.B. Abwasserverband Hinterland). Kurzfristig steht die Leistungssteigerung einzelner Anlagen im Vordergrund.

Im Sachbereich Industrie-/Gewerbeabwasser lag ein Schwerpunkt bei der interkantonalen Erarbeitung

von neuen Merk- und Infoblättern zu Bohrschlamm, Saugwagen mit integrierter Abwasservorbehandlung, Garagengewerbe und Güterumschlagplätzen. Diese sind Grundlage für einen harmonisierten Vollzug in den beteiligten Kantonen.

Die Baustellenkontrollen bei Erdsondenbohrungen wurden intensiviert; dies aufgrund der Erfahrungen mit ungenügenden/nicht rechtzeitigen Rückmeldungen bei Wassereintritten und unkorrekter Ableitung von Bohrwasser.

Ein Schwerpunkt im Bereich Landwirtschaft war die Überprüfung der Import-/Exportbilanzen von bodenunabhängigen Betrieben (Mästereien, Käsereien). Aufgrund mangelhafter Resultate wurden für die betroffenen Betriebe Zusatzaufgaben verfügt. Zusätzlich wurden Vereinbarungen mit den Kontrollorganisationen der Bio-Produzenten getroffen mit dem Ziel, deren Betriebskontrollen denjenigen der konventionellen Betriebe anzugleichen.

Die Bekämpfung der invasiven Neophyten wurde über die Kantonsgrenzen hinaus fortgesetzt. Erste Erfolgskontrollen zeigen einen guten Bekämpfungserfolg.

Ein Grossteil der kommunalen Kläranlagen fällt aufgrund einer Senkung der massgeblichen Mengenschwellen für Fällmittel neu unter die Störfallverordnung. Die Fachstelle hat gemeinsam mit den Kläranlagen die notwendigen Abklärungen getätigt, die Kurzberichte beurteilt und Sicherheitsmassnahmen angeordnet.

Häufige Rekurse gegen die Eintragung von Liegenschaften in den «Kataster der belasteten Standorte» verzögern die Umsetzung der Altlastengesetzgebung. Das Amt für Umwelt ist dazu übergegangen, den Betroffenen die Verfügungen vorgängig in Entwurfsform zukommen zu lassen. Damit gelingt es vielfach, strittige Punkte ausserhalb eines Rechtsmittelverfahrens zu klären. Im Bereich Schiessanlagen wurden mit einer internen Richtlinie (Pflichtenheft) die Voraussetzungen und Anforderungen für Sanierungsprojekte geklärt. Damit ist die Planungs- und Umsetzungssicherheit für betroffene Gemeinden, Schützenvereine, Grundeigentümer und beauftragte Ingenieurbüros gegeben.



Der Einsatz des Pikettdienstes reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr. Bei total 17 Schadenfällen (Vorjahr 27) wurde in 11 Fällen Einsatz geleistet (Vorjahr 20). Bei zwei grösseren Ereignissen sind längerfristige Auswirkungen auf die Fischpopulation wahrscheinlich.

### 5.3 Luft

Mit der Änderung der Motorfahrzeugsteuer wurde ein Anreiz für den Kauf von ökologisch effizienteren Fahrzeugen geschaffen. Erfolgreich gestartet ist auch das Ressourcenprogramm Ammoniak. Zwei wichtige Massnahmen aus dem «Massnahmenplan Luft» wurden damit umgesetzt.

Die umwelt- und gewässerschutzrechtlichen Kontrollen werden durch Private oder Branchenorganisationen durchgeführt. Voraussetzung dafür sind gute Qualitätsstandards und Vertrauen unter den Beteiligten. Dass dies nicht immer gegeben ist, zeigen die Erfahrungen bei den Tankstellenkontrollen: Bei den periodisch stattfindenden privaten Kontrollen der Gasrückführungssysteme von Benzintankstellen wurden keine Beanstandungen gemeldet; bei den amtlichen Stichproben, die eine unabhängige Messfirma im Auftrag durchführte, wurden bei vier kontrollierten Tankstellen aber Mängel und unsachgerechte Reparaturen festgestellt.

Die Korrosionsschutzerneuerung an der PCB-haltigen Leuenbachbrücke in Teufen stellte sowohl im Bereich Luft und Boden als auch für den Gewässerschutz eine Herausforderung dar. PCB ist ein toxisches und langlebiges Umweltgift; der abgetragene Altanstrich und die verschmutzten Arbeitshilfsmittel durften daher nicht unkontrolliert in die Umwelt gelangen. Dafür waren spezielle Schutzmassnahmen und Arbeitssorgfalt nötig.

Turnusgemäss wurde im 2010 die Luftqualität in Heiden mit einer Messstation von OSTLUFT überwacht. Die Luftbelastung mit Stickstoffdioxid, Feinstaub und Ozon lag leicht höher als im letzten Messjahr 2008, aber im Schwankungsbereich der Messungen seit 2002. Auch wurden die Feldarbeiten der dritten Flechtenuntersuchung (nach 1991 und 2000) durchgeführt. Mit der Flechtenuntersuchung werden grossflächige Aussagen

zur Luftbelastung erwartet; Auswertung und Bericht erfolgen im 2011.

### 5.4 Nichtionisierende Strahlung

Kontrollmessungen im Umfeld von Natelantennen werden regelmässig in Auftrag gegeben, vor allem in Ballungsgebieten. Die Kontrollen erfolgen ohne vorgängige Information der Mobilfunkbetreiber. Bei den Messungen wurden keine Abweichungen zu den bewilligten Parametern festgestellt. Auch wurde an allen Orten mit empfindlicher Nutzung (OMEN) der Anlagengrenzwert eingehalten.

### 5.5 Energie

Das Gebäudeprogramm der Stiftung Klimarappen ist per Ende 2009 ausgelaufen, und am 1. Januar 2010 startete das nationale Gebäudesanierungsprogramm der Kantone. Dieses wird durch eine Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe finanziert. Über das Programm konnten Beiträge an Gebäudesanierungen von rund Fr. 2 Mio. zugesichert und bereits Fr. 250'000 ausbezahlt werden.

Das kantonale Förderprogramm wurde per 1. Mai an die geänderten Bedingungen angepasst. So ist eine Förderung von Erdsonden-Wärmepumpenanlagen für bestehende, fossil oder elektrisch beheizte Gebäude eingeführt worden. Ebenfalls neu ist die Unterstützung von Gebäudeenergieausweisen mit Beratungsbericht. Umfassende energetische Gebäudesanierungen können neu von einem Gesamtsanierungsbonus oder einem Minergiebonus profitieren. Zugesichert wurden rund Fr. 1 Mio., gestützt auf das kantonale Förderprogramm.

Mit den beiden Förderprogrammen konnten zusammen rund Fr. 3 Mio. an Effizienzmassnahmen und Förderung der erneuerbaren Energie zugesichert werden. Dies ist eine deutliche Steigerung gegenüber den Vorjahren. Förderbeiträge «Energie» werden seit 2000 gewährt. In den ersten zehn Jahren wurden dafür 1'249 Massnahmen mit rund Fr. 4 Mio. unterstützt. Dank der Umsetzung dieser Massnahmen konnte fossile Energie

im Umfang von 13 Millionen Liter Heizöl eingespart oder durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Das entspricht dem jährlichen Heizölbedarf von 5'000 Einfamilienhäusern.

Erstmals wurde die Erfolgskontrolle des 2008 erlassenen Energiekonzepts durchgeführt: Während die Ziele «Energieverbrauch Wärme (-10 %)», «Elektrizitätsverbrauch (max. +5 %)» und «Wärmeproduktion aus neuen erneuerbaren Energien (+5 %)» in realistischer Reichweite liegen, gestaltet sich die Erreichung der Ziele «Energieverbrauch Mobilität (-5 %)», «Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Energien (+2 %)» und «Energieverbrauch kantonale Bauten (-10 %)» deutlich schwieriger. In diesen Bereichen sind noch grössere Anstrengungen nötig.

Zur Umsetzung des eidg. Stromversorgungsgesetzes hat der Regierungsrat - nach Anhörung der Netzbetreiber und der Gemeinden - die Gebiete für die regionalen und lokalen Netze zugewiesen.



## Departement Volks- und Landwirtschaft

Direktorin: Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl

Die Wirtschaftsprognosen für 2009/10 waren düster. Die Schweizer Wirtschaft kam jedoch relativ glimpflich durch die Rezession 2009 und verzeichnete 2010 eine kräftige Erholung. Diese Entwicklung konnte auch bei den Ausserrhoder Unternehmen festgestellt werden. Bereits im Frühjahr sank die Arbeitslosenquote gegenüber Dezember 2009 um 0.5 % und hat sich bis Ende 2010 auf dem Niveau von knapp unter 2 % halten können. Mit dem Instrument der Kurzarbeit konnte den von der Krise betroffenen Personen und den Ausserrhoder Unternehmen rasch und unbürokratisch geholfen werden. Die Kurzarbeit hat sich in der Zwischenzeit stark reduziert.

Trotz der bislang lebhaften Dynamik der Schweizer Wirtschaft verdichten sich die Anzeichen einer Verschlechterung der Exportentwicklung und einer damit verbundenen Konjunkturabkühlung im Jahr 2011. Die wenig gefestigte weltwirtschaftliche Situation, die weiterhin angespannte Lage an den Finanzmärkten und die Frankenstärke bergen erhebliche Risiken für die Konjunkturentwicklung 2011 und 2012. Diese unstabile Situation ist auch für die stark exportorientierten Unternehmen in Appenzell Ausserrhoden unberechenbar. Mittel- bis langfristige Prognosen sind deshalb sehr schwierig.

Im Berichtsjahr wurden diverse Gesetzgebungsprozesse (Sonntagsverkauf, Tourismusgesetz) und Konzepte (Leitbild/Konzept öffentlicher Regionalverkehr) bearbeitet. Das Departement und die kantonale Verkehrskommission haben sich intensiv mit der Erarbeitung des Leitbildes öffentlicher Regionalverkehr auseinandergesetzt.

Die Strukturbereinigung in der Landwirtschaft geht weiter. Als Folge der negativen Milchpreisentwicklung haben auch im 2010 etliche Betriebe die Milchproduktion aufgegeben. In Appenzell Ausserrhoden sank die Anzahl Betriebe von 589 (2000) auf aktuell 460 Betriebe.

### 1. Tourismusförderung

Trotz der schlechten Wirtschaftsprognosen und dem starken Franken haben einige Gastro- und Hotelbetriebe investiert. Auf Antrag des Departements hat der Regierungsrat zum Jahresende drei Hotelbetriebe mit Zinszuschüssen von insgesamt Fr. 100'000 unterstützt.

Im Zusammenhang mit der Auflösung der Zusammenarbeit im Rahmen der gemeinsamen Tourismusmarketing AG zwischen den Tourismusverbänden VAT AR und VAT AI wurde eine Mediation durchgeführt. Dank den Mediationsergebnissen haben sich die Organisationen auf eine gemeinsame Zielvereinbarung zur Zusammenarbeit im Tourismus geeinigt. Die kantonalen Tourismusorganisationen bleiben selbständig für ihr Tourismusmarketing zuständig. Die Organisationen setzen sich zum Ziel, möglichst viele Aktivitäten (z.B. Broschüren, Homepage, Messeauftritte, Medienbetreuung) gemeinsam durchzuführen. Zudem wurde vereinbart, dass die im Auftrag von Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden tätigen Tourismusorganisationen weiterhin nach innen und nach aussen unter der gemeinsamen Bildmarke «Appenzellerland. Vom Bodensee bis zum Säntis.» auftreten.

Der Regierungsrat hat im Sommer 2010 beschlossen, die Tourismusabgabe und die Beherbergungstaxe zu erhöhen.

Mit der VAT AR wurde eine Leistungsvereinbarung für die Jahre 2010 und 2011 abgeschlossen. Die Bereinigung der Tourismusstrukturen ist weit fortgeschritten. Der VAT AR beabsichtigt, den Verband in die neu gegründete Appenzellerland Tourismus AG als Nachfolgeorganisation zu überführen. Der Regierungsrat hat die Appenzellerland Tourismus AG als touristische Organisation anerkannt.

### 2. Öffentlicher Verkehr

Die kantonale Verkehrskommission und das Departement Volks- und Landwirtschaft haben sich im Berichtsjahr intensiv mit der Erarbeitung des Leitbildes öffentlicher Regionalverkehr auseinandergesetzt. Das bisherige Leitbild stammt aus dem Jahr 1994 und musste überarbeitet werden.

Appenzell Ausserrhoden will mit dem Leitbild 2011-2022 die langfristigen Zielsetzungen für den öffentlichen Regi-

nalverkehr festlegen. Gemeinsam mit den Gemeinden, den Nachbarkantonen, dem Bund sowie den Verkehrsunternehmen wird mit dem Leitbild die Grundlage geschaffen, um unseren Kanton mit einem effizienten und effektiven öffentlichen Verkehr erschliessen zu können. Ein gutes öV-System leistet einen wichtigen und nachhaltigen Beitrag zur Stärkung des Wirtschafts- und Wohnstandortes Appenzel Ausserrhoden.

Die vorgesehenen Sparmassnahmen des Bundes bereiten Sorge. Sollten die angekündigten Kürzungen umgesetzt werden, stehen die Kantone und Gemeinden vor grossen Schwierigkeiten. Die Finanzierungslücken müssten die Kantone und Gemeinden schliessen. Da jedoch der Kanton und die Gemeinden kaum in der Lage sind, sämtliche Mehrkosten zu übernehmen, wäre ein Abbau bei den Angeboten im Regionalverkehr die Folge.

### 3. Amt für Wirtschaft

Nach der Zusammenführung der Wirtschaftsförderung, des Arbeitsinspektorates sowie des Handelsregisters im Amt für Wirtschaft auf den 1. Januar 2009 konnte die Zusammenarbeit im vergangenen Jahr weiter verstärkt und konsolidiert werden. Gerade für die Wirtschaftsförderung erweist sich die Nähe zu den übrigen Verwaltungsstellen und die interne Kommunikation als sehr vorteilhaft.

#### 3.1 Wirtschaftsförderung

Auch im 2010 war die Wirtschaftsförderung eine wichtige Anlaufstelle für Wirtschaftsfragen aller Art. In zahlreichen Beratungen und mit unterstützenden Dienstleistungen konnte die Wirtschaftsförderung vielen Unternehmen weiterhelfen oder Kontakte vermitteln.

##### Bestandespflege

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten waren die direkten Kontakte zu Unternehmerinnen und Unternehmern sehr wichtig. Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl hat im 2010 zusammen mit der Leiterin Amt für Wirtschaft über zwanzig

Firmen besucht. Sowohl die Besichtigungen der Unternehmen als auch die angeregten Diskussionen ermöglichten einen interessanten Austausch zwischen Politik und Wirtschaft. Weiter organisierte das Amt für Wirtschaft zusammen mit der Stiftung zur Förderung der A.Rh. Wirtschaft die Veranstaltungsreihe «Beste Köpfe» sowie zusammen mit dem Industrieverein AR die Veranstaltung «Fragen an Experten». Erstmals fand zudem in Zusammenarbeit mit dem Institut für Jungunternehmen (IFJ) ein Venture Apéro in unserem Kanton statt.

##### Standortpromotion

Die Wirtschaftsförderung beteiligte sich an Standortpromotionsveranstaltungen im Rahmen der Business Location Ostschweiz (zusammen mit den Kantonen SG, TG und AI) sowie der Osec (Standortpromotion Schweiz). Zusätzlich unternahm die Wirtschaftsförderung aber auch eigene Aktivitäten. So wurden beispielsweise ein Mittleranlass im Haus Appenzel in Zürich sowie Veranstaltungen mit Partnern durchgeführt. Aufgrund der politischen Stimmung ist die Situation aber im Hauptzielmarkt Deutschland angespannt und Promotionsaktivitäten müssen umsichtig geplant werden.

Grundsätzlich ist das Interesse an Appenzel Ausserrhoden nach wie vor gut. Für eine erfolgreiche Ansiedlung ist es oft entscheidend, ob die richtige Immobilie bzw. erschlossenes Bauland gefunden werden kann. Viel versprechende Ansiedlungsprojekte scheiterten daran, dass keine geeigneten Gewerbe- oder Industrieareale bzw. Gewerbe- und Büroräumlichkeiten verfügbar sind oder diese nur nach langwierigen Vorabklärungen genutzt werden können. Zudem gibt es zu wenig Wohnraum mit einem höheren Ausbaustandard und die Nachfrage nach Bauland an attraktiven, vorteilhaften Lagen übersteigt das Angebot bei weitem. Deshalb besteht auch in Zukunft erhöhter Handlungsbedarf in diesem Bereich.

##### Ansiedlung

Die schwierige wirtschaftliche Lage im vergangenen Jahr machte sich auch im Bereich der Ansiedlungen bemerkbar. So haben sich verschiedene Projekte in die

Länge gezogen bzw. wurden abgebrochen und konkrete Entscheide haben vermehrt auf sich warten lassen. Im Vergleich zum Vorjahr konnten jedoch etwa gleich viele Unternehmen und Privatpersonen beraten und begleitet werden.

Neu beteiligt sich Appenzell Ausserrhoden am Ostschweizer Projekt «Startfeld». Die überregionale Förder-Plattform «Startfeld» verstärkt in Zusammenarbeit mit den bestehenden Förderinstitutionen sowie mit Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik die Positionierung der Ostschweiz als starkes Zentrum von Unternehmergeist und Innovationen. Startfeld bietet jungen Unternehmen aus der Ostschweiz Beratung, Coaching und Startfinanzierungen. Eine regionale Zusammenarbeit ist für eine gezielte und wirkungsvolle Förderung von Jungunternehmern in der Ostschweiz sinnvoll und zielführend. Deshalb hat sich der Kanton zusammen mit der Stiftung zur Förderung der A.Rh. Wirtschaft entschieden, aktiver Projektpartner im «Startfeld» zu sein.



### Standortmarketing

Das Wohnortmarketing bildete den Schwerpunkt der Aktivitäten. An der Immo-Messe Schweiz in St. Gallen beteiligten sich wiederum alle Ausserrhoder Gemeinden am Gemeinschaftsstand «Wohnen in Appenzell Ausserrhoden». Zudem präsentierte sich Appenzell Ausserrhoden mit einem Stand an der Eigenheim Messe in Zürich.

Für die Mitarbeitenden des Bundesverwaltungsgerichtes (BVG) wurden Informationsanlässe (in Bern und St. Gal-

len) durchgeführt. Zudem wurde – um die Anfragen der Mitarbeitenden zu bündeln – sowohl beim BVG als auch in der Ostschweiz ein Info-Desk eingerichtet und die neue Homepage [www.ost-schweiz.ch](http://www.ost-schweiz.ch) aufgeschaltet.

### Neue Regionalpolitik (NRP)

Im 2008 wurden die Programmvereinbarung für die Periode 2008 – 2011 sowie die Umsetzungsschwerpunkte mit dem SECO festgelegt. Auch im 2010 konnten wieder einige interessante Projekte bearbeitet werden (Nano Cluster Bodensee, Wellbeing & Health Resort Appenzel-lerland, AR Innotech, etc.).

### 3.2 Arbeitsinspektorat

Das Arbeitsinspektorat hat 2010 total 63 Betriebsbesuche (AR: 51/ AI: 12) vorgenommen, 196 Plangenehmigungen bzw. Planbegutachtungen bearbeitet (+ 23 % gegenüber dem Vorjahr), 26 Planbesprechungen durchgeführt und 27 diverse Geschäfte im Rahmen des Vollzugs des Arbeitsgesetzes und des Unfallversicherungsgesetzes erledigt. Zudem wurden 148 Beratungsgespräche geführt.

Im Bereich der meldepflichtigen Arbeitseinsätze von ausländischen Unternehmen (flankierende Massnahmen) gingen im Jahr 2010 1'204 Meldungen ein (Vorjahre 2009/2008 = 875/760 Meldungen), was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 38 % entspricht. Bei 165 Kontrollen wurden 298 Personen vom Arbeitsinspektorat kontrolliert. Es wurden 54 Verfahren neu eröffnet und 171 Fälle, davon 67 Verfahren, abgeschlossen. 26 Verfahren sind beim Arbeitsinspektorat hängig.

Betreffend Schwarzarbeit sind im Berichtsjahr 17 Fälle hinzugekommen (AR: 15/ AI: 2). 2010 wurden insgesamt 15 Schwarzarbeits-Kontrollen (AR: 14/ AI: 1) durchgeführt, wobei 28 Personen überprüft wurden. In 11 Fällen lag tatsächlich Schwarzarbeit vor. 13 Fälle konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden. In vier Fällen, die für das Arbeitsinspektorat abgeschlossen sind, muss noch auf eine Rückmeldung (Gerichtsentscheid, Information aus einem andern Kanton etc.) gewartet werden. 49 Fälle sind per Ende Berichtsjahr pendent (AR: 44/ AI: 5).



### 3.3 Handelsregisteramt

2010 war nach dem Rekordjahr 2009 (Eintragungen und Beurkundungen) geprägt vom Abschluss der Umsetzung der neuen Bestimmungen zum Revisionsrecht. Bei rund 70 Gesellschaften musste beim Kantonsgericht die Ergreifung

der notwendigen Massnahmen beantragt werden. In etwa 60 Fällen hat das Kantonsgericht die Auflösung und die konkursamtliche Liquidation angeordnet. Das Konkursverfahren wurde meist mittels Einstellung mangels Aktiven abgeschlossen und die Gesellschaften nach der Wartefrist von drei Monaten im Handelsregister gelöscht.

Im April 2010 wurde die Handelsregistersoftware HR-WIN durch HR-NET abgelöst. Mit HR-NET werden die Daten direkt auf einem dezentralen Server in Bern mutiert.

Die Zahl der eingetragenen Objekte stieg um rund fünf Prozent, was unter Berücksichtigung der hohen Anzahl an Löschungen (insbesondere aufgrund der Umsetzung des neuen Revisionsrechts) einen sehr hohen Wert darstellt.

	2008	2009	2010
Eintragungen Handelsregister	548	515	501
Löschungen	173	222	299
<b>Total Zuwachs Firmen in Appenzell Ausserrhoden</b>	<b>375</b>	<b>293</b>	<b>202</b>

(siehe ausführliche Statistik im Anhang)

Die Anzahl der vom Handelsregisteramt durchgeführten Beurkundungen ging nach dem revisionsrechtsbedingten Rekordjahr 2009 erwartungsgemäss von 649 um gut einen Drittel auf 408 zurück. Von diesen 408 Beurkundungen waren rund 15 % rein ausserkantonale, d.h. ohne einen rechtlichen Bezug zum Kanton Appenzell Ausserrhoden.

## 4. Landwirtschaftsamt

### Strukturbereinigung

Als Folge der Veränderungen im Milchmarkt haben in den letzten Jahren viele Betriebe die Milchproduktion aufgegeben. In Appenzell Ausserrhoden ist die Zahl der Milchproduzenten seit dem Jahr 2000 von 589 Betrieben auf 460 Betriebe gesunken. Die Betriebe sind hingegen gewachsen. Sie produzierten eine durchschnittliche Jahresmenge von 101'000 kg Milch. Vor 10 Jahren betrug die durchschnittliche Liefermenge noch 76'000 kg. Die Gesamtzahl der Landwirtschaftsbetriebe reduzierte sich auf 809 Betriebe. In den letzten zehn Jahren betrug der Rückgang im Durchschnitt jährlich 14 Betriebe bzw. rund 1.5 %. Der Strukturwandel in der gesamten Schweiz war mit der jährlichen Abnahme um 1.8 % leicht höher.

### 4.1 Berufsbildung und Beratung

2010 haben 1'472 Teilnehmer /innen (TN) Kurse aus unserem Angebot besucht. Zum zweiten Mal wurden in Zusammenarbeit mit dem Forstamt und dem Waldwirtschaftsverband Holzerkurse für Anfänger und Fortgeschrittene angeboten. Zusätzlich haben folgende Informationsanlässe stattgefunden:

- Informationsveranstaltungen für Bauern (211 TN)
- Beratungsabende für Bäuerinnen (102 TN)
- die Älplerzusammenkunft (72 TN)

Einzelberatungen erfolgten hauptsächlich zur Berechnung von gesamtbetrieblichen Nährstoffbilanzen und Betriebsvoranschlägen oder im Zusammenhang mit Naturschutzfragen und überbetrieblicher Zusammenarbeit. Zusätzlich wurden Einzelberatungen zur Neuorientierung von Betrieben in Anspruch genommen.



Eine wichtige Aufgabe war die erstmalige Umsetzung des Ressourcenprogramms zur Verminderung von Ammoniakemissionen. Die Landwirte, die am Programm teilnehmen, wurden an einem obligatorischen Kurs ausgebildet. 188 Landwirte haben sich über entsprechende Vereinbarungen am Ressourcenprogramm beteiligt.

Für die LUGA 2011 hat der Beratungsdienst die Koordination der Sonderschau (inkl. Gastronomie) übernommen.

#### **4.2 Direktzahlungen, Öko- und Sömmerungsbeiträge und Ammoniakverluste (Ressourcenprogramm)**

Im Jahre 2010 haben 692 Betriebe, davon 111 Biobetriebe, den ökologischen Leistungsnachweis (ÖLN) erfüllt. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sich die Betriebe, welche Direktzahlungen erhielten um 1 %. Es wurden Fr. 34'905'196 Direktzahlungen ausgerichtet.

Infolge Nichteinhaltung von Vorschriften, Bedingungen und Auflagen wurden 46 Landwirten die Direktzahlungen um Fr. 60'334 gekürzt.

Es wurden für 11'761.79 ha Flächenbeiträge ausbezahlt, davon waren 646.43 ha extensiv und wenig intensiv genutzte Wiesen, Streueflächen, Hecken, Feld- und Ufergehölze. Zusätzlich wurden Beiträge für 18'177 Hochstamm-Feldobstbäume ausgerichtet. Bei den nicht beitragsberechtigten ökologischen Ausgleichsflächen umfassten die extensiv genutzten Weiden 396.17 ha und bei den standortgerechten Einzelbäumen waren es 2'221 Stück. Der Anteil der ökologischen Ausgleichsflächen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche beträgt somit 10.6 %.

Aufgrund der Bestimmungen der Ökoqualitätsverordnung erhielten 287 Betriebe Fr. 538'115 Beiträge. Diese teilen sich wie folgt auf: Fr. 322'425 für biologische Qualität mit einer Fläche von 261.88 ha und 2'132 Hochstamm-Feldobstbäumen sowie Fr. 215'690 für Vernetzung mit einer Fläche 216.08 ha und mit 1'545 Hochstamm-Feldobstbäumen.

112 Sömmerungsbetriebe erhielten insgesamt Fr. 897'498 Sömmerungsbeiträge. Zwei Betriebe wurden wegen Verstosses gegen die Gewässerschutzvorschriften bzw. zwei

Betriebe wegen Verstosses gegen das Tierschutzgesetz sanktioniert.

Erstmals erhielten 188 Betriebe Fr. 385'364.90 Beiträge für Verminderung von Ammoniakverlusten (Ressourcenprogramm). Mit dem Schleppschauch wurde eine Fläche von 5'799.22 ha begüllt.

#### **4.3 Investitionshilfen**

Bei den Strukturverbesserungen standen die Gebäuderationalisierungen im Vordergrund. Es wurden Laufställe für Milchvieh oder Mutterkühe erstellt. Die Realisierung der Projekte führte in den jeweiligen Betrieben zur Verbesserung der Arbeitstechnik und des Tierwohls. Durch die Umstellung auf Laufstallhaltung werden grössere Stallflächen und Gebäudevolumen benötigt.

2010 entstanden einige neue Alpställe. Im Gegensatz zu den Heimbetrieben wurden hier Anbindeställe gebaut. Bei den Alpställen besteht in den nächsten Jahren ein weiterer Erneuerungsbedarf. Die alten Ställe sind zum Teil eng und baufällig.

Infolge Änderungen bei den Tierschutzabmessungen mit Übergangsfrist bis September 2013 sind zurzeit weitere Rindviehställe in Planung.

Aufgrund des neuen Förderungskonzeptes für kantonale Massnahmen wurden erstmals à-fonds-perdu-Beiträge an die Verbesserung der Wasserversorgungen von landwirtschaftlichen Betrieben bewilligt. Dabei wurden die Neufassung der Quellen und die Wasseraufbereitungsanlagen mitfinanziert.

An das regionale Entwicklungsprojekt Urnäsch mit seinen fünf Teilprojekten erfolgten im März 2010 die Schlusszahlungen der Bundes- und Kantonsbeiträge.

Die Landwirtschaftliche Kreditkasse gewährte zinslose Darlehen an Wohnbausanierungen, Stallbauten und Starthilfen für Junglandwirte. Zudem genehmigte die Kommission Betriebshilfedarlehen zur Umschuldung verzinslicher Darlehen.

#### 4.4 Bodenrecht und Pachtrecht

Die Bodenrechtskommission behandelte an sieben Sitzungen 128 Gesuche, davon waren 41 Erwerbs-, 17 Realteilungs- und 55 Zerstückelungsgesuche, 12 Feststellungsverfügungen und 3 Anmerkungen. Zusätzlich wurde bei drei Gesuchen ein Präsidialentscheid gefällt.

Ferner überprüfte die Bodenrechtskommission 388 Erwerbsgesuche in Bezug auf die Einhaltung der Vorschrift der Selbstbewirtschaftung. Bei 22 Gesuchen mussten genauere Abklärungen gemacht werden.

Die Pachtkommission hat 20 Gesuche behandelt und 21 Pachtzinsschätzungen vor Ort vorgenommen.

#### 4.5 Pflanzenschutz

##### Feuerbrand

Das Auftreten des Feuerbrandes war 2010 erneut sehr gering. Es gab im Frühjahr nur einzelne Tage, an welchen die Ansteckungsgefahr über die Blüten gegeben war. Altbefall wurde vereinzelt sichtbar und vorwiegend mit Rückschnitt saniert.

##### Hochstammplantaktion

Die sechste Baumaktion wurde in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Natur- und Landschaftsschutz erfolgreich durchgeführt. Rund 2'200 Bäume konnten für die Pflanzung in Appenzell Ausserrhoden ausgeliefert werden. Als Beitrag zum Jahr der Biodiversität standen zusätzlich 28 alte regionale Apfel- und Birnensorten im Angebot.

##### Problempflanzen und Neophyten

Der Aufwand für die Bekämpfung der invasiven Neophyten war geringer als im Vorjahr. An den meisten Standorten ist das Aufkommen der bearbeiteten Problempflanzen stark zurückgegangen. Es wurden nur noch vereinzelt neue Standorte gefunden.



### 5. Veterinäramt

#### 5.1 Personelle Wechsel im Veterinäramt

Dr. Karin Wagner hat im April eine neue Stelle angetreten. Der langjährige Stellvertreter des Kantonstierarztes, Dr. Fritz Wunderli, wurde Ende Jahr pensioniert. Mitte März hat die Tierärztin Patrizia Schär aus Waldstatt die amtliche Tätigkeit aufgenommen. Seit November ist mit Dr. Sascha Quaille das Team im Veterinäramt wieder komplett. Er hat die Stellvertretung des Kantonstierarztes übernommen.

#### 5.2 Ausrottung der Bovinen Virusdiarrhoe (BVD)

In der Überwachungsphase, in welcher die nationale Ausrottungsaktion der BVD seit Oktober 2009 steht, müssen die Tierhalter alle neugeborenen Kälber mit einer speziellen Ohrmarke auf BVD testen. Leider werden immer wieder falsch negativ getestete Rinder entdeckt, welche wiederum trüchtige Tiere angesteckt haben. Ist dies auf



der Sömmerung oder in Aufzuchtbetrieben passiert, so sind in der Folge oft mehrere Bestände neu verseucht worden. Die Geburten von Streuerkälbern sind über den Erwartungen geblieben. Daher ist die Überwachungsphase bis Ende 2011 verlängert worden. 2009 sind im Kanton 24 (CH 1'420) neue BVD Fälle entdeckt worden, 2010 sind es noch 12 (CH 402) gewesen. Das Aufspüren von falsch negativen Tieren, die für neue Ansteckungen sorgen, ist sehr aufwändig, steht aber weiterhin im Fokus der Arbeit im Veterinäramt.

### 5.3 Impfung gegen die Blauzungenkrankheit

2008 bis 2010 sind flächendeckende Impfungen von Rindern, Schafen und Ziegen durchgeführt worden. Mit diesem raschen und konsequenten Vorgehen wurde das Ziel erreicht, die Krankheit weitgehend zu tilgen, in der Schweiz wie auch der EU. 2010 konnten die Tierhalter per Gesuch eine Ausnahme vom Impfblogatorium erlangen. In Appenzell Ausserrhoden haben 16 % der Rinder- und 11 % der Schafhalter diese Möglichkeit genutzt und ihre Tiere nicht impfen lassen. Im Gegensatz zu den Vorjahren sind sehr wenige Meldungen wegen möglichen Impfnebenwirkungen beim Veterinäramt eingegangen (2010: 1; 2009: 44). Trotz der Lockerung des Impfblogatoriums wurde eine ausreichende Impfabdeckung erreicht. Über 71 % (Vorjahr 89 %) der Rinder und Schafe, älter als drei Monate, wurden 2010 in der Schweiz gegen die Blauzungenkrankheit geimpft. Es sind keine Tiere erkrankt und bei der Überwachung sind keine Trägartiere entdeckt worden.

### 5.4 Sauerbrut bei den Bienen

Während im Vorjahr in Appenzell Ausserrhoden nur in zwei Bienenständen Sauerbrut entdeckt worden war, sind es 2010 bereits acht gewesen. Die Sauerbrut breitet sich in der Schweiz weiter aus. Die klassischen Bekämpfungsmassnahmen wie Sperren des Tierverkehrs im Umkreis der verseuchten Stände oder das Ausmerzen lediglich der sichtbar erkrankten Völker und Nachkontrollen im Folgejahr scheinen bei dieser Krankheit und Tiergattung kaum zu wirken. Auch eine prophylaktische flächendeckende Untersuchung der Stände mit einem neuen Labortest (PCR) führt nicht zum Erfolg.

### 5.5 Übung «Maul- und Klauenseuche» - Veterinäramt und Zivilschutz

Im Mai 2010 hat das Veterinäramt zusammen mit dem BVET und dem Zivilschutz eine Tierseuchenübung durchgeführt. Ziel war es einerseits, die Verbindung zwischen dem kantonalen Krisenzentrum und dem nationalen Krisenzentrum in Bern aufzubauen und andererseits das vom BVET vorgegebene Maul- und Klauenseuche-Szenario im Rahmen einer Stabsübung zu bewältigen. Beide Ziele wurden erfüllt.

### 5.6 Tierseuchengruppe St. Gallen - Appenzell - Liechtenstein (neu)

Ein wichtiges Instrument bei der Tierseuchenbekämpfung ist die von den Kantonen St. Gallen und beiden Appenzell 2006 gegründete und ausgebildete Tierseuchengruppe des Zivilschutzes. Sie ist mit modernsten Mitteln zum Schutz der Einsatzkräfte, aber auch zur Desinfektion von Personen, Fahrzeugen und Gebäuden ausgerüstet. Neu hat sich das Fürstentum Liechtenstein der Organisation und dem gemeinsamen Materiallager angeschlossen. Im November wurden ein Einführungs- und Wiederholungskurs durchgeführt und mit einer grossen Übung im Raum Buchs abgeschlossen.

### 5.7 Audit der Bundeseinheit für die Lebensmittelkette

Die Bundeseinheit für die Lebensmittelkette (BLK) hat Ende März im Veterinäramt den Vollzug des Tierschutzgesetzes auf Betrieben mit Nutztieren überprüft. Dabei wurden die Verantwortlichkeiten, die Schnittstellen zum Landwirtschaftsamt, die Kontrolldurchführung und die Mängelbearbeitung beurteilt. Die BLK stellte fest, dass die amtsinternen organisatorischen Voraussetzungen für den Vollzug optimal sind. Die Auditoren beurteilten es als ideal, dass der Landwirtschaftliche Inspektionsdienst Appenzell im Veterinäramt integriert ist, womit die Informationswege kurz sind und im Vollzugsprozess keine Unterbrüche entstehen.

## 6. Oberforstamt

### 6.1 Forstdienst

2010 haben sich die Forstreviere Hundwil und Stein an den Forstbetrieb Urnäsch angeschlossen. Damit konnte im Hinterland die forstliche Bewirtschaftung der öffentlichen Wälder optimiert und die Betreuung der Privatwaldbesitzer der betreffenden Gemeinden verbessert werden. Das neue Forstrevier umfasst über einen Drittel der Waldfläche des Kantons und rund einen Fünftel aller Waldbesitzer. Das Forstrevier wird neu von zwei Förstern betreut. Damit ging eine langjährige Tradition zu Ende, denn seit 1972 wurden die Wälder von Hundwil und Stein durch einen Förster des Oberforstamtes hoheitlich betreut. Diese neu geschaffene Stelle ist vom Gemeinderat Urnäsch mit Staatsförster Benedikt Dörig besetzt worden. Er verliess deshalb das Oberforstamt auf den 31. August 2010. Am 1. September 2010 trat Oliver Gerlach die Stelle als Fachspezialist für Walderhaltung und Naturgefahren an.

### 6.2 Holznutzung und Holzmarkt

In der Holzerntesaison 2009/2010 wurden etwa 38'400 m<sup>3</sup> Holz zum Aushieb angezeichnet. Damit ist die zur Nutzung vorgesehene Holzmenge gegenüber dem Vorjahr wieder angestiegen; dies als Folge der leicht ansteigenden Holzpreise. Damit wurde der im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise eher stagnierende Holzmarkt wieder etwas belebt.

### 6.3 Walderhaltung / Naturgefahren

Im vergangenen Jahr wurden insgesamt neun Rodungen mit einer Rodungsfläche von 106.6 Aren bewilligt. Zudem hat das Oberforstamt zu 114 Baugesuchen am oder im Wald sowie zu 100 Baugesuchen im Naturgefahrenbereich Stellung genommen. Im Rahmen der Orts- und der Zonenplanung wurden 21 Stellungnahmen zuhanden des Planungsamtes verfasst.

Im Berichtsjahr sind keine aussergewöhnlichen Naturereignisse mit Zwangsnutzungen im Wald registriert worden. Die Windwurfschäden bewegten sich im Rahmen des

Üblichen und die Borkenkäferschäden blieben weiterhin auf sehr tiefem Niveau stabil.

### 6.4 Programmvereinbarungen und Projekte

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Pilotprojektes in Herisau werden für die Erarbeitung von Grundlagen für die Waldplanung in den nächsten Jahren sämtliche Wälder im Kanton standortkundlich kartiert. Die Standortkarte wird dem Forstdienst künftig wertvolle Informationen für eine naturnahe und fachgerechte Bewirtschaftung unserer Wälder liefern. Die pflanzensoziologische Kartierung der Waldstandorte ist ein aufwändiges Verfahren, welches von Spezialisten mit entsprechenden pflanzen- und bodenkundlichen Kenntnissen durchgeführt wird.

Das zweite grosse Projekt im Rahmen der Erarbeitung von Grundlagen für die Waldplanung, die Ausarbeitung einer flächendeckenden Bestandskarte für den ganzen Kanton, konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

Im Zusammenhang mit der Programmvereinbarung mit dem BAFU zum Schutzwald wurde vom BAFU ein nach gesamtschweizerisch einheitlichen Kriterien ausgearbeiteter Schutzwaldperimeter erstellt und mit der kantonalen Schutzwaldausscheidung abgeglichen. Die Arbeiten zur Festlegung der Waldfunktionen werden demnächst abgeschlossen. Auch diese Grundlagen fliessen in die laufende Waldplanung ein. Für die nachhaltige Bewirtschaftung der Schutzwälder und zur Umsetzung der Vorgaben dieser Programmvereinbarung erarbeitete das Oberforstamt ein Handbuch für die Förster und führte einen Kurs durch.

## 7. Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV)

Im Jahr 2010 waren in Appenzell Ausserrhoden durchschnittlich 972 Stellensuchende eingetragen; 88 mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist eine verspätete Auswirkung der massiven Zunahme der Arbeitslosigkeit im letzten Quartal des Vorjahres. Er täuscht darüber hinweg, dass sich der Arbeitsmarkt im Berichtsjahr insgesamt spürbar entspannt hat. Dies zeigt sich darin, dass zum Ende des



Jahres 8 % weniger Stellensuchende zu verzeichnen waren als noch Ende 2009. Ausserdem konnten weit mehr Stellensuchende einem Zwischenverdienst nachgehen oder in eine arbeitsmarktliche Massnahme (Weiterbildungskurse, Beschäftigungsprogramm, Praktikas o.ä.) eingebunden werden. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote bleibt mit 2 % denn auch unter dem Vorjahreswert von 2.1 %. Ein weiterer Indikator für die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist die Tatsache, dass dem RAV 40 % mehr offene Stellen gemeldet wurden. Als Folge der besseren Arbeitsmarktlage musste der Personalbestand seit der letzten Anpassung im Oktober 2009 nicht ausgebaut werden.

Die Anforderung der Arbeitgeber an eine Bewerbung haben in den letzten Jahren stetig zugenommen. Um überhaupt eine Einladung für ein Vorstellungsgespräch zu erhalten, benötigen insbesondere Stellensuchende mit schlechten Sprachkenntnissen immer mehr konkrete Unterstützung bei ihren Bewerbungsaktivitäten. Diese Art von Unterstützung ist sehr zeitaufwändig und kann von den Beratenden im RAV nur bedingt erbracht werden. Das RAV hat deshalb im September 2010 in separaten Räumlichkeiten ein Bewerbungsbüro eröffnet, das einerseits diese Hilfestellungen anbietet und andererseits Stellensuchenden ohne eigene Infrastruktur PC-Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Das Bewerbungsbüro wird von einem RAV-Mitarbeitenden geführt, der je nach Bedarf von ein bis zwei geeigneten arbeitslosen Personen unterstützt wird. Sie leisten ihre Arbeit in Form einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsmassnahme. Diese Win-Win-Lösung ist kostengünstig und gewährleistet, dass die Personalressourcen laufend dem Bedarf angepasst werden können. Die Kosten des Projektes gehen voll zu Lasten des Bundes.

Am 26. September 2010 haben die Stimmberechtigten einer umfangreichen Revision des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung zugestimmt. Sie bringt der stark verschuldeten Arbeitslosenversicherung zusätzliche Einnahmen; den Versicherten teilweise aber auch Leistungseinbussen. Die Inkraftsetzung des revidierten Gesetzes wird am 1. April 2011 erfolgen. Das vierte Quartal wurde genutzt, um die Inkraftsetzung bestmöglich vorzubereiten. Eine besondere Bedeutung kam dabei der Vorinformation jener Versicherten zu, die aufgrund

der neuen Gesetzesgrundlage und des fehlenden Rechts auf Besitzstandwahrung am 1. April 2011 ihren Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung vollständig verlieren werden.

Die Einführung des im Juni 2009 in Betrieb genommenen neuen Informatiksystems des Bundes brachte allen RAV bis weit ins Berichtsjahr hinein zusätzlichen Arbeitsaufwand. Das Bundesamt für Informatik und das Staatssekretariat für Wirtschaft brauchten lange Zeit alle verfügbaren Ressourcen, um überhaupt den Betrieb gewährleisten zu können. Die Umsetzung der zahlreichen Optimierungswünsche der Kantone konnte deshalb erst in der zweiten Jahreshälfte in Angriff genommen werden und dürfte nicht vor Ende 2011 abgeschlossen sein. Trotz dieser ernüchternden Bilanz zeigen sich erste Vorzüge des neuen Systems. Insbesondere die Verfügbarkeit aller Daten und Dossiers an jedem beliebigen Arbeitsplatz erweist sich als grosser Vorteil. Auch das Erstellen aller Dokumente und Korrespondenzen im Vollzug beansprucht heute bei gleichzeitig besserer Qualität viel weniger Zeit.

## Departement Sicherheit und Justiz

Direktor: Hans Diem, Regierungsrat

Das Berichtsjahr wurde aus Sicht des Departements Sicherheit und Justiz dominiert von der Gesetzgebung und Umsetzung der eidgenössischen Prozessordnungen. Diese gipfelte in der Abstimmung über die Teilrevision der Kantonsverfassung am 13. Juni 2010. Das neue kantonale Justizgesetz, welches die Behördenorganisation in der Rechtspflege regelt, wurde vom Kantonsrat an seiner Sitzung vom 13. September 2010 verabschiedet. Das «Umsetzungspaket» konnte wie geplant auf den 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt werden.

Der von der eidgenössischen Strafprozessordnung vorgegebene Wechsel vom Untersuchungsrichter- zum Staatsanwaltschaftsmodell führt dazu, dass die neue Staatsanwaltschaft das Vorverfahren leitet, die Untersuchung führt, Anklage erhebt und diese auch vor den Gerichten vertritt. Durch die einheitliche Ermittlung soll ein hoher Grad an Effizienz in der Strafverfolgung erreicht werden.

Hansjörg Ritter, Polizeikommandant, und Willi Baumann, Leiter des Straf- und Massnahmenvollzugs, traten infolge Pensionierung aus den Diensten des Kantons aus. Beide Persönlichkeiten haben mit ihrem überdurchschnittlichen Engagement über viele Jahre hinweg zum guten Ruf ihrer Abteilung beigetragen. Reto Cavelti als Polizeikommandant und Christian Pfenninger als Leiter des Straf- und Massnahmenvollzugs haben deren Nachfolge angetreten.

Schliesslich übernahm Regierungsrat Hans Diem im Berichtsjahr ad interim das Präsidium der Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren und anfangs 2011 das Präsidium der Nachfolgeorganisation, der Regierungskonferenz «Militär, Zivilschutz, Feuerwehr».

### 1. Departementssekretariat

Im Berichtsjahr gingen 37 Rekurse und Aufsichtsbeschwerden beim Departement ein (Vorjahr 26), wobei die Zunahme auf die vermehrte Anfechtung von Rechnungen zurückzuführen war. Wiederum wurden viele Vernehmlassungen des Bundes bearbeitet. Neben den Umsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit den eidgenössischen Prozessordnungen wurde im Berichtsjahr eine Teilrevision des Polizeigesetzes in Kraft gesetzt und die Polizeiverordnung revidiert.

### 2. Strafverfolgung

Das Berichtsjahr war das letzte Jahr unter dem Regime der kantonalen Strafprozessordnung. Am 1. Januar 2011 ist sie von der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) abgelöst und das Verhöramt als unabhängige Strafverfolgungsbehörde in die Staatsanwaltschaft mit den beiden Abteilungen Erwachsenenstrafrecht und Jugendanwaltschaft integriert worden. Neben den umfangreichen und aufwändigen Anpassungs- und Umsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit der StPO musste

festgestellt werden, dass die Arbeitslast im Kerngeschäft spürbar zugenommen hat. Im Erwachsenenstrafrecht ist die Zahl der neu eingegangenen Strafverfahren von 2'705 im Vorjahr auf 3'092 markant angestiegen. Trotzdem konnte die Pendenzanzahl von rund 600 auf 400 Verfahren gesenkt werden. Dies ist auf den Einsatz von Sachbearbeiterinnen mit beschränkten untersuchungsrichterlichen Befugnissen zurückzuführen, welche die Verhörer bei den Bagatelldelikten spürbar entlasten konnten. Bei der Jugendanwaltschaft ist zwar die Zahl der Neueingänge zurückgegangen, doch hat die Zahl der stationären Schutzmassnahmen und ambulanten Betreuungszugewonnen. Da diese Massnahmefälle nicht nur sehr kostspielig sind, sondern auch eine intensive Begleitung verlangen, ist die Arbeitslast hier unverändert hoch geblieben.

Die Tendenz, die Verfahren immer formalistischer und aufwändiger zu führen, setzte sich fort und wird auch mit der StPO nicht abnehmen. Allein schon die Tatsache, dass der Strafprozess neu in mehr als doppelt so vielen Gesetzesartikeln geregelt wird wie bis anhin, ist ein deutliches Anzeichen für den zunehmenden Formalismus. Andererseits ist die Bereitschaft der Betroffenen, einen Entscheid zu akzeptieren oder gar eine gütliche Einigung



in einem Strafverfahren zu suchen, nochmals kleiner geworden. Es ist absehbar, dass das Arbeitspensum mit dem bestehenden Personalbestand nicht mehr bewältigt werden kann. Ende 2010 verfügten Staatsanwaltschaft und Verhöramt zusammen über 580 Stellenprozent, das sind weniger als im Jahre 1985, als rund 30 % weniger Strafuntersuchungen geführt werden mussten. Zur gleichen Zeit war im Kanton St. Gallen, umgerechnet auf Bevölkerungszahl und Anzahl der Strafverfahren, dreimal mehr Personal bei den Strafverfolgungsbehörden tätig, in Appenzell Innerrhoden immerhin noch doppelt so viel wie in Appenzell Ausserrhoden. Dass die angefallene Arbeit im vergangenen Amtsjahr trotzdem bewältigt werden konnte, hat seinen Grund in organisatorischen Massnahmen, aber insbesondere auch in den zusätzlich geleisteten Arbeitsstunden und den nicht bezogenen Ferientagen. Nun ist der Punkt erreicht, an dem die gestellte Aufgabe nicht mehr in der verlangten Effizienz und Qualität erfüllt werden kann. Ob die im Zusammenhang mit dem Justizgesetz bewilligte zusätzliche Stelle genügt, um die Arbeitsbelastung aufzufangen, wird sich weisen. Bei den zu untersuchenden Straffällen beunruhigt nach wie vor die relativ hohe Zahl von Gewaltdelikten, von Sachbeschädigungen und Vandalenakten. Zudem hat die Zahl der Fälle aus dem Bereich der Wirtschaftskriminalität spürbar zugenommen. Dabei beschäftigen vermehrt komplexere Betrugsfälle die Strafverfolgungsbehörden. Auffällig ist dabei, dass etliche dieser Taten im Zusammenhang mit dem Zuzug von «dubiosen» Firmen stehen. Diese Strafverfahren verursachen einen erheblichen Untersuchungsaufwand, der nur mit externen Experten bewältigt werden kann. Ebenfalls steigend ist die Zahl der Straftäter, die mit psychischen Problemen zu kämpfen haben. In diesem Bereich bedarf es dringend einer Lösung, welche es den Behörden der Strafverfolgung und des Strafvollzugs erlaubt, diese Personen medizinisch betreuen zu können oder begutachten zu lassen. Wenn dies nicht durch eine kantonale Institution wie das PZA im Rahmen eines Leistungsauftrages ermöglicht werden kann, muss mit weiter steigenden Kosten gerechnet werden, da vermehrt Fachleute und ausserkantonale Kliniken beigezogen werden müssen, und zwar auch in jenen Fällen, in denen kein besonderes Sicherheitsrisiko besteht. Im Jugendstrafverfahren fällt die erneute Zunahme der Zahl von massnahmebedürftigen Straftä-

tern und von stationären Schutzmassnahmen auf. Diese Entwicklung zeigt, dass die präventive Betreuung gefährdeter Jugendlicher ausserordentlich wichtig ist. Im Rahmen des neuen Justizgesetzes ist dem Kanton die alleinige Verantwortung für diese Schutzmassnahmen zugewiesen worden, während die Gemeinden als Kostenträger entlastet worden sind. Zu hoffen bleibt, dass sich alle Gemeinden weiterhin ihrer Verantwortung in der Betreuung ihrer Jugendlichen bewusst sind. Parallel dazu wird allerdings auch die Jugendanwaltschaft ihre Betreuungsarbeit intensivieren müssen. Dazu braucht sie ausgebildetes Fachpersonal, wie dies bei den umliegenden Jugendanwaltschaften längst zum Standard gehört. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, um die jugendlichen Straftäter frühzeitig aufzufangen und möglicherweise von weiteren Straftaten abzuhalten. Gelingt dieses Zusammenspiel zwischen präventiver und repressiver Betreuung nicht, muss mit einer eigentlichen Kostenexplosion gerechnet werden.

### 3. Straf- und Massnahmenvollzug

Bereits im Vorjahr musste ein sprunghafter Anstieg von Verfahren des Vollzugs von Ersatzfreiheitsstrafen für nicht bezahlte Bussen und Geldstrafen festgestellt werden. Immer mehr Verurteilte bezahlen Bussen oder Geldstrafen nicht oder erst im letzten Moment. Im Vergleich zum Jahre 2008 (121 Fälle) hat sich die Anzahl der eingeleiteten Verfahren zur Durchführung der Ersatzfreiheitsstrafen mit 358 Fällen im Berichtsjahr beinahe verdreifacht, wohl als Spätfolge der Wirtschaftskrise. Es wurden mit 331 Fällen aber auch mehr als doppelt so viele Verfahren wie im Vorjahr erledigt (134 Fälle). Nach Androhung der entsprechenden Ersatzfreiheitsstrafen wurde Fr. 127'280 an Geldstrafen und Bussen eingetrieben. Im automatisierten Strafregister des Bundesamtes für Justiz in Bern wurden im vergangenen Jahr für die Behörden des Kantons total 1044 (Vorjahr 1065) Strafregisterauszüge eingeholt und für die hiesigen Gerichtsinstanzen insgesamt 392 (Vorjahr 366) Urteile erfasst.



#### 4. Gefängnisse

Die Auslastung der Strafanstalt Gmünden im offenen Strafvollzug lag im Berichtsjahr mit 94.2 % über 5 % höher als im Vorjahr und somit auf Rekordniveau. Die geschlossene Spezialvollzugsabteilung, welche als Übergangsstation mit erhöhtem Sicherheitsstandard für Gefangene aus geschlossenen Anstalten oder für Personen nach einer Verhaftung dient, war konstant voll belegt. Die Auslastung im Kantonalen Gefängnis lag wie im Vorjahr bei rund 53 %. Der Ausländeranteil lag durchschnittlich bei über 55 %. Einzelne offene Straf- und Massnahmenanstalten standen im Verlauf dieses Jahres vor allem aufgrund von Entweichungen in der öffentlichen Kritik. Verschiedene Direktoren bildeten deshalb eine Arbeitsgruppe und erarbeiteten ein Positionspapier mit folgendem Fazit: «Der offene Strafvollzug hat ein hohes Potenzial, die Eingewiesenen auf ein deliktfreies Leben in Freiheit vorzubereiten und leistet damit einen erheblichen, langfristigen Beitrag zur Rückfallverminderung und schützt die Bevölkerung vor Kriminalität. Der offene Vollzug hat aber auch Grenzen. Entweichungen können nicht vollständig ausgeschlossen werden.» Die Auftragslage in den Werkstätten war ausgezeichnet, sodass alle Insassen beschäftigt werden konnten. Der Bruttoerlös lag über 25 % höher als im Vorjahr. Ziel ist es, die Insassen sinnvoll beschäftigen zu können und sie für den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Dabei steht «Gmünden» nicht in Konkurrenz mit dem Gewerbe, sondern mit Institutionen, welche Langzeitarbeitslose beschäftigen oder mit Werkstätten von Behindertenheimen. Die Anzahl der psychisch angeschlagenen Insassen hat markant zugenommen, wobei vermehrt auf die Unterstützung des Anstaltsarztes und des Anstaltspsychiaters zurückgegriffen werden musste.

#### 5. Schlichtungsstelle im Miet- und Pachtwesen

Im Jahre 2010 waren 121 Neueingänge (Vorjahr 133) zu verzeichnen und 27 Fälle aus dem Jahr 2009 zu übernehmen. Von den somit zu behandelnden 148 Fällen waren Ende 2010 noch 10 Fälle pendent. Es sind mithin 138 Verfahren in 24 Sitzungen der Schlichtungsbehörde erledigt worden. Thematisch lagen die Schwerpunkte bei den

Kündigungsanfechtungen bzw. Mieterstreckungen (37 Fälle), den Forderungen aus dem Mietverhältnis (32 Fälle) und den Anfechtungen von Nebenkostenabrechnungen (30 Fälle). Weiter waren zu behandeln: Gesuche um Mietzinsherabsetzungen (16 Fälle) und um Hinterlegung von Mietzinsen (11 Fälle), sowie Anfechtungen von Mietzinsänderungen (10 Fälle). Das Sekretariat der Schlichtungsstelle erteilte 568 (Vorjahr 599) telefonische Auskünfte. Es fanden 41 (30 Vorjahr) Besprechungen/Beratungen statt und es wurden 35 (Vorjahr 56) umfangreichere schriftliche Auskünfte erteilt. Die Schlichtungsbehörde traf sich überdies zu einem Gesamtanlass und nahm mit einer Delegation auch an dem alljährlich stattfindenden Gedankenaustausch mit dem Hauseigentümergeverband und dem Mieterverband teil.

#### 6. Geschäftsstelle der Bewährungshilfe

Die Fälle mit Bewährungshilfe wurden in bewährter Manier gestützt auf die erneuerte Vereinbarung zwischen den Kantonen St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden durch die Bewährungshilfe des Kantons St. Gallen geführt. Die Fallzahlen bewegten sich im Ausmass der Vorjahre. Einmal mehr darf an dieser Stelle erwähnt werden, dass sich die Zusammenarbeit mit der Bewährungshilfe St. Gallen in jeder Beziehung bestens bewährt.

#### 7. Amtliche Verteidigung

Die Fallzahlen bewegten sich im üblichen Rahmen. Aufgrund der neuen Strafprozessordnung des Bundes wird die amtliche Verteidigung in Zukunft von der Verfahrensleitung verfügt.

#### 8. Verwaltungspolizei

##### 8.1 Administrativmassnahmen nach SVG

2010 sind über 1'000 Administrativmassnahmen angeordnet worden, wovon 460 Führerausweisentzüge (+ 2 % gegenüber 2009). Vor allem junge Erwachsene im Alter von 20 – 24 Jahren mussten sanktioniert werden.

## 8.2 Eich- und Messwesen

Im Geschäftsjahr 2010 wurden 573 Messmittel geeicht und 31 beanstandet. Die wirtschaftliche Situation mit den hohen Goldpreisen führte zu einer massiven Zunahme von Altgoldankäufen. Mit Flugblattaktionen und Zeitungsinseraten wurde die Bevölkerung aufgerufen, altes Gold oder Edelmetall zu verkaufen. Bei 9 Ankaufaktionen überprüfte der Eichmeister im Rahmen der Marktüberwachung und Nachschau die Waagen. Bei 8 Einkäufen war die Waage nicht richtig ausgerichtet.

## 8.3 Wirtschaftliche Landesversorgung; Heizölbewirtschaftung

Vor Inkraftsetzung einer allfälligen Heizöl-Bewirtschaftung würde eine längere Periode der Pflichtlagerfreigabe mit Lieferpflicht erfolgen. In dieser Zeitspanne hätte der Kanton mit der Vorbereitung des Vollzugs der Heizöl-Bewirtschaftung zu beginnen. Die Kantonale Zentralstelle für Wirtschaftliche Landesversorgung von Appenzell Ausserrhoden hat sich soweit vorzubereiten, dass unmittelbar nach einem Bundesratsentscheid mit dem Vollzug der Heizöl-Bewirtschaftung begonnen werden könnte. Je nach Grösse der Gemeinden ist es sinnvoll, bereits heute gewisse organisatorische und administrative Vorkehrungen zu treffen, damit sich die Vorbereitung der Heizöl-Bewirtschaftung im Bedarfsfall ziel- und zeitgerecht bewältigen liesse. Durch den Leiter der Gemeindestelle für wirtschaftliche Landesversorgung Herisau wurde ein Konzept zur Durchführung einer möglichen Heizöl-Bewirtschaftung in einer Versorgungskrise erstellt.

## 9. Migrationsamt

Der Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung (Aufenthalter und Niedergelassene; ohne Asylbewerber, vorläufig Aufgenommene, internationale Funktionäre mit ihren Familienangehörigen sowie Kurzaufenthalter <12 Monate) in Appenzell Ausserrhoden belief sich Ende Dezember 2010 auf 7'396 Personen (Vorjahr: 7'343). Davon waren 3'547 Personen (48 %) im Hinterland, 1'910 Personen (25,8 %) im Mittelland und

1'939 Personen (26,2 %) im Vorderland wohnhaft. 2'259 Ausländerinnen und Ausländer oder 30,5 % besaßen eine Aufenthaltsbewilligung und 5'137 Personen oder 69,5 % eine Niederlassungsbewilligung. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung aus den EU- und EFTA-Staaten umfasste insgesamt 4'951 Personen. Dies entspricht 66,9 % des Gesamtbestandes der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung. Den grössten Anteil machten die deutschen Staatsangehörigen mit 29,7 % (+ 0,8 % im Vergleich zum Vorjahr) aus, gefolgt von den italienischen Staatsangehörigen mit 12,9 % (- 0,3 %) und den serbischen Staatsangehörigen mit 10,2 % (- 2,1 %). Von den 7'396 Ausländerinnen und Ausländern stammten 6'976 Personen oder 94,3 % aus Europa und lediglich 420 Personen oder 5,7 % aus nicht europäischen Staaten. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung setzte sich aus Personen von 89 Staaten zusammen. Währenddem sich der Bestand der Angehörigen aus den EU-Staaten leicht erhöhte, blieb derjenige der Drittstaatsangehörigen unverändert. Gesamthaft hat der Ausländerbestand um 0,7 % zugenommen. Wie bereits im letzten Jahr (+ 0,9 %) fiel die Zunahme damit deutlich geringer aus als in den Jahren 2007 (+ 5 %) und 2008 (+ 4 %). Mit 13,9 % liegt der Ausländeranteil in Appenzell Ausserrhoden weiterhin deutlich unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von etwas mehr als 22 %. Im Berichtsjahr wurden 16 Personen (Vorjahr: 21 Personen) ausgeschafft. Die Ausschaffungshaft wurde bei 17 Personen angeordnet und gegen 5 Personen wurde eine kurzfristige Festhaltung verfügt. Die ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen betrafen ausschliesslich Personen aus dem Asylbereich, die im Rahmen des Dublin-Abkommens in Drittstaaten zurückgeführt werden konnten oder aufgrund der Verletzung ihrer Ausreise- und Mitwirkungspflicht in ihre Heimatländer ausgeschafft werden mussten. Der Vollzug von rechtskräftigen Wegweisungsentscheiden im Asylbereich gestaltete sich weiterhin aufwändig, da die betroffenen Personen keine heimatlichen Reisepapiere besaßen und sich weigerten, ihre Identität offenzulegen oder bei der Beschaffung von Ersatzreisepapieren mitzuwirken. Erschwerend kommt hinzu, dass einzelne Staaten die zwangsweise Rückübernahme ihrer Angehörigen verweigern.

## 10. Strassenverkehrsamt (mit statistischem Anhang)

Der in Appenzell Ausserroden verwaltete Fahrzeugbestand ist gegenüber dem Vorjahr um rund 0.85 %, also etwas weniger stark als in den Vorjahren, gewachsen. So waren im Jahre 2010 total 42'731 (2009: 42'373) Motorfahrzeuge und Anhänger zugelassen. Am 14. September 2010 erliess der Regierungsrat die Verordnung über die teilweise Steuerbefreiung emissionsarmer Personenwagen mit Inkrafttreten per 1. Januar 2011. Danach werden Personenwagen mit einem CO<sub>2</sub>-Ausstoss von max. 130 g/km nur noch zur Hälfte besteuert. Dieselfahrzeuge dürfen zudem maximal 0.01 g/km Feinstaub ausstossen, was mit der heutigen Technologie nur mit einem Partikelfilter zu erreichen ist. Die notwendigen Ergänzungen in der Fahrzeug-Datenbank (Abgleich mit Bund) sowie die Anpassungen und Testläufe der EDV-Fachapplikation für die neue Steuerberechnung konnten fristgerecht abgeschlossen werden. Die absolvierten Führerprüfungen bewegten sich leicht über dem Niveau des Vorjahres. So wurden insgesamt 1'361 (2009: 1'319) theoretische und 1'351 (2009: 1'320) praktische Führerprüfungen aller Kategorien abgenommen. Im Berichtsjahr wurden 11'809 Fahrzeugprüfungen (2009: 11'095) jeglicher Art durchgeführt. Dabei ist nach wie vor eine starke Zunahme der Prüfungen von Direktimportfahrzeugen festzustellen. Diese Fahrzeuge müssen vor der ersten Zulassung in der Schweiz einer umfassenden Prüfung unterzogen werden.

## 11. Kantonspolizei (mit statistischem Anhang)

### 11.1 Kommando

Nach 21 Jahren trat Kommandant Hansjörg Ritter altershalber per Ende Juni 2010 zurück. Er wirkt derzeit noch als Projektleiter «Polycom» (künftiges Funknetz der Kantonspolizei). Reto Cavelti übernahm anlässlich einer Feier im Kursaal Heiden das Kommando. Per 1. August 2010 wurde der Kommandostab mit der im «Uster-Bericht» geforderten Stelle eines Chefs Support und Personelles ergänzt. Daneben standen die Neugliederung des inter-

nen Führungsrhythmus und der internen Kommunikation, die Vorbereitung auf die neue Schweizerische Strafprozessordnung und Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Projekt «Zeughaus» im Vordergrund. Die Aspiranten Bruno Fritsche und Toni Helfenberger schlossen die Berufsprüfung an der Polizeischule Ostschweiz erfolgreich ab und wurden ins Polizeikorps aufgenommen.

### 11.2 Kriminalpolizei

Die Kriminalpolizei hatte sich mit mannigfaltigen Straftatbeständen zu befassen. Speziell herauszuheben sind folgende Ereignisse: Im Januar fand in Walzenhausen ein Raubüberfall auf eine 71-jährige schlafende Frau statt. Gleichentags konnten ein mazedonischer Staatsangehöriger und ein Schweizer festgenommen werden. Im Juni wurde in Rehetobel ein Landwirt von Unbekannten in seinem Stall tätlich angegriffen und erheblich verletzt. Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen wurden ein Schweizer, ein Belgier und drei serbische Staatsangehörige festgenommen. Wegen illegalen Sportwetten und illegalem Glücksspiel fanden in Herisau, teilweise im Auftrag der Eidgenössischen Spielbankenkommission, 3 grosse polizeiliche Interventionen statt. Wirtschaftsfälle, spezifische Video-Opferbefragungen und IT-Ermittlungen sind Bereiche, welche je länger je mehr intensivere Aufwendungen und Ausbildungen bedingen. Im Jahr 2010 wurden 23 aussergewöhnliche Todesfälle und 13 Suizide sowie 5 Suizidversuche bearbeitet. Im Weiteren ereigneten sich 89 Einbruchdiebstähle. 22 Personen wurde die Ausschaffungs- bzw. Durchsetzungshaft eröffnet. 36 Personen kamen in Untersuchungshaft.

### 11.3 Nachrichtendienst

Der dem Kommandanten direkt unterstellte Nachrichtendienst erledigte 224 (Vorjahr 117) Personenüberprüfungen für den Bund. Daneben wurden 19 Aufträge mit entsprechendem Bericht (Vorjahr 21) für den Bund erstellt. Im Bereich «Extremismus» hat sich die Lage im Kanton kaum verändert. Nach polizeilicher Einschätzung leben im Kanton zwei bis fünf Personen, welche Sympathisanten der rechten Szene sind und 12 Personen, welche bei ausserkantonalen Anlässen der linken Szene festgestellt wurden.



#### 11.4 Regional- und Verkehrspolizei

Im Jahr 2010 musste eine Zunahme von Verkehrsunfällen verzeichnet werden (334 Unfälle gegenüber 316 im Vorjahr). Tödliche Verletzungen erlitten ein 38-jähriger Motorradfahrer bei einem Selbstunfall in Rehetobel und ein 77-jähriger Autofahrer beim Queren eines Bahnübergangs in Teufen. 116 Personen mussten ihren Führerausweis wegen schweren Verkehrsregelverletzungen auf der Stelle abgeben. Insgesamt wurden 308 mobile Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt (Vorjahr 483). Dabei überschritten 31'242 Lenker/-innen (Vorjahr 31'134) die zulässige Höchstgeschwindigkeit. Es erfolgten 871 Verzeigungen (2009: 660) an das Verhöramt. Überdies wurden 400 Personen den Betreibungsämtern zugeführt und in 749 Fällen Betreibungsanzeigen und Zahlungsbefehle persönlich zugestellt. Hinzu kommen weitere 469 Zustellungen von Verfügungen und Urteilen. SVG-Vorhalte mit anschliessender Verzeigung erfolgten in 584 Fällen. Weitere 925 SVG-Geschäfte wurden rechtshilfweise erledigt. 318 Personen wurden wegen Ungehorsams gegen eine amtliche Verfügung verzeigt.

#### 11.5 Kommandodienste

Das Projekt «Zeughaus Herisau» stellt auch für die Neukonzeption der Kantonalen Notrufzentrale (KNZ) in Herisau spezielle technische und bauliche Herausforderungen. Als Mandantenlösung zur Kantonspolizei St. Gallen wird die Beschaffung des Einsatzleitsystem ELIS angestrebt. Die Aufrechterhaltung des Betriebes der KNZ in Trogen wird zusehends schwieriger und ist von Störungen begleitet. Hard- und Software haben bei diversen Anlagen den Lebenszyklus überschritten. Im Projekt POLYCOM im Verbund mit den Kantonen St. Gallen und Appenzell Innerrhoden sind bis auf einen Antennenstandort sämtliche 10 Basis- und Linkstandorte evaluiert und die Baubewilligungen vorhanden.

#### 11.6 Sicherheitspolizei

Das WEF in Davos, der Frankophoniegipfel in Montreux und Ordnungsdienstseinsätze rund um die AFG-Arena in St. Gallen wurden durch Angehörige der Kantonspolizei

unterstützt. Im Kanton mussten insgesamt 8 Personenschutzaufträge erfüllt werden. Nebst den Verhandlungen des Kantonsrats waren auch zwei Gerichtsverhandlungen mit einem sicherheitspolizeilichen Dispositiv zu begleiten. Die Umsetzung des neuen Waffengesetzes erforderte einen zusätzlichen Zeitaufwand. Das Waffenbüro stellte 22 Europäische Feuerwaffenpässe (Vorjahr 54) und 140 Waffenerwerbscheine (Vorjahr 57) aus.

#### 11.7 Jagdverwaltung

Der Rehwildbestand ist stabil, der Gamsbestand stagniert und derjenige des Rotwildes steigt. Die Abschussvorgaben konnten erfüllt werden. Von 13 Bewerberinnen und Bewerbern haben 12 Personen den ersten Prüfungsteil der Jagdprüfung im Frühjahr 2010 bestanden. Drei Personen, die bereits im Besitze eines Prüfungsausweises eines anderen Kantons waren, haben die Teilprüfung «Kantonale Jagdgesetzgebung» erfolgreich absolviert.

### 12. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

#### 12.1 Allgemeines

Wegen des Umbaus des Zeughauses wurden Büro-Provisorien an der Poststrasse in Herisau bezogen. Wiederum wurden mehr Begehren um Unterstützung des Zivilschutzes für Einsätze zu Gunsten der Öffentlichkeit gestellt und ausgeführt. Die guten Kontakte zu den militärischen Kommandostellen zahlten sich mit vermehrter Berücksichtigung des Kantons bei Wiederholungskursen aus. Die Einnahmen aus dem Wehrpflichtersatz bewegten sich im Rahmen der letzten Jahre.

#### 12.2 Kreiskommando

Knapp 400 Stellungspflichtige absolvierten die Rekrutierung in Mels. Vorgängig besuchten 380 Jugendliche des Jahrganges 1992 den Orientierungstag in Teufen. Die Dispensationsgesuche von Armeeangehörigen für Kader- und Wiederholungskurse nahmen leicht ab, wohl aufgrund der wirtschaftlichen Situation. 160 Unteroffiziere und Soldaten der Jahrgänge 1976 – 1980 sowie Offiziere

wurden in Gais entlassen. Die Schiesssaison konnte ohne Friktionen und Unfälle abgeschlossen werden.

### 12.3 Bevölkerungsschutz

Nach der Bewältigung der «Schweinegrippe» H1N1 wurde der Kanton dieses Jahr von bevölkerungsschutzrelevanten Ereignissen verschont. Für neun Einsätze mit 55 Betroffenen aus Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden wurde bei Unfällen, Suizid, Todesfällen und Gewalt das Care-Team aufgeboten.

### 12.4 Übungen, Aus- und Weiterbildungsprogramme

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung der Mitglieder der kommunalen und kantonalen Führungsstäbe wurden im Berichtsjahr ein Einführungskurs für neue Stabsmitglieder, ein Fachkurs «Umgang mit Medien» sowie ein Einführungskurs in die Elektronische Lagedarstellung durchgeführt. Die Führungsunterstützung des Kantonalen Führungsstabes errichtete für eine Übung des Veterinärdienstes AR/AI und des Bundesamtes für Veterinärwesen ein kantonales Lagezentrum. Auf Anklang stiessen die neu eingeführten Kurz-Refresher für die Stäbe. Im Dezember fand in Teufen eine Stabsübung mit Beteiligung des Feuerwehrkommandos statt. Die enge Zusammenarbeit mit dem Zivilschutz-Instruktionsteam des Ausbildungsverbundes hat sich als Win-Win-Situation erwiesen und soll fortgesetzt werden.

### 12.5 Kooperation mit der Armee

Die Teilnehmer eines Grundausbildungs-Lehrganges für Berufsunteroffiziers-Schüler BUSA wurden durch Fachkräfte in bevölkerungsschutzrelevanten Themen und in ziviler Führung ausgebildet.

### 12.6 Führungsstäbe

Im Kantonalen Führungsstab gab es personelle Wechsel. Für Hansjörg Ritter wurde Reto Cavelti gewählt und für Kurt Lutz Anjan Sartory.

### 12.7 Koordinationsstelle Bevölkerungsschutz

Ersatz der Sirenenfernsteuerung und Ersatz der stationären Sirenen: Die Swisscom hat die Verträge mit dem Bund für die Ansteuerung der stationären Sirenen gekündigt. Nun wird die ganze Fernsteuerung über das Polycom-Sicherheitsfunknetz eingerichtet. Dazu müssen an jedem Sirenenstandort die lokalen Steuergeräte ersetzt und funktauglich gemacht werden. Beim Ersatz der Sirenen geht es um die Montage moderner Sirenen mit verbesserter Beschallungswirkung. Zu Beginn des Jahres hat die Einführungsplanung des nationalen Informations- und Einsatzsystems begonnen. In dieses Programm sind nun die kantonalen Akutspitäler, die Privatkliniken Hirslanden und Berit, der Rettungsdienst des Spitalverbundes, das Care-Team, das Amt für Gesundheit und der Kantonale Führungsstab eingebunden. Das System ermöglicht ein zentrales Management der Patienten bei einem sanitätsdienstlichen Grossereignis. Für die zentrale Erfassung der Dienstleistungsplanung ist ein webbasiertes Programm geschaffen worden.

### 12.8 Zivilschutz

Das Jahr 2010 wird für die Kantonale Formation als ein Jahr der Unterstützungseinsätze in Erinnerung bleiben. Wiederum leisteten Zivilschutzangehörige rund 4'300 Dienstage in der Aus- und Weiterbildung, der Kader- und Spezialistenausbildung und 41 Einsätze zu Gunsten der Öffentlichkeit. Gesamthaft wurden, insbesondere zugunsten der Gemeinden, Arbeiten im Umfang von rund 0,5 Mio. Fr. ausgeführt. Ohne die Unterstützung des Zivilschutzes hätten Grossanlässe wie etwa das Henri Dunant-Gedenkjahr in Heiden kaum durchgeführt werden können. Den Kursen im Ausbildungsverbund mit den Kantonen St. Gallen und Appenzell Innerrhoden attestierten die externe Ausbildungskommission und die Zivilschutz-Teilnehmenden ein gutes Zeugnis.



## Departement Inneres und Kultur

Direktor: Regierungsrat Jürg Wernli

Das Berichtsjahr war aus Sicht des Departements zum einen geprägt von der unter seiner Federführung stehenden Behandlung der Volksinitiative für eine Wiedereinführung der Landsgemeinde, welche in der Abstimmung vom 13. Juni 2010 vom Souverän mit einem Stimmenanteil von über 70 % deutlich verworfen wurde. Zum anderen von der schlussendlich ruhig und problemlos verlaufenen Integration des Durchgangszentrums «Alpenblick» in das vom Kanton St.Gallen geführte Asylzentrum «Landegg» auf Gemeindegebiet Eggersriet/Lutzenberg.

Im Bereich der Gesetzgebung sind die intensiven Vorbereitungsarbeiten mit Blick auf die Inkraftsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts per 1. Januar 2013 besonders hervorzuheben. Hier bahnt sich eine grundlegende Änderung der Behördenorganisation im Vormundschaftswesen an, weg von den bisherigen 20 kommunalen Vormundschaftsbehörden, hin zu einer einzigen kantonalen Fachbehörde.

Im Kulturbereich konnte mit der Genehmigung der Museumsstrategie durch den Regierungsrat ein weiterer grosser Schritt bei der Umsetzung des Kulturkonzepts 2008 gemacht werden, ein Schritt in Richtung neue «Museums-welt von Appenzell Ausserrhodens», welche hauptsächlich die verstärkte Vernetzung und Kooperation unter den Museen zum Ziel hat.

In organisatorischer Hinsicht konnten die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf das neue Amt für Gesellschaft abgeschlossen werden, in welchem ab 1. Januar 2011 die bisherigen Bereiche Bürgerrecht und Zivilstand, Asyl und Integration sowie Familien und Gleichstellung zu einer schlagkräftigen Einheit zusammengeführt werden.

### 1. Departementssekretariat

#### 1.1 Allgemeines

Über die Situation bei der Behandlung von Beschwerden und Rekursen orientiert die Übersicht im statistischen Anhang.

#### 1.2 Gesetzgebung

Der Regierungsrat setzte das neue Beurkundungsrecht auf den 1. Februar 2010 in Kraft. Mit den neuen gesetzlichen Bestimmungen wurde das öffentliche Beurkundungswesen im Kanton erstmals umfassend geregelt. Neu haben auch die im kantonalen Anwaltsregister eingetragenen Anwältinnen und Anwälte die Möglichkeit, sich als öffentliche Urkundspersonen registrieren zu lassen. Damit wechselte der Kanton vom bisherigen reinen Amtsnotariat – mit den Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreibern sowie deren Stellvertretungen als einzige öffentliche Urkundspersonen – zu einem Mischsystem von Amtsnotariat und freiem Notariat.

Im Dezember 2007 wurde die Volksinitiative für eine «Wiedereinführung der Landsgemeinde im Kanton Appenzell Ausserrhodens» eingereicht. Die Initiative verlangte die Wiedereinführung der Landsgemeinde als Versammlung der kantonalen Stimmberechtigten und oberstes Verfassungs- und Gesetzgebungsorgan. Anlässlich der kantonalen Volksabstimmung vom 13. Juni 2010 haben die Stimmberechtigten die Initiative abgelehnt. Damit fand eine Diskussion ihren Abschluss, die einerseits sehr sachlich und andererseits mit vielen Emotionen geführt wurde.

Am 1. Januar 2013 wird eine Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht) in Kraft treten. Bis 14. Januar 2011 lief das Vernehmlassungsverfahren zu einer Teilrevision des kantonalen Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, mit der die Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts im Kanton vorgenommen werden soll. Die Vorlage sieht im wesentlichen die Schaffung einer einzigen kantonalen interdisziplinär zusammengesetzten Fachbehörde anstelle der heutigen zwanzig Vormundschaftsbehörden der Gemeinden vor.

### 1.3 Grundbuch- und Beurkundungsinspektorat

Der Regierungsrat hatte auf den 1. Februar 2010 einen neuen Grundbuch- und Beurkundungsinspektor in einem Teilzeitpensum gewählt. Die Wahl wurde nötig, weil der bisherige Grundbuchinspektor zurückgetreten war und das neue Beurkundungsgesetz eine Aufsicht über die öffentlichen Urkundspersonen vorsieht.

**Grundbuch:** Im Jahr 2010 konnten Inspektionen auf neun Grundbuchämtern durchgeführt werden. Im Rahmen dieser Inspektionen wurde zur Hauptsache zu den Grundbuchbelegen, also zu den Rechtsgrundaussweisen und Grundbuchanmeldungen, Stellung genommen. Insgesamt ergab sich ein grundsätzlich positiver Eindruck.

**Beurkundungen:** Am 1. Februar 2010 traten das kantonale Beurkundungsgesetz und die zugehörige Verordnung in Kraft. Die Erlasse wurden gut aufgenommen, und es kam bei der Umsetzung der Änderungen zu keinen nennenswerten Schwierigkeiten. Besonders zu erwähnen ist die neu eingeführte Aufsicht über die Beurkundungstätigkeit der Gemeindeschreiber und Gemeindeschreiberinnen sowie der Leiter und Leiterinnen der Erbschaftsämter, die nach Feststellung des Inspektorates durchwegs positiv aufgenommen wurde. Das Grundbuch- und Beurkundungsinspektorat nahm in rund 60 Fällen Stellung zu konkreten Rechtsfragen von Grundbuchämtern, Gemeinden und Drittpersonen.

### 1.4 Stiftungsaufsicht

Im Jahr 2010 wurden durch die Stiftungsaufsicht 65 (Vorjahr: 59) klassische Stiftungen beaufsichtigt. Dazugekommen sind sechs Neugründungen respektive Übernahmen von Stiftungen in die kantonale Aufsicht. Im Berichtsjahr hatte die Stiftungsaufsicht die Jahresrechnungen 2009 der Stiftungen zu beurteilen. Das Vermögen der gemeinnützigen Stiftungen betrug im Jahr 2009 ca. Fr. 280,4 Mio. (Vorjahr: 240,8). Der Hauptanteil dieser Erhöhung liegt mit Fr. 30 Mio. bei den neu dazu gekommenen Stiftungen. Der kleinere Anteil mit etwa Fr. 10 Mio. resultiert aus der Verbesserung der Finanzmärkte im Jahr 2009. Insgesamt wurde von diesen Stiftungen im Jahr 2009 ca. Fr. 28,0 Mio. (Vorjahr: 28,8) im Sinne des Stiftungs-

zweckes aufgewendet. Dabei handelte es sich sowohl um Beiträge und Spenden als auch um Aufwendungen im Rahmen ihrer gemeinnützigen Tätigkeit als Schulen, Heime, Hilfsorganisationen usw.

Der Gebührenertrag für die Tätigkeit der Aufsicht über diese Stiftungen betrug im Jahr 2010 rund Fr. 19'000 (Vorjahr: 18'000). Der Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr ist auf die grössere Anzahl Stiftungen zurückzuführen. Ende 2010 waren noch drei Stiftungsrechnungen des Rechnungsjahres 2009 ausstehend.

### 1.5 Opferhilfe

Im Jahr 2010 ist lediglich ein Opferhilfesuch neu eingegangen (Vorjahr: 2). Es wurden 12 Gesuche behandelt, und Ende 2010 waren 11 Gesuche hängig (Vorjahr: 22). Davon sind 4 Gesuche sistiert (Vorjahr: 19). Bei den erledigten Gesuchen wurden in vier Fällen Entschädigungs- und/oder Genugtuungsleistungen gesprochen, und in den restlichen Fällen erfolgten Abweisungen oder Rückzüge.

## 2. Amt für Bürgerrecht und Zivilstand

### 2.1 Zivilstandswesen

Das Berichtsjahr stand im Zeichen der Vorbereitungen für eine Reorganisation der kantonalen Aufsicht im Zivilstandswesen. Um langfristig den Anforderungen gemäss Bundesrecht zu genügen, wurde das «Tagesgeschäft» auf den 1. Januar 2011 an die Aufsichtsbehörde des Kantons St. Gallen übertragen. In einem Zusammenarbeitsvertrag sind die delegierten Aufgaben, welche mit einer jährlichen Pauschale abgegolten werden, genau umschrieben. Formell bleibt das Departement Inneres und Kultur Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen und somit in der Verantwortlichkeit gegenüber dem Bund.

### 2.2 Bürgerrechtswesen

Die Zahl der Gesuche um ordentliche Einbürgerung lag im Berichtsjahr in der Grössenordnung der beiden Vor-



jahre. 104 Personen wurde das Landrecht von Appenzell Ausserrhoden verliehen, wobei die grössten Anteile mit Bezug auf die Herkunft der eingebürgerten Personen auf Deutschland und Serbien, gefolgt von Kosovo, Türkei und Italien entfallen.

### 3. Amt für Asyl und Integration

#### 3.1 Sozialhilfe im Bereich Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen

Die Zahl der anwesenden Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen war gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig: minus 18 Personen oder minus 7,69 % (Vorjahr: plus 28 Personen bzw. plus 13,59 %). Ende 2010 waren 112 Asylsuchende und 77 vorläufig Aufgenommene (ohne Flüchtlingsstatus), also insgesamt 189 Personen des Asylbereichs im Kanton gemeldet. Sie stammen aus 17 Herkunftsstaaten (Vorjahr: 16).

12 Personen erhielten nach dem Ausschluss aus der Sozialhilfe auf Antrag Sachleistungen der Nothilfe (Vorjahr: 8). Ein zwangsweiser Vollzug des negativen Asylentscheides war in diesen Fällen nicht möglich. Der durchschnittliche Aufenthalt in der Nothilfestruktur betrug 132 Tage (Vorjahr: 61).

#### 3.2 Durchgangszentrum Alpenblick, Wienacht

Im Jahr 2009 schlossen die Kantone St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden eine Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit bei der Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden ab. Sie beinhaltet eine Zusammenlegung der beiden Asylzentren Landegg (neu, Kanton St. Gallen) und Alpenblick (bisher, Kanton Appenzell Ausserrhoden). Im März 2010 konnte der Kanton St. Gallen das auf dem Gemeindegebiet von Eggersriet gelegene Gebäude für die ihm zugewiesenen Asylsuchenden in Betrieb nehmen. Die Gebäude der Liegenschaft Landegg, die sich auf Gemeindegebiet von Lutzenberg befinden, konnten vorerst noch nicht genutzt werden, weil die erforderlichen Umbauarbeiten in einem baurechtlichen Verfahren blockiert waren. Gestützt auf

einen Entscheid des Präsidenten des Verwaltungsgerichtes Appenzell Ausserrhoden konnte ab November 2010 auch der Betrieb des Durchgangszentrums Alpenblick in das Zentrum Landegg verlegt werden. Vereinbarungsgemäss übernahm der Kanton St. Gallen per Ende Jahr sämtliches Personal des Zentrums Alpenblick. Bis zur Zusammenlegung der Zentren verlief der Betrieb im Durchgangszentrum Alpenblick ruhig, und auch die Zusammenlegung erfolgte geordnet.

#### 3.3 Beratungsstelle für Flüchtlinge

Der Kanton betreibt zusammen mit 17 Gemeinden (ohne Teufen, Bühler und Gais) gestützt auf einen Zusammenarbeitsvertrag eine Beratungsstelle für die im Kanton wohnhaften anerkannten Flüchtlinge. Zwei Teilzeit-Mitarbeitende in Herisau und Trogen sind zuständig für die Existenzsicherung und Beratung der Flüchtlinge.

Im Jahre 2010 wurden 32 Personen von den Bundesbehörden neu als Flüchtling anerkannt (Vorjahr: 20). Mit diesem Status lebten Ende Dezember 2010 204 Personen in Appenzell Ausserrhoden (Vorjahr: 176). Beide Zahlen bedeuten Höchstwerte seit Bestehen der Beratungsstelle.

Die tägliche Betreuungs- und Integrationsarbeit ist aufwändig und anspruchsvoll. Es waren drei sehr intensive Kriseninterventionen vorzunehmen. Bei zweien musste erstmals seit Bestehen der Stelle eine Fremdplatzierung von Kindern vorgenommen werden.

#### 3.4 Integration

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat das Integrationskonzept «Gemeinsam leben in Appenzell Ausserrhoden» erlassen. Dieses Konzept bestimmt Rahmen und Inhalte für den Aufbau der Förderung von Integration in Appenzell Ausserrhoden. Zudem konnten bereits bestehende Angebote unterstützt oder beratend begleitet werden. Im Weiteren erfolgten erste Erfahrungen mit Pilotversuchen zu neuen Angeboten gemäss dem Integrationskonzept.



## 4. Kultur

### 4.1 Amt für Kultur

Ein Schwerpunkt war die Ausarbeitung der neuen Museumsstrategie, bei der eine entscheidende Weichenstellung erfolgt ist. Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat diese Strategie verabschiedet und einer Erhöhung der jährlichen Fördermittel für die Museen zugestimmt. Die Strategie setzt die von allen Museen unterstützte Stossrichtung einer vermehrten Kooperation ins Zentrum, sie hat sechs Zielsetzungen auf dem Weg zur «Museumswelt Appenzell Ausserrhoden» formuliert. Zwei betreffen alle Museen und Ausstellungsorte im Kanton und verfolgen die verstärkte gemeinsame Kommunikation und Koordination. Vier Zielsetzungen betreffen einzelne Museen und bezwecken die Stärkung der drei zentralen Bereiche Volkskunde, Kulturgeschichte und Baukultur sowie die Förderung von drei besonderen Potenzialen. Übergeordnetes Ziel ist eine verstärkte Ausstrahlung und Resonanz der «Museumswelt Appenzell Ausserrhoden».

Wie in den Vorjahren hat das Amt für Kultur wiederum drei Ausgaben von «Obacht Kultur» herausgegeben. Das Kulturblatt berichtet über die geförderten Projekte, beleuchtet Themen aus unterschiedlichen Perspektiven und gibt jeweils einer Künstlerin oder einem Künstler eine Plattform. Die Frühjahrsnummer stellte einige «Äägni» vor und beinhaltete die Jahresberichte des Amts für Kultur und des Staatsarchivs, das Sommer-Doppelheft widmete sich zum einen «dem Appenzell» und zum anderen der kleinen Kulturlandsgemeinde 2010, die Winternummer dem Bauen. Zum Sammeln der Obacht-Hefte und der künstlerischen Arbeiten in der Heftmitte hat Urs Bürki einen Schuber und einen Wechselrahmen gestaltet.

Die kleine Kulturlandsgemeinde (kKL), eine Kooperation des Kantons mit der Ausserrhodischen Kulturstiftung und Teil des Regierungsprogramms, fand am 1./2. Mai 2010 im Kinderdorf Pestalozzi in Trogen statt. Sie widmete sich unter dem Titel «Im Land der Fremden» mit Vorträgen, Diskussionen, Workshops und künstlerischen Interventionen unterschiedlichen Formen des menschlichen Unterwegsseins in der heutigen Zeit. Die Sendschrift der kKL 10 wurde von der UNESCO als Beitrag zum Jahr der Annäherung der Kulturen anerkannt.

Besuchenerfolge und hohes künstlerisches Niveau zeichnen das erstmalige interkantonale Pilotprojekt TanzPlan Ost der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein aus. Daneben spielte auch 2010 in anderen Bereichen der Kulturförderung die interkantonale Zusammenarbeit mit St. Gallen und Appenzell Innerrhoden eine wichtige Rolle: so im Musikrat, im Stiftungsrat des Zentrums für Appenzellische Volksmusik und bei einem von Pro Helvetia geförderten Vermittlungsprojekt. Von kulturpolitischer Bedeutung war dabei der auf Ende 2011 erklärte Austritt aus der Bodenseefestival GmbH zusammen mit allen Gesellschaftern von Schweizer Seite.

Die jährlich ausgerichteten Förderpreise der Internationalen Bodensee Konferenz waren 2010 der Sparte Zeichnen gewidmet. Der von Appenzell Ausserrhoden nominierte Francisco Sierra gewann einen der acht Förderpreise. Der traditionelle Jahreskulturanlass des Amtes für Kultur fand am 24. November 2010 in der Krombach-Kapelle im Psychiatrischen Zentrum Herisau statt. Der Abend widmete sich der Bedeutung von Konzert und Theater St. Gallen für die Kulturinteressierten und die Kulturschaffenden im Kanton wie auch für die Ostschweiz insgesamt, er stiess auf ein interessiertes Publikum.

### 4.2 Kulturförderung

Die in den letzten drei Jahren festgestellte Zunahme der Anzahl der Gesuche hat sich fortgesetzt. Von den 195 behandelten Fördergesuchen im Jahr 2010 (Vorjahr: 163) wurden 78 % zustimmend beurteilt, d.h. an 153 Projekte konnte ein Förderbeitrag geleistet werden in der Höhe von insgesamt Fr. 732'209.20, was einer durchschnittlichen Beitragssumme von Fr. 4'786 entspricht (Vorjahr: Fr. 4'939). 32 Gesuche wurden vom Kulturrat behandelt, der viermal getagt hat, bei 26 Projekten sprach er eine Empfehlung zur Unterstützung aus und bei 6 eine Ablehnung; diesen Empfehlungen ist der Regierungsrat gefolgt. Mit insgesamt Fr. 941'000 wurden Museen, Regionalbibliotheken und Kulturinstitutionen von kantonaler Bedeutung verbunden mit Leistungsvereinbarungen unterstützt. Die kantonale Kunstsammlung ist durch den Ankauf von neun Werken erweitert worden.



### 4.3 Kantonsbibliothek

2010 hat sich die Kantonsbibliothek (KBAR) zum Ziel gesetzt, ihre Aktivitäten zu konsolidieren. Verschiedene Projekte der Vorjahre haben ihren Fortgang genommen. Auch im Berichtsjahr hat sich bestätigt, dass Kooperationen zu den zentralen Tätigkeiten der Bibliothek zählen:

- Präsentation der Bibliothek Andreas Züst (12'000 Bücher) im Rahmen der Wanderausstellung «Eine Bibliothek geht auf Wanderschaft» im Gemeindehaus, Fünfeckpalast und der Kirche Trogen vom 21. März bis zum 18. Juni; u.a. Zusammenarbeit mit der Kunstbibliothek Sitterwerk, St.Gallen;
- Mitgliedschaft der Kantonsbibliothekarin in der Bibliothekskommission der Stiftsbibliothek St.Gallen, leitendes Gremium der Stiftsbibliothek;
- Bereinigung und Migration der handschriftlichen Bestände der KBAR zusammen mit der KB Vadiana in die Datenbank der Handschriften, Archivmaterialien und Nachlässe HAN, gehostet von der Universitätsbibliothek Basel, online seit Dezember 2010;
- Vertragsunterzeichnungen Projekte «Digitale Bibliothek Ostschweiz» ([www.dibios.ch](http://www.dibios.ch)) und «Bibliotheksverbund St.Gallen-Appenzell» ([www.bvsga.ch](http://www.bvsga.ch));
- Transkriptionsprojekt im Rahmen der Erschliessung der Zellweger-Bestände: Vertragliche Verpflichtung von 12 Personen, die im Auftrag der KBAR handschriftliche Briefe des 18. und 19. Jahrhunderts transkribieren;
- Zwei Veranstaltungen und Veröffentlichung des Hör- und Lesebuchs «Die Mona Lisa von Trogen» (Hrsg. von Karin Bucher und Matthias Kuhn, Appenzeller Verlag) in Zusammenarbeit mit 16 Autor(inn)en und Musiker(inn)en, die sich mit Ölporträts aus dem Zellweger-Fundus befassten;
- Aufschaltung der Website [www.zeitzeugnisse.ch](http://www.zeitzeugnisse.ch) im Rahmen des Projekts AR°AI 500;
- Redaktion Appenzellische Jahrbücher 137 (2009/10) der Appenzellischen Gemeinnützigen Gesellschaft AGG zum Leitthema «Henry Dunant». Redaktionsarbeiten erstmals unter Mitarbeit von Hanspeter Spörri;
- Herausgabe der Nrn. 3 und 4 der Reihe «Kleine Schriften der Kantonsbibliothek AR» zum IKRK im 1. Weltkrieg (Seminararbeit aus dem Seminar Eisenhut/Moos im HS 2009 an der Universität Zürich) und zur Geschichte der FDP;

- Appenzeller Bibliothekstag am 6. November in Heiden ([www.biblioapp.ch](http://www.biblioapp.ch));
- Schauwerk-Sammlung: Ausstellung in der Kunsthalle Oxyd in Winterthur, Präsentation des Schauwerk-Projekts in Hamburg und Wien.

Erschliessung: Die elektronische Erschliessung des Familienarchivs Zellweger umfasste Ende Jahr 5'500 Datensätze. Im Online-Katalog für publizierte Medien sind 58'841 Einheiten verzeichnet. Im Bereich der Rekalogisierung konnte mithilfe von Praktikant(inn)en die zweite Hälfte der 6'000 Datensätze zählenden Postkartensammlung bearbeitet werden. Im Online-Katalog (SGBN) wurden 5'597 Einheiten neu erfasst. Der Vorlass von Stefan Signer konnte geordnet, signiert und rudimentär erschlossen werden. Anfang Mai wurde ein Projekt zur Groberschliessung des Archivs der Aeschbach-Stiftung in Stein gestartet. Parallel dazu wurden die rund 12'000 Bücher, Broschüren und Periodika, die bereits in Trogen lagern, minutiös gesichtet und auf rund 8'000 Einheiten reduziert. Die Katalogisierung beginnt 2011. Die Sammlung hat mit den Sachgebieten Geheimgesellschaften, Magie und Okkultismus ein Profil und mit der Bezeichnung «Collectio Magica et Occulta CMO» auch einen Namen erhalten. Der Arbeitsplatz zur Sicherung und Erschliessung von AV-Medien im Fünfeck hat sich bestens bewährt: Erstmals konnten systematisch audiovisuelle Bestände elektronisch abgelegt werden.

Bestandeszuwachs: Die Übernahme des Nachlasses des Hamburger Tattoo-Stechers und Fotografen Herbert Hoffmann, der 30 Jahre in Heiden lebte, stellt einen kulturgeschichtlich wichtigen Bestand dar, der neben der CMO und dem Privatarchiv Signer die Dokumentation alternativer Lebensformen im Appenzellerland im 20. Jahrhundert ergänzt. Ferner konnten von Nachfahren der Familie Zellweger wertvolle Gegenstände aus dem Haushalt von Anna Barbara und Jakob Zellweger-Zuberbühler (Rathaus Trogen) übernommen werden, darunter das Ehebett der beiden sowie das Kleid, das Anna Barbara 1804 zur Krönung von Napoleon in Paris getragen haben soll. Die Appenzeller Bibliographie zählt 425 neue Einheiten und wird erstmals nicht mehr in gedruckter Form veröffentlicht. 30 Personen und Institutionen haben der KBAR Dokumente geschenkt.

**Konservierung:** Zur Nutzung der Zivilschutzanlage Hinterdorf in Trogen wurden ein Konzept erarbeitet und ein Mietvertrag mit der Gemeinde Trogen abgeschlossen. Dank der Umsetzung baulicher Massnahmen sind die Bedingungen zur Konservierung der Bestände in der Anlage nun sehr gut. Zudem ist die Katalogisierung vor Ort möglich.

**Dienstleistungen:** Die Kantonsbibliothek erteilte durchschnittlich sieben Auskünfte pro Arbeitstag. Hinzu kommen monatlich durchschnittlich 14 externe Termine in den Bereichen Beratung, Auskunft und Vermittlung. Die Nachfrage nach digitalisiertem Bildmaterial ist konstant hoch.

**Öffentlichkeitsarbeit:** 22 kulturhistorische Führungen mit ca. 400 Personen wurden durchgeführt. Neben den bereits unter Kooperationen erwähnten Veranstaltungen fanden u.a. mit der Ausserrhodischen Kulturstiftung, dem Ausserrhoder Bündnis gegen Depression, der Lesegesellschaft Bühler und der FDP Appenzell Ausserrhoden Zusammenarbeiten mit Presseecho statt. Die KBAR wurde 2010 von 917 Personen besucht (ohne kulturhistorische Führungen), 223 neue Benutzerkärtchen konnten ausgestellt werden. Im Lesesaal wurden 324 Medien benutzt. 340 Medien wurden nach Hause ausgeliehen.

#### 4.4 Denkmalpflege

**Beiträge und Stellungnahmen:** Im Berichtsjahr wurden 60 Gesuche für kantonale Beiträge an Restaurierungen bewilligt (Vorjahr: 61). Grosse Beiträge wurden für Renovation und Umbau der reformierten Kirchen von Heiden und Wolfhalden zugesichert. Insgesamt wurden 158 Stellungnahmen zu Baugesuchen, Gestaltungsplänen und Zonenplanrevisionen abgegeben. 10 Stellungnahmen erfolgten schriftlich, 148 Stellungnahmen wurden direkt in Besprechungen erarbeitet oder abgegeben und flossen direkt als Auflagen in die Baubewilligungen ein (siehe Übersicht im Anhang).

**Schwerpunkt Wohnbauten in den Dörfern:** Rund Zweidrittel aller Bauvorhaben an geschützten Häusern und Bauten in geschützten Ortsbildern betreffen Wohn- und Geschäftshäuser. Der Rest verteilt sich auf Bauern-, Weber- und Stickerhäuser, Wirtschaften und Gasthäuser,

öffentliche Bauten und Brücken. Mit der Verleihung des Schweizer Denkmalpreises 2010 an die Bauherrschaft des Zeughauses in Trogen wurde ein Umbau- und Restaurierungsvorhaben ausgezeichnet, das mustergültig zeigt, wie in unseren Dörfern modern gewohnt und gearbeitet werden kann.

**Kirchen:** In den beiden reformierten Kirchen Heiden und Wolfhalden konnten umfassende Innenumbauten abgeschlossen werden. Wie bei den Kirchen in Teufen und Schönengrund wurden die Raumstimmung mit Farbgebung und Lichtführung freundlicher gestaltet, der Chorbereich für Konzert- und Theaterveranstaltungen vergrössert, die Sicht auf den Chorraum verbessert und eine teilweise mobile Bestuhlung eingeführt. Wurden bis in die 1950er Jahre Umgestaltungen von Kirchen nach rund 50 Jahren vorgenommen, hat sich das Intervall auf etwa 25 Jahre verkürzt.

#### 5. Fachstelle für Sozialhilfe und Sozialarbeit

Im Berichtsjahr wurden die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik des Erhebungsjahres 2009 für die gesamte Schweiz sowie für Appenzell Ausserrhoden veröffentlicht. Trotz schwieriger Wirtschaftslage war nur ein leichter Anstieg der Sozialhilfequote zu verzeichnen: Die gesamtschweizerische Sozialhilfequote (der Anteil der Personen, die Sozialhilfeleistungen beziehen) stieg von 2.9 Prozent (2008) auf 3.0 Prozent (2009), in Appenzell Ausserrhoden stieg die Quote gegenüber dem Vorjahr von 1.5 Prozent (2008) auf 1.6 Prozent (2009). Die entsprechenden Fälle umfassen in Appenzell Ausserrhoden insgesamt 834 Personen. Da sich die konjunkturelle Entwicklung und insbesondere die 2009 deutlich gestiegene Zahl der Arbeitslosen jeweils verzögert auf die Sozialhilfe auswirkt, kann sich möglicherweise in der Sozialhilfestatistik 2010 wiederum ein Anstieg der Fallzahlen ergeben.

Die Beratung und fachliche Unterstützung von Sozialhilfebehörden und der in der Sozialhilfe Tätigen war auch im dritten Berichtsjahr der Fachstelle eine der zentralen Aufgaben: Insgesamt wurde die Fachstelle 350 Mal (Vorjahr: 327) von Sozialämtern oder Behörden zu Fach-

oder Rechtsfragen der Sozialhilfe konsultiert. Die Art und Anzahl der Anfragen verdeutlicht, dass der Vollzug der Sozialhilfe als letztes Netz der sozialen Sicherung eine anhaltend anspruchsvolle Aufgabe für die Sozialämter darstellt. Um die Vernetzung und den fachlichen und persönlichen Austausch unter den Akteuren im Sozialbereich zu ermöglichen, wurden insgesamt vier Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Dabei wurden Themen wie «Datenschutz», «Gesprächsmethodik» oder «Sozialhilfe in Wohn- und Lebensgemeinschaften» behandelt und anlässlich eines Besuches der IV-Stelle Einblick in Aufgaben und Abläufe gewährt.

Die während der Aufbauphase der Fachstelle entwickelten Projekte zur Integration von erwerbslosen und durch Sozialhilfe unterstützte Personen in den Arbeitsmarkt konnten abgeschlossen und die entsprechenden Leistungsvereinbarungen mit den verschiedenen Partnern unterzeichnet werden. Der Start der Umsetzung erfolgte in Form von insgesamt vier verschiedenen Massnahmen. Diese beinhalten zum einen ein zusätzliches Abklärungsinstrument für die Sozialämter in Zusammenarbeit mit dem RAV und einer Sozialfirma (Massnahme 1) und zum anderen die Möglichkeit, gezielt in Bildungsmassnahmen (Massnahme 2) zu investieren. Darüber hinaus beteiligt sich der Kanton mit einem Pauschalbetrag an den Programm-/Infrastrukturkosten für jede neu zugewiesene Person in einen Betrieb des zweiten Arbeitsmarktes (Massnahme 3). Ausserdem kann Schulabgänger, welche für das kombinierte Brückenjahr «Brücke AR» zugelassen sind und keinen dafür erforderlichen Praxisplatz finden, ein solcher bei einer Sozialfirma sichergestellt und finanziert werden (Massnahme 4).

## 6. Fachstelle für Familien und Gleichstellung

Im dritten Berichtsjahr informierte die Fachstelle Familien und Gleichstellung in drei elektronischen Newslettern über familien- und gleichstellungspolitische Themen, Entwicklungen und Anlässe im Kanton und in der Schweiz, verfasste Mitberichte zu zwei eidgenössischen Vorlagen und organisierte zwei Feierabendtreffs zur Vernetzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung. Die Fachstelle selber hat sich interkanto-

nal und innerkantonal vernetzt. Interkantonal stand die Teilnahme an den entsprechenden Fachkonferenzen im Zentrum. Innerkantonal führte die Fachbereichsleiterin Familien Interviews mit fünf familienrelevanten Institutionen. Die Begleitkommission der Fachstelle kam zu vier Sitzungen zusammen.

Im Bereich Gleichstellung hat die Fachbereichsleiterin ihre Stelle Ende Juni 2010 verlassen. Eine Nachfolge konnte auf Februar 2011 gefunden werden. Trotz der Vakanz konnten bereits begonnene Projekte in reduziertem Rahmen realisiert werden. Der inhaltliche Schwerpunkt lag beim Projekt «Fit für die Politik», welches zum Ziel hat, die politische Beteiligung insbesondere von Frauen mit Blick auf die Wahlen 2011 zu fördern. Dazu führte die Fachstelle in Zusammenarbeit mit der Frauenzentrale ein Politcafé durch, bot eine politische Weiterbildung von Frauen an und lancierte das Mentoring-Angebot neu. Die Fachstelle veranstaltete zusammen mit dem Kanton Graubünden, dem Fürstentum Liechtenstein und dem Land Vorarlberg eine gut besuchte Vortragsreihe zum Thema Gender Gesundheit (Körperbilder).

Im Bereich Familien lag der Schwerpunkt der Tätigkeiten in der Umsetzung des Familienleitbildes. Sechs Projekte befinden sich in der Umsetzungsphase. Die Fachstelle erarbeitete einen wesentlichen Teil der Grundlagen für einen zweiten Familienbericht. Zusammen mit dem Amt für Gesundheit sowie dem Amt für Volksschulen und Sport griff die Fachstelle das Thema der frühen Förderung auf und ist dabei, einen entsprechenden Aktionsplan zu entwickeln. Im Weiteren prüfte die Fachstelle in Zusammenarbeit mit dem Departement Bildung Möglichkeiten für eine strukturelle Anbindung der Kinderschutzgruppe.

## 7. Sozialversicherung

### 7.1 Familienausgleichskasse

Bei der Familienausgleichskasse (FAK) Appenzell Ausserrhoden resultierte sowohl bei den Arbeitgebern als auch bei den Selbständigerwerbenden erneut ein Beitragsüberschuss (Arbeitgeber: Leistungen: Fr. 10,5 Mio., Beiträge: Fr. 11,2 Mio., Selbständigerwerbende:

Leistungen: Fr. 1,9 Mio., Beiträge: Fr. 2,5 Mio.). Aufgrund der ausgezeichneten finanziellen Verfassung der FAK hat der Regierungsrat im Berichtsjahr beschlossen, die Beitragssätze für die FAK per 1. Januar 2011 deutlich zu senken (Arbeitgeber von bisher 1,7 % auf 1,4 %; Selbständigerwerbende von 2,8 % auf 1,7 %). Dies stellt für die einheimische Wirtschaft eine willkommene finanzielle Entlastung dar. Die Leistungen der FAK zugunsten der Nichterwerbstätigen haben gegenüber dem Vorjahr zugenommen, sie betragen im Berichtsjahr Fr. 109'000 (Vorjahr: Fr. 70'000). Diese Zunahme dürfte auf einen besseren Informationsstand der Nichterwerbstätigen zurückzuführen sein.

## 7.2 Ausgleichskasse und IV-Stelle

Die Ausgleichskasse und IV-Stelle Appenzell Ausserrhoden hatte auch 2010 wieder verschiedene gesetzliche Neuerungen umzusetzen. Hervorzuheben ist insbesondere die geänderte Gesetzgebung über die individuelle Prämienverbilligung mit verkürzten Fristen und einem neuen Auszahlungsmodus direkt an die Krankenversicherungen. Die Umstellung verlief reibungslos. Ausserdem wurde der Bekämpfung des Versicherungsmissbrauchs (IV, EL) mit einer Stellenaufstockung höhere Priorität eingeräumt, erste Erfolge stellten sich bereits ein.

Die Ausgleichskasse Appenzell Ausserrhoden hat 2010 Fr. 117 Mio. (2009: Fr. 114 Mio.) an AHV-Renten und Fr. 24 Mio. an IV-Renten (2009: 24 Mio.) ausbezahlt. Bei den Ergänzungsleistungen (EL) gab es insbesondere bei den EL zur IV erneut eine deutliche Zunahme (2010 Fr. 10,8 Mio., 2009 Fr. 9,8 Mio., dies entspricht einer Zunahme von rund 10 %). Bei den EL zur AHV zeigte sich ein ähnlicher Trend (2010 Fr. 11,8 Mio., 2009 Fr. 11,4 Mio., plus 3.5 %).

In der IV-Stelle wurde im Berichtsjahr die Einführung des Qualitätsmanagement-Systems (QMS) abgeschlossen, im März 2010 wurde das internationale ISO-Zertifikat 9001 ausgestellt. Im Herbst 2010 wurde - wiederum im Verbund mit vier anderen Ostschweizer Ausgleichskassen - mit den Arbeiten für die Ausdehnung des QMS auf die Ausgleichskasse begonnen. Die Zertifizierung ist für 2011 vorgesehen.



## Sach- und Terminplanung 2007-2011

Departemente und Projekte	2007	2008	2009	2010	2011	Inkraftsetzung geplant
<b>Stabsstellen des Regierungsrates</b>						
Archivgesetz (neu)						in Kraft
Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (Teilrevision)						sistiert
Publikationsgesetz (neu)						zurückgestellt
Kantonsverfassung (Teilrevision)						01.06.2015
<b>Departement Finanzen</b>						
Steuergesetz (Teilrevision 2008)						in Kraft
Steuergesetz (Teilrevision 2010)						in Kraft
Finanzausgleichsgesetz (Teilrevision)						in Kraft
NFA/KFA-Gesetzgebung (neu)						in Kraft
Finanzhaushaltsgesetz (Totalrevision 2012) mit HRM2						01.09.2012
eGovernmentgesetz (neu)						01.07.2012
IKZA-Vereinbarung Kultur St.Gallen						in Kraft
Steuergesetz, Volksinitiative Pauschalbesteuerung						01.01.2012
Steuergesetz, Motion kalte Progression						01.01.2013
<b>Departement Bildung</b>						
Einführungsgesetzgebung zum Berufsbildungsgesetz (Totalrevision)						in Kraft
Schulverordnung (Teilrevision)						in Kraft
Verordnung über die Anstellung von Lehrenden an den Volksschulen (Totalrevision)						in Kraft
Schulgesetzgebung (Totalrevision)						nach 2011
Vorläufige Verordnung über ergänzende Regelungen für Kantonale Schulen						im Rahmen Revision Schulgesetzgebung
<b>Departement Gesundheit</b>						
Gesundheitsgesetz (Totalrevision)						in Kraft
Vollzugsverordnungen zum Gesundheitsgesetz						in Kraft
Vorläufige Verordnung über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung						in Kraft
Gesetz über die Kantonsbeiträge an Institutionen zur Förderung der Eingliederung von Menschen mit Behinderung (neu mit NFA-/KFA-Erlass)						in Kraft
Interkantonale Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE)						in Kraft
Einführungsgesetz zum IFEG (neu)						nach Behindertenkonzept
Individuelle Prämienverbilligung (EG zum KVG)						in Kraft
Interkantonale Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin (IVHSM)						in Kraft
Gesetzgebung Spitalplanung/Spitalfinanzierung						01.01.2012
Vorläufige Verordnung zur Pflegefinanzierung						in Kraft
<b>Departement Bau und Umwelt</b>						
Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (Beitritt)						vom KR zurückgewiesen
Gesetz über die Raumplanung und das Baurecht (Teilrevision)						verschoben
Energiekonzept						genehmigt
Kredit Kauf Liegenschaft Zeughaus Herisau						genehmigt
Baukredit Umnutzung Zeughaus Herisau						genehmigt
Umwelt- und Gewässerschutzgesetz (Teilrevision)						in Kraft
Gesetz über die Staatsstrassen (Totalrevision)						in Kraft
Energiegesetz (Teilrevision)						01.05.2011
Geoinformationsgesetz (neu)						01.07.2012
Gesetz über die Mehrwertabschöpfung (neu)						verschoben

Departemente und Projekte	2007	2008	2009	2010	2011	Inkraftsetzung geplant
<b>Departement Volks- und Landwirtschaft</b>						
Förderungskonzept Strukturverbesserungen						genehmigt
Ressourcenprogramm zur Verminderung von Ammoniakverlusten						genehmigt
Ladenschlussgesetzgebung (Totalrevision)						01.01.2012
Normalarbeitsverträge für Betriebs- und Hausangestellte in der Landwirtschaft (Revision)						in Kraft
Normalarbeitsverträge für hauswirtschaftliche Arbeitnehmer (Revision)						offen / Bundeslösung wird angestrebt
EG/VO zum Schwarzarbeitsgesetz des Bundes						in Kraft
Einführungsgesetz Neue Regionalpolitik (NRP)						Regelung im Gesetz über die Wirtschaftsförderung
Tourismusgesetz (Teilrevision)						2011/12
Verordnung Tiergesundheit (Teilrevision)						Vorlage im KR zurückgenommen
Teilrevision der Verordnung über das Handelsregister						01.01.2010
<b>Departement Sicherheit und Justiz</b>						
Militärverordnung (Totalrevision)						in Kraft
Rechtspflegeverordnung (Teilrevision)						aufgehoben 31.12.10
Feuerschutzgesetz; Teilrevision						in Kraft
Verordnung zum BG über das Messwesen						in Kraft
Gerichtsorganisation, BZPO, BStPO - Umsetzung						in Kraft
Lotteriegeseztgebung (Revision)						offen
Kantonale Ausländergesetzgebung (Teilrevision)						in Kraft
Datenschutzgesetz (Teilrevision)						in Kraft
Verordnung über die kantonale Strafanstalt Gmünden (Teilrevision)						01.10.2011
Hundegesetzgebung (eventuell Totalrevision)						offen
Polizeigesetz (Teilrevision)						in Kraft
Assekuranzgesetz (Teilrevision)						in Kraft
Konkordat Hooliganismus						in Kraft
Polycom						in Kraft
Konkordat ViCLAS						01.07.2011
Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen						01.01.2012
ev. Gesetz über Gebühren in Zivil- u. Strafsachen						offen
<b>Departement Inneres und Kultur</b>						
Gesetz über die öffentliche Fürsorge (Totalrevision, neu Sozialhilfegesetz)						in Kraft
Gesetz über die öffentliche Beurkundung (neu)						in Kraft
Gesetz über die politischen Rechte (Teilrevision)*						zurückgestellt
Verordnung über die Organisation der Ausgleichskasse (Totalrevision)						offen
Kinderzulagengesetz (neu EG zum FamZG)						in Kraft
Gesetz über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (Totalrevision)						Verzicht
Gesetz über das Landrecht und das Gemeindebürgerrecht (Teilrevision)						Verzicht (Bundesrecht)
Asylverordnung (Totalrevision)						in Kraft
Kulturkonzept (neu)						in Kraft
Gesetz Registerharmonisierung (neu: Gesetz über die Einwohnerregister)						vom Kantonsrat zurückgewiesen
Vorläufige Verordnung über die Einwohnerregister (neu)						in Kraft
Neues Kindes - und Erwachsenenschutzrecht (Umsetzung)						01.01.2013
Pflegekinderaufsicht (neu)**						

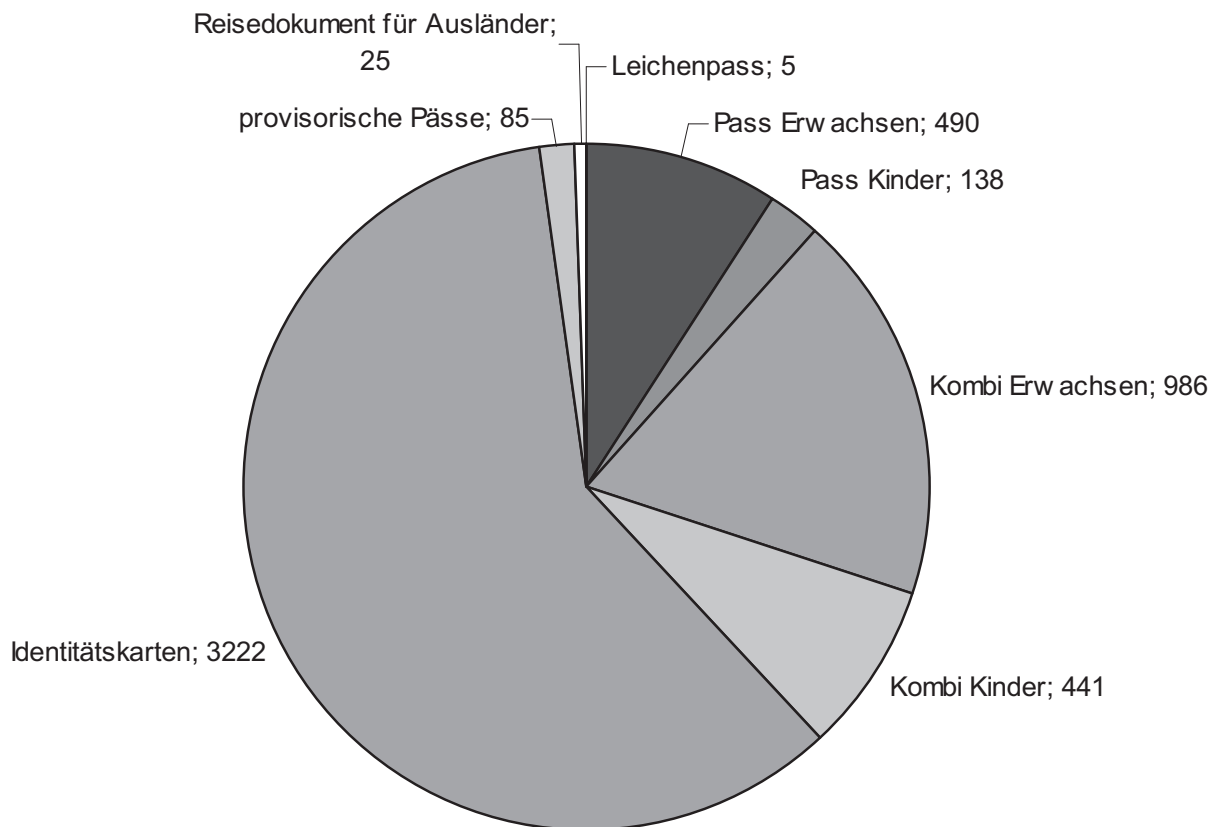


## Statistischer Anhang

### Kantonskanzlei

Passbüro

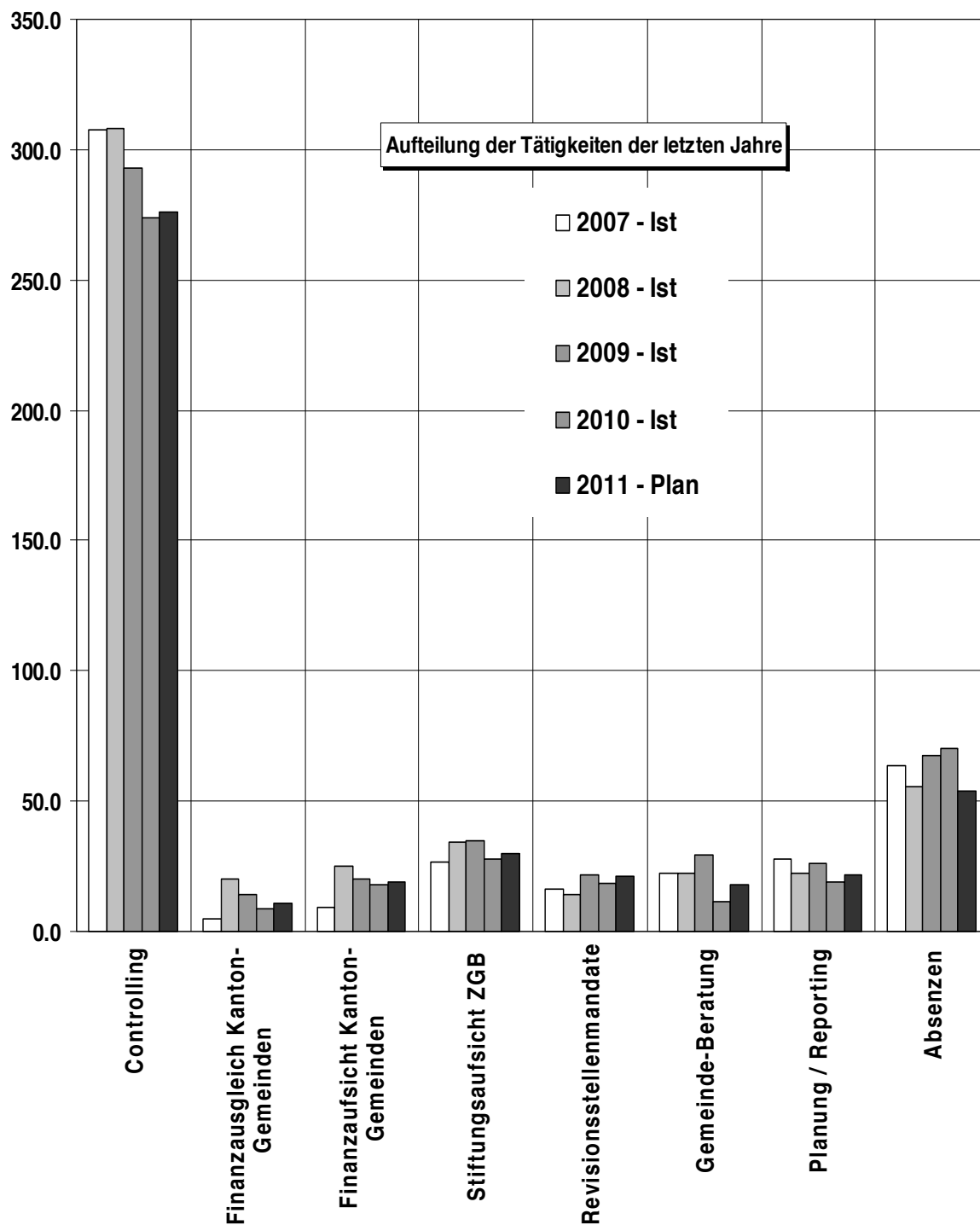
#### Statistik von März - Dezember 2010 des Passbüros von Appenzell Ausserrhoden





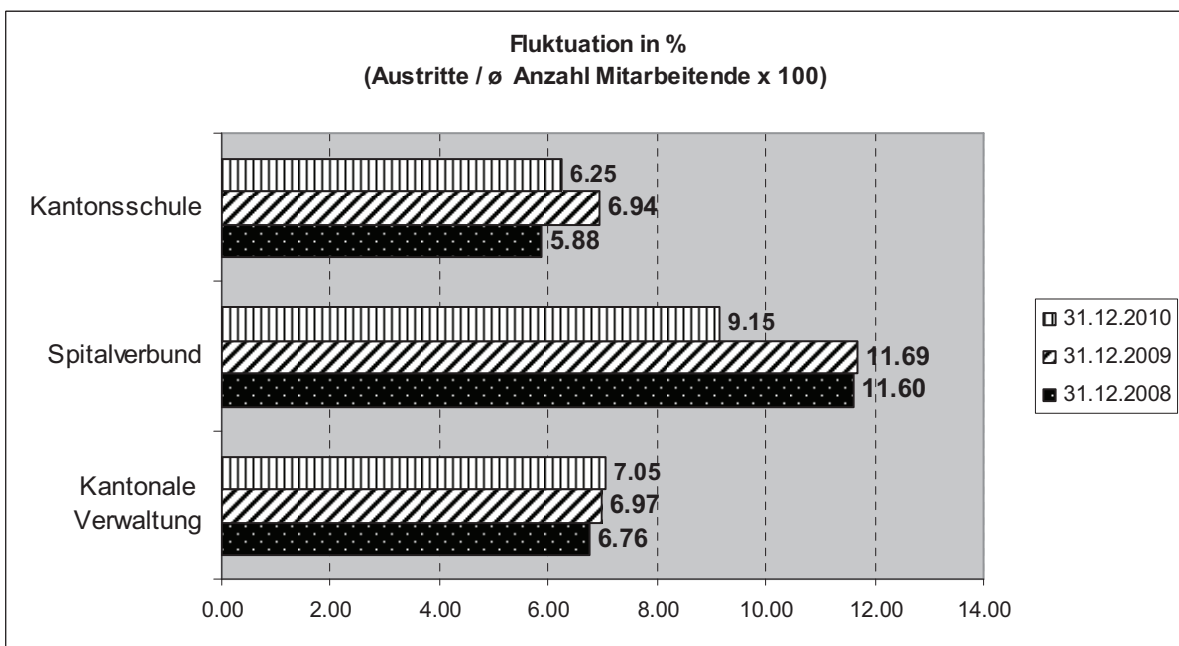
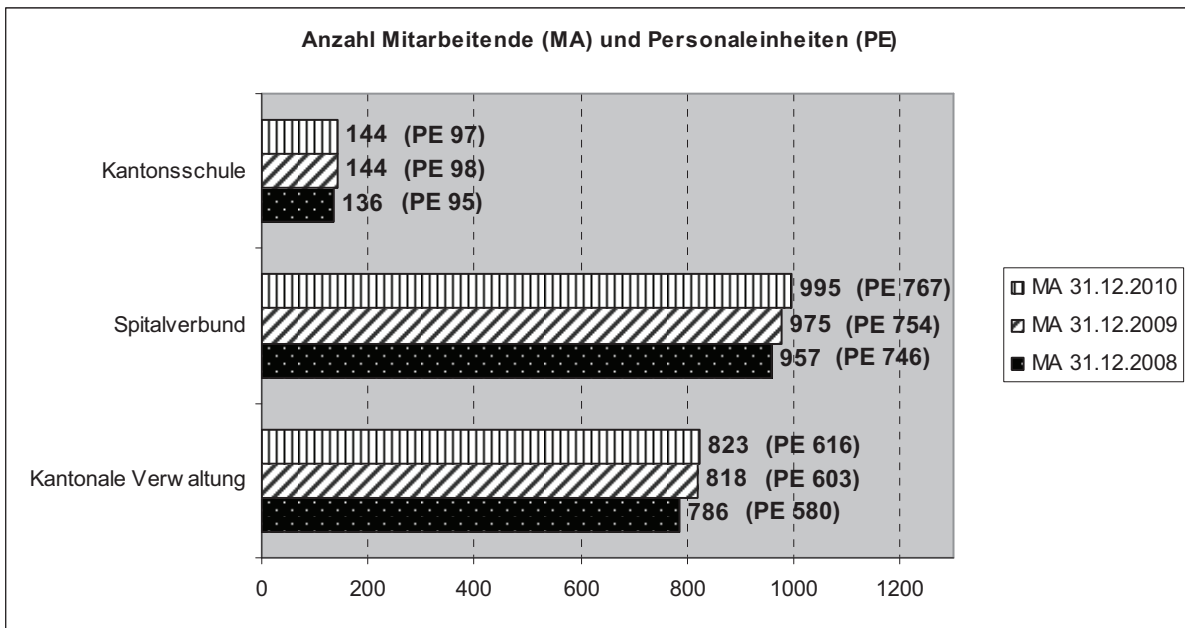
## Stabstelle Controlling

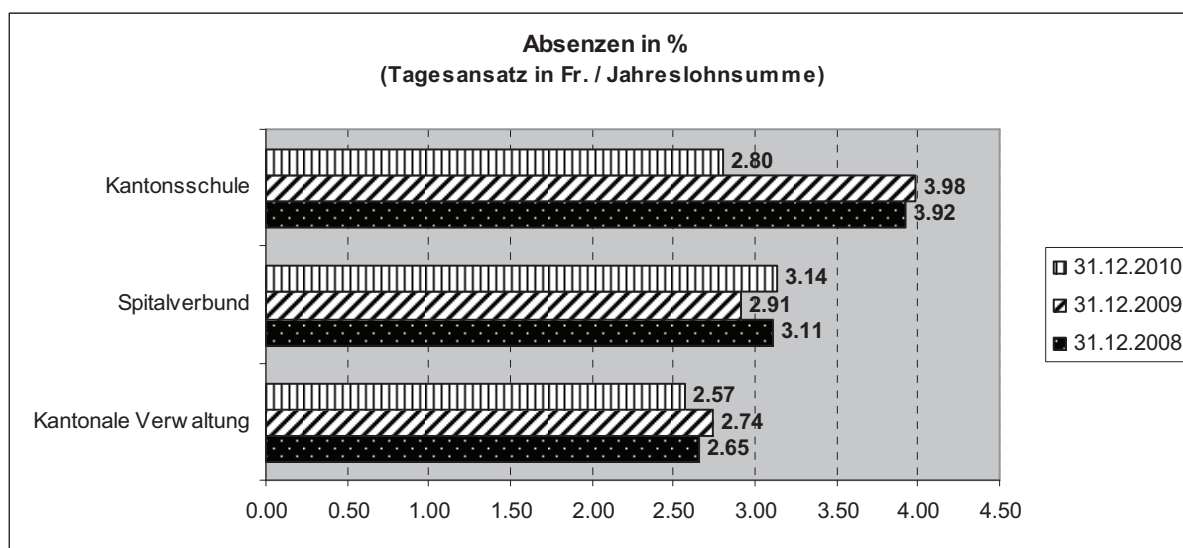
Personentage



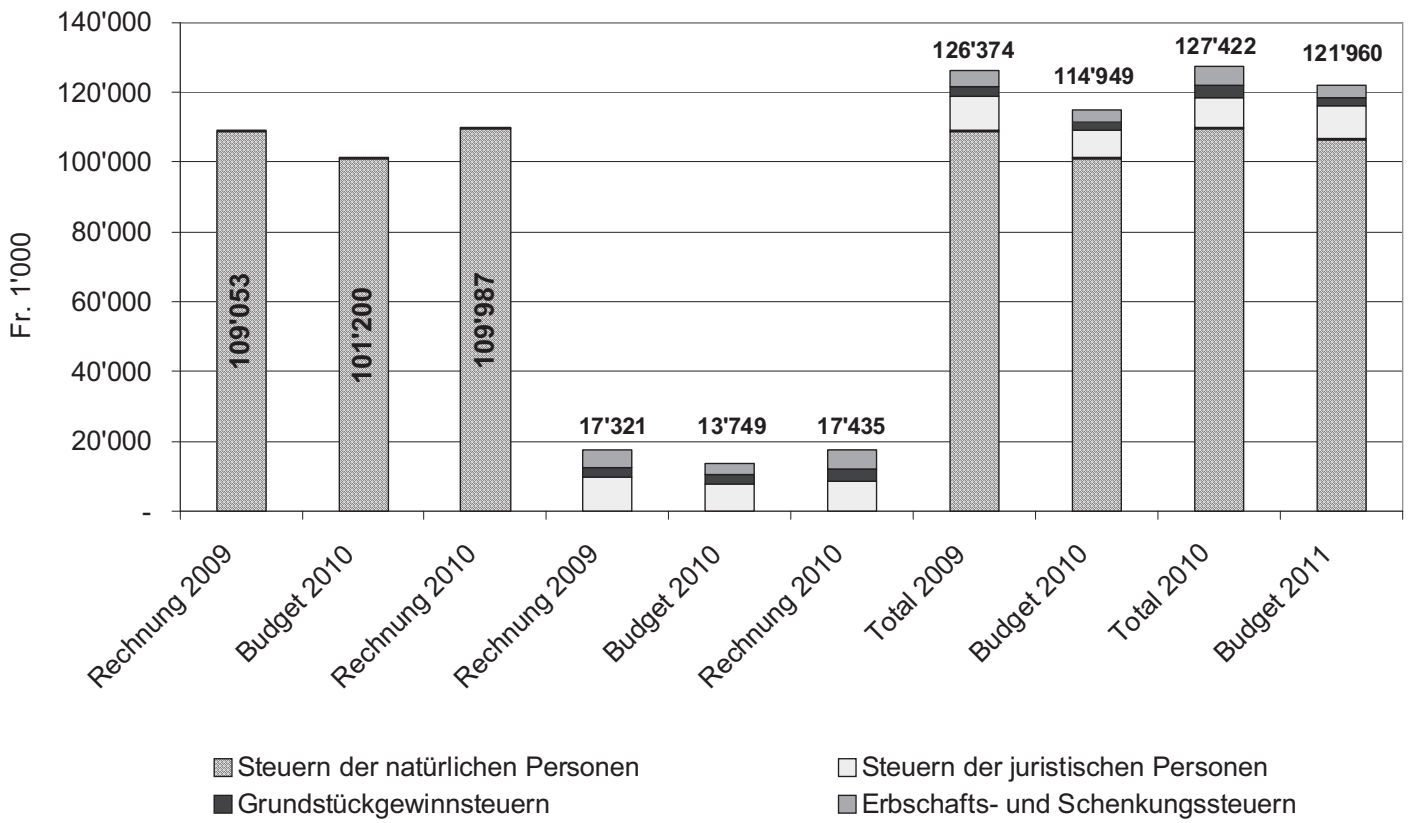
## Departement Finanzen

### Personalamt

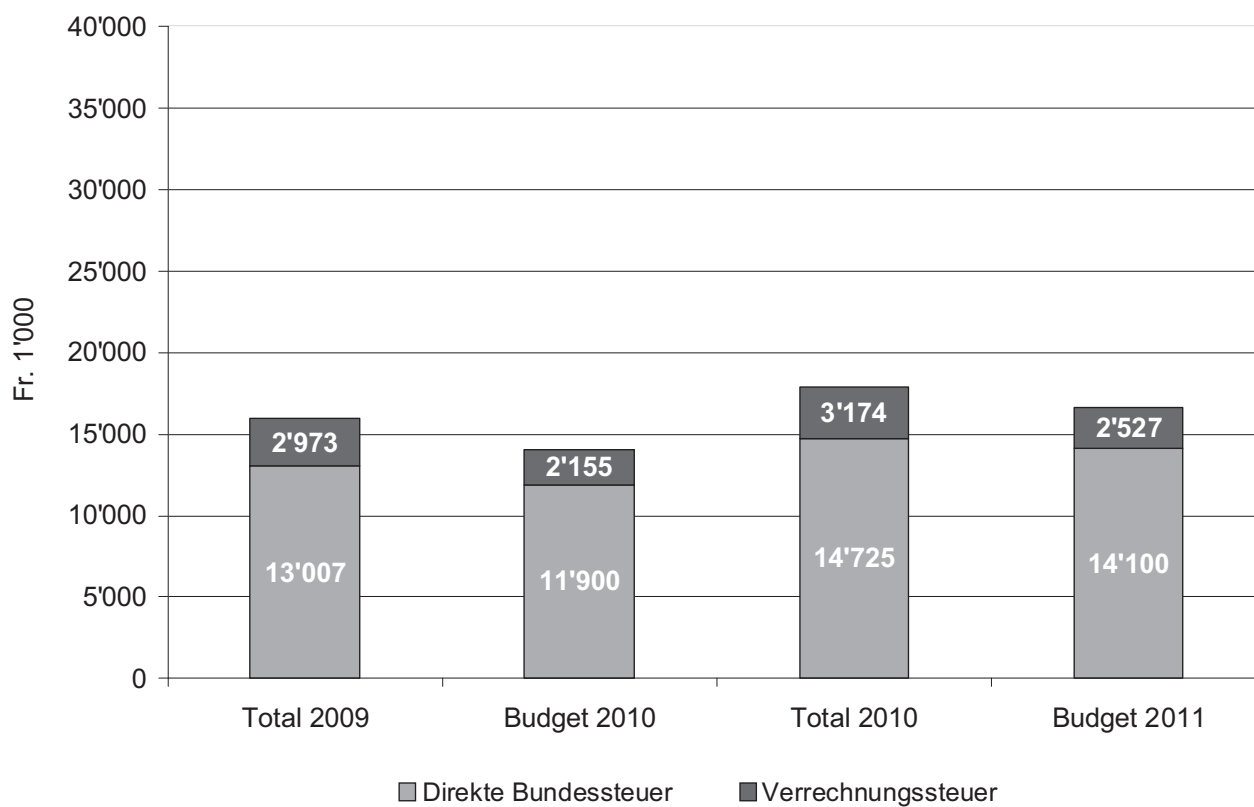




Staatssteuererträge im Vorjahresvergleich

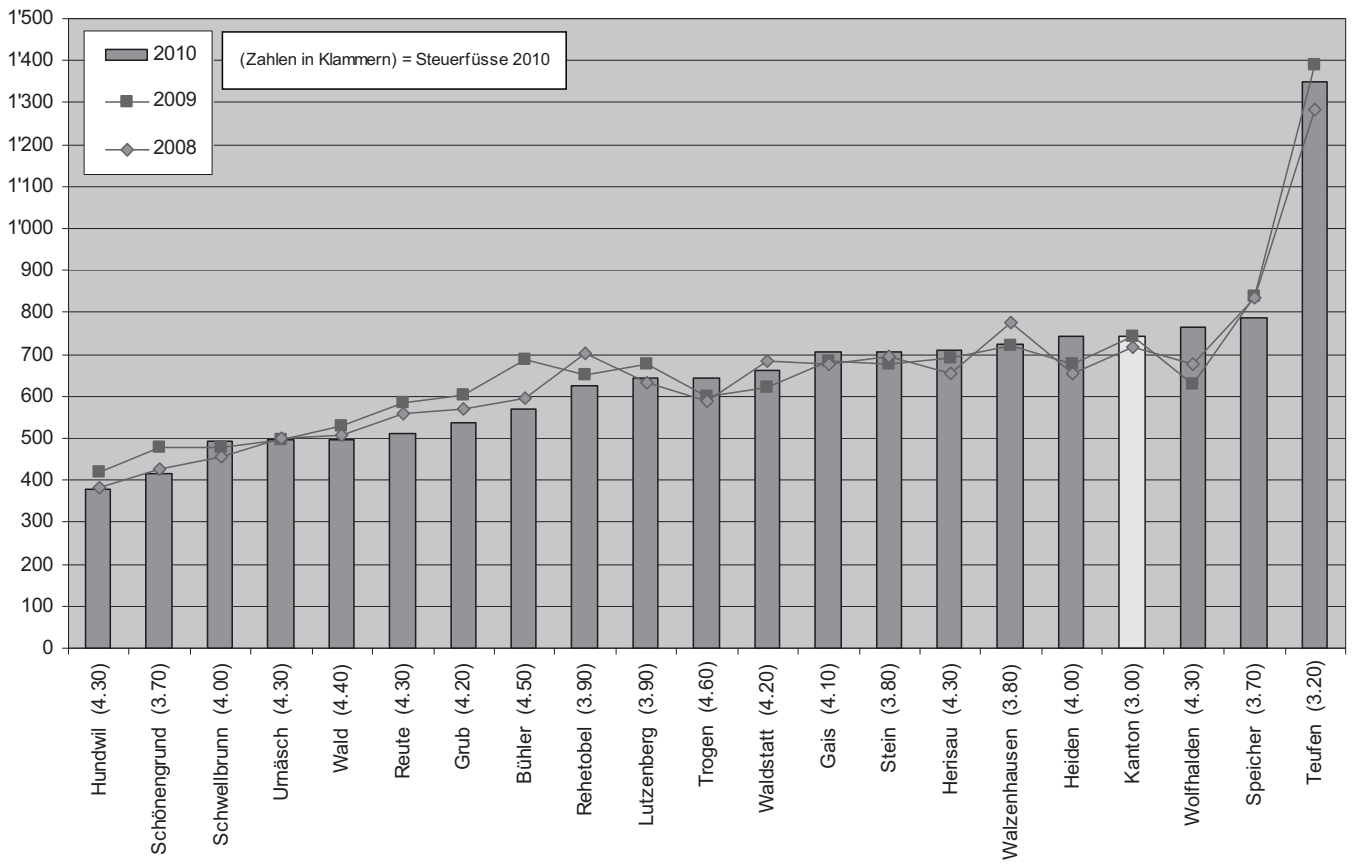


Erträge aus Bundesabgaben im Vorjahresvergleich



### Steuerkraft der Gemeinden von Appenzell Ausserrhoden

(gemessen am Steuersoll 3 pro Einheit der Jahresrechnung 2010 der natürlichen und juristischen Personen)



## Steuerkraft der Gemeinden von Appenzell Ausserrhodon

(gemessen am Steuersoll 3 pro Einheit der Jahresrechnung 2010 der natürlichen und juristischen Personen)

Gemeinde	Steuersoll 3	Steuersoll 3 pro Einheit	Einwohner per 31.12.10	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in CHF)	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in %)	Rang
Teufen	23'358'916.94	7786'305.65	5'763	1'351.10	181.6%	1
Speicher	9'523'966.32	3'174'655.44	4'035	786.80	105.7%	2
Wolfhalden	3'925'275.16	1'308'425.05	1'707	766.50	103.0%	3
Heiden	8'912'335.59	2'970'778.53	4'001	742.50	99.8%	4
Walzenhausen	4'509'072.63	1'503'024.21	2'072	725.40	97.5%	5
Herisau	32'506'906.09	10'835'635.36	15'279	709.20	95.3%	6
Stein	2'893'144.70	964'381.57	1'363	707.55	95.1%	7
Gais	6'515'071.50	2'171'690.50	3'070	707.40	95.1%	8
Waldstatt	3'539'083.62	1'179'694.54	1'781	662.40	89.0%	9
Trogen	3'276'112.52	1'092'037.51	1'695	644.25	86.6%	10
Lutzenberg	2'421'782.48	807'260.83	1'255	643.25	86.4%	11
Rehetobel	3'178'370.08	1'059'456.69	1'698	623.95	83.8%	12
Bühler	2'862'478.90	954'159.63	1'670	571.35	76.8%	13
Grub	1'643'654.97	547'884.99	1'020	537.15	72.2%	14
Reute	1'016'644.61	338'881.54	661	512.70	68.9%	15
Wald	1'258'940.48	419'646.83	844	497.20	66.8%	16
Urnäsch	3'392'726.36	1'130'908.79	2'278	496.45	66.7%	17
Schwellbrunn	2'183'941.82	727'980.61	1'482	491.20	66.0%	18
Schönengrund	623'306.14	207'768.71	498	417.20	56.1%	19
Hundwil	1'102'265.41	367'421.80	970	378.80	50.9%	20
<b>Total</b>	<b>118'643'996.32</b>	<b>39'547'998.77</b>	<b>53'142</b>	<b>744.20</b>	<b>100.0%</b>	-



## Departement Bildung

### Volksschule

Anzahl Lernende der Gemeinden	2006	2007	2008	2009	2010
Kindergarten	1'128	1'034	980	951	918
Primarschule	4'050	3'943	3'807	3'675	3'510
Sekundarschule	2'074	2'064	1'968	1'914	1'860
<b>Total</b>	<b>7'252</b>	<b>7'041</b>	<b>6'755</b>	<b>6'540</b>	<b>6'288</b>

### Berufsbildung: Lehrvertragswesen

Anzahl Lehrverträge	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamtbestand an Lehrverträgen (31.12.)	1'202	1'285	1'310	1'386	1'392
Neu abgeschlossene Lehrverträge	492	506	546	537	563
Aufgelöste Lehrverträge	72	92	102	106	112

### Berufsbildung: Lehrabschlussprüfungen

Anzahl der Prüfungen	2006	2007	2008	2009	2010
Lernende aus Ausserrhoden	350	368	386	445	457
Lernende aus Innerrhoden	49	44	47	42	59
Lernende aus St.Gallen	46	41	46	50	50
<b>Total geprüfte Kandidaten/Kandidatinnen</b>	<b>445</b>	<b>453</b>	<b>479</b>	<b>537</b>	<b>566</b>
Total der bestandenen Prüfungen	420	422	449	506	538
Nicht bestanden (Lernende aus AR)	25	31	30	31	28

### Berufs- und Laufbahnberatung

Anzahl Ratsuchende	2006	2007	2008	2009	2010
Ratsuchende bis 15 Jahre	189	229	206	214	241
Ratsuchende 16 bis 24 Jahre	222	206	279	326	325
Ratsuchende über 24 Jahre	118	106	136	156	207
<b>Total</b>	<b>529</b>	<b>541</b>	<b>621</b>	<b>696</b>	<b>773</b>



#### Berufsbildungszentrum Herisau

Anzahl Lernende in den angebotenen Berufsausbildungen	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11
Detailhandelsassistent/-assistentin	8	24	20	24	21
Detailhandelsfachmann/-fachfrau	33	55	94	96	95
Elektroinstallateur/in	-	24	42	65	80
Elektromonteur/in	83	67	49	24	
Fachangestellte/r Gesundheit	62	68	74	83	94
Forstwart/in	46	48	45	51	48
Hauswirtschaftsjahr	21	20	18	13	12
Kaufmann/Kauffrau Profil B	-	-	-	11	22
Kaufmann/Kauffrau Profil E	135	152	146	131	117
Kaufmann/Kauffrau Profil M	70	73	84	88	92
Maurer/in	-	-	-	-	
Landwirte	-	-	22	32	32
Polymechaniker/in	93	86	86	90	90
Schreiner/in	97	100	98	92	94
Schreinerpraktiker/in	-	8	13	14	9
Zimmermann/Zimmerin	123	125	141	124	122
Brücke AR	52	67	67	80	62
<b>Total</b>	<b>823</b>	<b>917</b>	<b>999</b>	<b>1'018</b>	<b>990</b>

#### Kantonsschule Trogen

Anzahl Lernende in den angebotenen Ausbildungen	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11
Sekundarschule	191	186	167	172	181
10. Schuljahr	20	24	19	17	12
Berufsfachschule Wirtschaft	72	59	54	62	56
Fachmittelschule	35	53	64	64	64
Gymnasium	448	447	429	426	368
<b>Total</b>	<b>766</b>	<b>769</b>	<b>733</b>	<b>741</b>	<b>681</b>

#### Ausbildungs- und Studiendarlehen

Bruttoaufwand	2006	2007	2008	2009	2010
Auszahlungen	108'700	103'600	77'350	104'750	145'450
Umwandlungen von Darlehen in Stipendien	5'000	0	26'614	10'000	0
Abschreibungen	0	0	10'000	0	0
Rückzahlung von Darlehen	127'817	142'305	137'408	137'961	209'990
Ausstehende Darlehen (per 31.12.)	961'834	923'129	664'332	621'121	556'581

#### Stipendien

Bruttoaufwand	2006	2007	2008	2009	2010
Sekundarstufe II	528'550	526'700	471'140	524'650	483'700
Tertiärstufe	1'062'600	1'049'450	940'225	913'875	903'500
<b>Total</b>	<b>1'591'150</b>	<b>1'576'150</b>	<b>1'411'365</b>	<b>1'438'525</b>	<b>1'387'200</b>

#### Schulgelder für ausserkantonale Schulen Sekundarstufe II

Bruttoaufwand	2006	2007	2008	2009	2010
Ausserkantonale Berufsschulen	4'860'685	5'220'383	6'409'638	6'803'830	6'863'417
Übrige ausserkant. Schulen Sekundarstufe II	2'040'679	2'070'653	2'458'151	2'630'093	2'638'222
<b>Total</b>	<b>6'901'364</b>	<b>7'291'036</b>	<b>8'867'789</b>	<b>9'433'923</b>	<b>9'501'639</b>

#### Schulgelder und Trägerbeiträge Tertiärstufe

Bruttoaufwand	2006	2007	2008	2009	2010
Universitäten	5'859'015	5'766'875	5'351'320	5'494'318	5'908'410
Fachhochschulen	5'812'458	6'718'293	7'093'196	7'581'908	8'211'667
Übrige Schulen Tertiärstufe (insb. Fachschulen)	950'591	1'123'367	1'806'507	2'347'644	2'241'009
<b>Total</b>	<b>12'622'064</b>	<b>13'608'535</b>	<b>14'251'023</b>	<b>15'423'870</b>	<b>16'361'086</b>

## Departement Gesundheit

### Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

#### Betriebe, Leistungserbringende im Bereich des Gesundheitswesens

	2006	2007	2008	2009	2010
Heilpraktiker, Heilpraktikerin	284	289	297	264 <sup>1</sup>	254
kantonal approbierte Zahnärzte und Zahnärztinnen	52	-	-		
<b>und eidg. dipl. Zahnärzte und Zahnärztinnen</b>	31	84 <sup>2</sup>	85 <sup>2</sup>	82 <sup>2</sup>	82
Ärzte und Ärztinnen mit eigener Praxisbewilligung	98	134 <sup>3</sup>	146 <sup>3</sup>	158 <sup>3</sup>	164
Spitäler, Privatspitäler, Kliniken	9	9	9	9	9
Heime (Altersheime, Pflegeheime, Wohnheime, Werkstätten für Menschen mit Behinderung)	72	72	70	64 <sup>4</sup>	65
Tierärzte, Tierärztinnen	17	20	20	21	22
öffentliche Apotheken	5	6	6	6	6
Drogerien	10	10	10	10	10
Heilmittelschrank-Bewilligungen	9	9	9	8	8
Heilmittelherstellungs- und Grosshandelsbetriebe	29	26	24	23	20
<b>Total</b>	<b>616</b>	<b>659</b>	<b>676</b>	<b>645</b>	<b>640</b>

<sup>1</sup> Geänderte Bestandeszahlen nach Erhebungen 2009 im Zusammenhang mit der Migration der Daten in eine neue Datenbank.

<sup>2</sup> Aufgrund neuer Berechnungsgrundlagen, auch gemäss den Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt, werden die Sparten der Bewilligungen als kant. appr. und eidg. dipl. sowie gleichgestellte Zahnärztinnen/Zahnärzte in einer Rubrik zusammengefasst.

<sup>3</sup> Total der Berufsausübungsbewilligungen, eingeschlossen die Bewilligungen für Spitäler (selbstständige und eigenverantwortliche Tätigkeit) sowie Tätigkeit zulasten/nicht-zulasten der obligat. Krankenpflegeversicherung (bspw. Ausstandserklärungen); auch gemäss Bundesgesetz über die Medizinalberufe (in Kraft seit 01.09.2007).

<sup>4</sup> Neue Bestandeszahl aufgrund geänderter Berechnungsgrundlagen.

#### Inspektionen durch die Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

	2006	2007	2008	2009	2010
bei Heilpraktikern und Heilpraktikerinnen	61	32	42	27	47
bei Zahnärzten und Zahnärztinnen	7	4	4	6	4
in ärztlichen Praxen	6	4	8	7	11
bei Apotheken und Drogerien	3	11	4	13	12
weitere Praxen	14	11	12	4	8
andere Inspektionen	36	46 <sup>1</sup>	19 <sup>1</sup>	13 <sup>1</sup>	12
<b>Total</b>	<b>127</b>	<b>108</b>	<b>89</b>	<b>70</b>	<b>94</b>

<sup>1</sup> Abklärungen/Inspektionen betr. illegalen Heilmitteln, (unrechtmässigen) Inverkehrbringungen, Vertriebswegen, Abgrenzungen, Betäubungsmitteln, Berufs-Tätigkeiten, Grosshandel, Blutpräparaten, Medizinprodukten, Kliniken.



## Beratungsstelle für Suchtfragen

### Klientinnen/Klientenstatistik 2010

	2006	2007	2008	2009	2010
Kurzberatung (1 – 3 Gespräche)	61	67	84	91	104
Laufende Beratungen (mehr als 3 Gespräche)	<b>130</b>	<b>123</b>	<b>118</b>	<b>152</b>	<b>168</b>
davon Männer	88	82	73	100	106
davon Frauen	37	35	34	48	50
davon Paare	5	6	11	4	12
davon Alkohol	64	63	60	75	86
davon Cannabis	18	18	22	35	33
davon Drogen ( exkl. Cannabis)	41	34	19	30	32
davon Diverse	7	8	17 <sup>1</sup>	12 <sup>2</sup>	17 <sup>3</sup>

<sup>1</sup> Davon acht Rauchstoppperatungen.

<sup>2</sup> Davon sechs Rauchstoppperatungen.

<sup>3</sup> Davon vier Rauchstoppperatungen.

## Kantonstierarzt

### Inspektion Betriebs- und Schlachthygiene

Bewilligte Schlachtbetriebe					Inspektionen					Beanstandungen				
2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009	2010
12	12	12	12	11	3	15	6	7	4	17	55	33	45	38

## Fleischuntersuchungen

Tierart	Normalschlachtung geschlachtete Tiere					Notschlachtung geschlachtete Tiere					Total geschlachtete Tiere				
	2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009	2010
Kühe/Rinder bis 2009: > 6 Monate	429	397	385	282		164	121	134	120		593	518	519	402	
ab 2010: > 6 Wochen					634					151					785
Kälber bis 2009: < 6 Monate	485	451	395	324		40	36	23	30		525	487	418	354	
ab 2010: < 6 Wochen					10					3					13
Schafe	702	682	487	461	402	13	5	8	3	4	715	687	495	464	406
Ziegen	244	428	345	176	196	0	0	0	0	1	244	428	345	176	197
Schweine	3111	2773	2675	2137	2198	21	26	15	5	6	3132	2799	2690	2142	2204
Pferde	1	2	3	0	3	0	0	1	0	1	1	2	4	0	4
Lamas, Alpakas	0	2	1	2	0	0	0	0	0	0	0	2	1	2	0
<b>Total</b>	<b>4'972</b>	<b>4'735</b>	<b>4'291</b>	<b>3'382</b>	<b>3'443</b>	<b>238</b>	<b>188</b>	<b>181</b>	<b>158</b>	<b>166</b>	<b>5'210</b>	<b>4'923</b>	<b>4'472</b>	<b>3'540</b>	<b>3'609</b>

## Rückstandsuntersuchung

	Anzahl Kontrollen					Anzahl Beanstandungen				
	2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009	2010
Rückstands US Stichproben Milch	21	4	9	24	10	0	0	0	1	10
Stichproben Fleisch					10					1
Rückstands US bei Verdacht Fleisch	134	99	80	66	66	1	5	3	0	3
Fremdstoff US Masttiere lebend	19	18	5	5	12	0	0	0	1	0



Kantonsärztlicher Dienst

Kostengutsprachengesuche

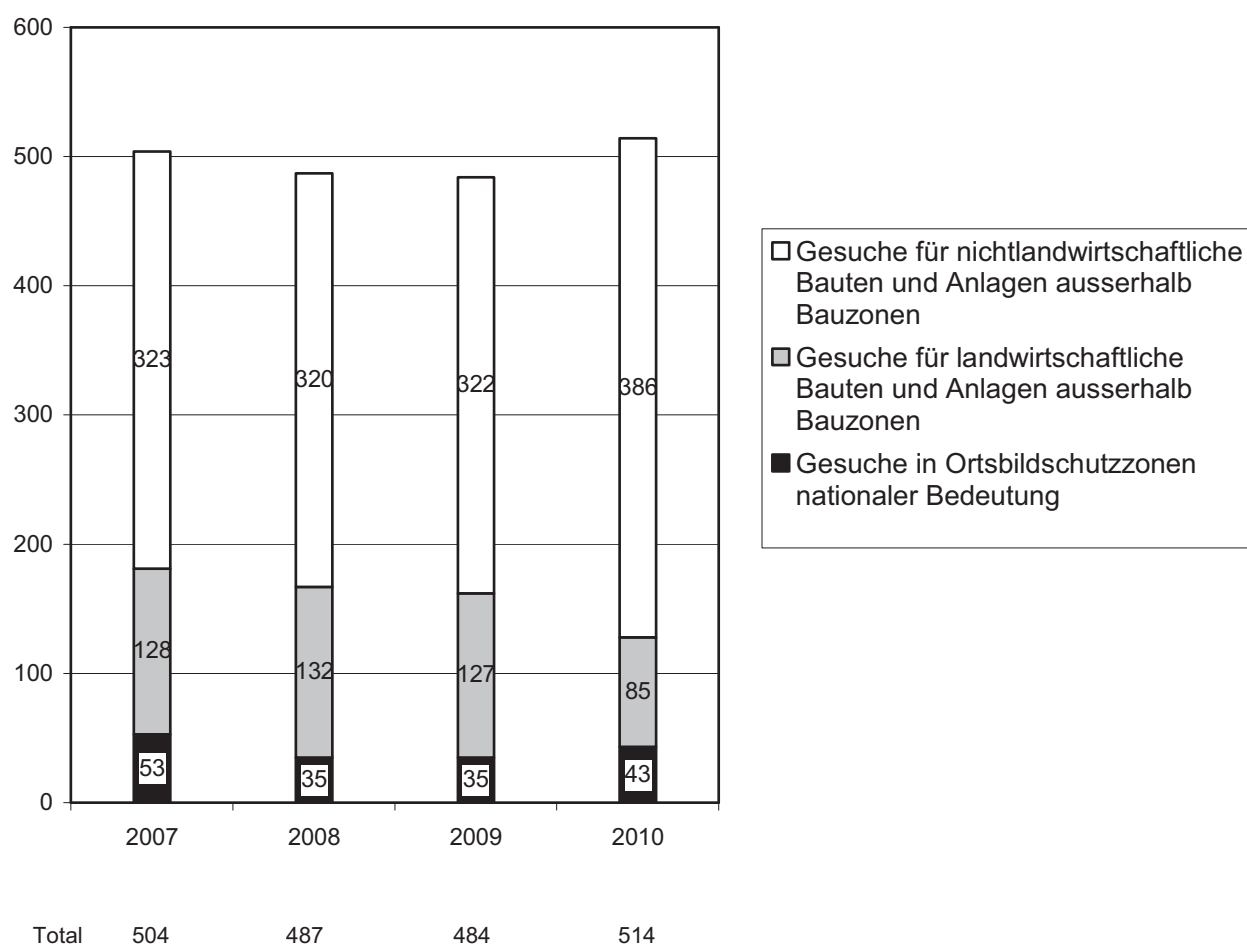
	2006	2007	2008	2009	2010
Bewilligte Gesuche	1'461	1'603	1'733	1'547	1'554
Abgelehnte Gesuche	617	634	651	564	441
<b>Total Gesuche</b>	<b>2'078</b>	<b>2'237</b>	<b>2'384</b>	<b>2'111</b>	<b>1'995</b>

Gründe für Abnahme 2008–2009: Erfassung im eKOGU führte zu weniger Doppelerfassungen.

## Departement Bau und Umwelt

Planungsamt

Bearbeitete Baugesuche 2007-2010 (absolut)



Übersicht über den Stand der Erschliessung gem. Art. 21 RPV (alle Bauzonen)  
per 31.12.2010

Gemeinde	Nicht erschlossen		Teilweise erschlossen		Innert 5 Jahren baureif		Voll erschlossen und baureif		Überbaut bzw. weitgehend überbaut		Gesamtfläche Bauzone
	Aren	%	Aren	%	Aren	%	Aren	%	Aren	%	
Urnäsch	0	0.0%	410	6.5%	4	0.1%	593	9.5%	5254	83.9%	6'260
Herrisau	555	1.5%	126	0.3%	1'016	2.7%	2'269	5.9%	34'178	89.6%	38'144
Schwellbrunn	66	1.7%	144	3.7%	220	5.6%	286	7.3%	3'208	81.8%	3'924
Hundwil	126	6.2%	115	5.7%	0	0.0%	90	4.5%	1'692	83.6%	2'024
Stein	0	0.0%	213	7.1%	20	0.7%	294	9.8%	2'467	82.4%	2'994
Schönengrund	92	6.3%	5	0.4%	203	13.8%	73	5.0%	1'097	74.6%	1'471
Waldstatt	83	1.5%	6	0.1%	74	1.4%	351	6.5%	4'862	90.4%	5'377
Teufen	106	0.6%	690	4.2%	260	1.6%	1'681	10.1%	13'849	83.5%	16'585
Bühler	341	6.2%	388	7.1%	0	0.0%	137	2.5%	4'609	84.2%	5'474
Gais	35	0.0%	0	0.0%	243	2.9%	1'100	13.1%	7'045	83.6%	8'423
Spelcher	51	0.4%	0	0.0%	213	1.8%	683	5.9%	10'586	91.8%	11'533
Trogen	0	0.0%	72	1.2%	291	4.8%	681	11.3%	4'996	82.7%	6'040
Rehetobel	50	1.2%	31	0.7%	71	1.7%	409	9.8%	3'605	86.5%	4'166
Wald	0	0.0%	129	5.8%	190	8.5%	243	10.9%	1'677	74.9%	2'240
Grub	277	10.6%	40	1.5%	60	2.3%	127	4.9%	2'102	80.7%	2'606
Heiden	120	1.0%	161	1.3%	883	7.2%	1'113	9.1%	9'998	81.5%	12'275
Wolfhalden	260	5.3%	150	3.1%	123	2.5%	424	8.7%	3'906	80.3%	4'863
Lutzenberg	186	3.8%	56	1.1%	87	1.8%	363	7.3%	4'271	86.1%	4'963
Walzenhausen	201	2.9%	402	5.8%	65	0.9%	797	11.5%	5'481	78.9%	6'946
Reute	49	2.6%	122	6.5%	0	0.0%	282	14.9%	1'435	76.0%	1'887
<b>Gesamttotal</b>	<b>2'598</b>	<b>1.8%</b>	<b>3'259</b>	<b>2.2%</b>	<b>4'021</b>	<b>2.7%</b>	<b>11'996</b>	<b>8.1%</b>	<b>126'318</b>	<b>85.2%</b>	<b>148'192</b>



Hochbauamt

Tabelle der offenen Investitionskredite (Stand Ende 2010)

Objekt	KV resp. Kredit	Bewilligungsinstanz	bew. Kredit	indexierter KV (inkl. Nachträge)	Mutmassliche Abrechnung
<b>Herisau, Umnutzung Zeughaus</b> Projektierungs-, Bau- und Zusatzkredite für Umnutzung, Landerwerb, zusätzl. Parkplätze + Verbreiterung Annex	20'110'000	RR/VR KR	X X	20'110'000	20'110'000
<b>Herisau, Kantonale Notrufzentrale KNZ</b> Nachtragskredit Planung Ausführungskredit	190'000 2'700'000	RR RR	X	190'000	190'000
<b>Kantonsschule Trogen</b> Optimierung und Erneuerung Mensa im Konviktsgebäude Planungs- und Baukredite	7'230'000	KR/RR	X	7'230'000	7'230'000
<b>Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden PZA</b> Planung Möglichkeiten der Landreserve Retention, Kanalisation, Beleuchtung Fernwärmerversorgung, Umgebungsbeleuchtung Arealentwicklung	160'000 250'000 500'000 105'000	RR RR RR RR	X X X X	160'000 250'000 500'000 105'000	160'000 250'000 500'000 105'000
<b>Rahmenkredit Optimierung + Erneuerung</b> Erschliessungssystem/Parkierung	<b>39'500'000</b> 4'300'000	VA RR	X		
Haus I	9'000'000	RR	X	9'885'281	9'686'151
Haus III	6'000'000	RR	X	0	offen
Haus IV	6'100'000	RR	X	6'756'192	6'334'005
Haus V	1'855'000	RR	X	0	offen
Haus VI	3'350'000	RR	X	0	offen
Haus VIII	3'850'000	RR	X	4'251'770	4'251'770
Haus IX	2'450'000	RR	X	0	offen
Haus XIII (Beiträge berücksichtigt)	2'000'000	RR	X	2'209'896	◊ 1'893'908
<b>Fünfeckpalast Trogen</b> Umgebung/Diverses (Anteil 4. Etappe Umgebung)	1'097'000	KR	X	1'097'000	1'097'000
<b>Spital Herisau</b> Erneuerung MSR-System, a.o. Unterhalt, Plan-Digitalisierung Erneuerung MSR-System 2. Etappe, a.o. Unterhalt Erneuerung Notstromanlage, a.o. Unterhalt Zentral-Sterilisation Planungs- und Baukredite	380'000 1'050'000 800'000 2'610'000	RR RR RR KR/RR	X X X X	380'000 1'050'000 800'000 2'610'000	380'000 1'050'000 800'000 2'610'000
<b>Spital Heiden</b> Trafo und Erneuerung MSR-System Parkplatz-Erweiterung Erneuerung Kältemaschine OP, a.o. Unterhalt Ambulatorium Planungskredit	250'000 150'000 700'000 200'000	RR RR RR RR	X X X X	250'000 150'000 700'000 200'000	◊ 258'917 ◊ 125'249 700'000 200'000
<b>Strafanstalt Gmünd, Niederteufen</b> Erneuerung Wärmeenerzeugung Verbesserung Lagerhaltung Verstärkung Strasse und Plätze	<b>1'280'000</b> 470'000 550'000 260'000	RR RR RR	X X X	471'880 552'200 261'040	471'880 552'200 261'040
<b>Teufen, Indoor-Schiesssport-Zentrum * Baubeitrag</b>	140'000	RR	X	140'000	140'000
<b>Heiden, Freihof/Polizeiposten</b> Umnutzung/Erweiterung	320'000	RR	X	320'000	320'000

Legende zur Tabelle der offenen Investitionskredite

\* = kein kantonales Bauvorhaben      RR = Regierungsrat      VA = Volksabstimmung  
◊ = definitiv abgerechnet      KR = Kantonsrat



## Bestand der durch das Hochbauamt verwalteten Liegenschaften

Kantonseigene und Pensionskassen Liegenschaften		Anzahl Gebäude, Grundstücke	Anzahl Wohnungen, Büros, Gewerbe	Anzahl Mietende	Anzahl Pachten	Assekuranz Neuwert in Fr. 31.12.2009
Verwaltungsvermögen	Grundstücke mit Gebäude	80	116	114		113'308'500
	Grundstücke ohne Gebäude	5				
	Spitäler, Anstalten, Schulen	52				235'242'700
Finanzvermögen allgemein	Grundstücke mit Gebäude	35	107	96	2	49'902'600
	Grundstücke ohne Gebäude	8			5	
Finanzvermögen vorsorglicher Erwerb	Grundstücke mit Gebäude	13	25	25		7'962'300
	Grundstücke ohne Gebäude	28			10	
Pensionskasse von Appenzell Ausserrhodon	Grundstücke mit Gebäude	28	146	146		54'986'600
	Grundstücke ohne Gebäude	4				
Stiftungen	Grundstücke mit Gebäude	12	9	6	10	5'370'200
<b>Bestand 31.12.2010</b>		<b>265</b>	<b>403</b>	<b>387</b>	<b>27</b>	<b>466'772'900</b>
Bestand 31.12.2009		268*	404	387	25	452'537'894
* Abgänge: Alpen Grossbetten, Grossbalmen, Böheii						
Zugemietete Liegenschaften/Objekte		Anzahl Verträge	Anzahl Objekte (vermietbare Einheiten)	Nettomieten	Fr. pro Jahr	
Büroräume, Wohnungen		17	75			1'436'719
	Archive, Lager	2	29			
	Parkplätze	2	21			
Gewerbliche Objekte		8	8			161'755
	Parkplätze		10			
Polizeiposten		3	3			49'646
	Archive, Lager		3			
	Parkplätze	2	9			
Garagen und Einstellplätze		2	65			108'720
<b>Bestand 31.12.2010</b>		<b>36</b>	<b>223</b>			<b>1'756'840</b>
Bestand 31.12.2009		36	224*			1'719'816
* Abgang: PP Polizei Poststrasse						
<b>Parkplatzbewirtschaftung</b>						
Ingesamt werden 242 Parkplätze für die kantonale Verwaltung durch das Hochbauamt bewirtschaftet.						

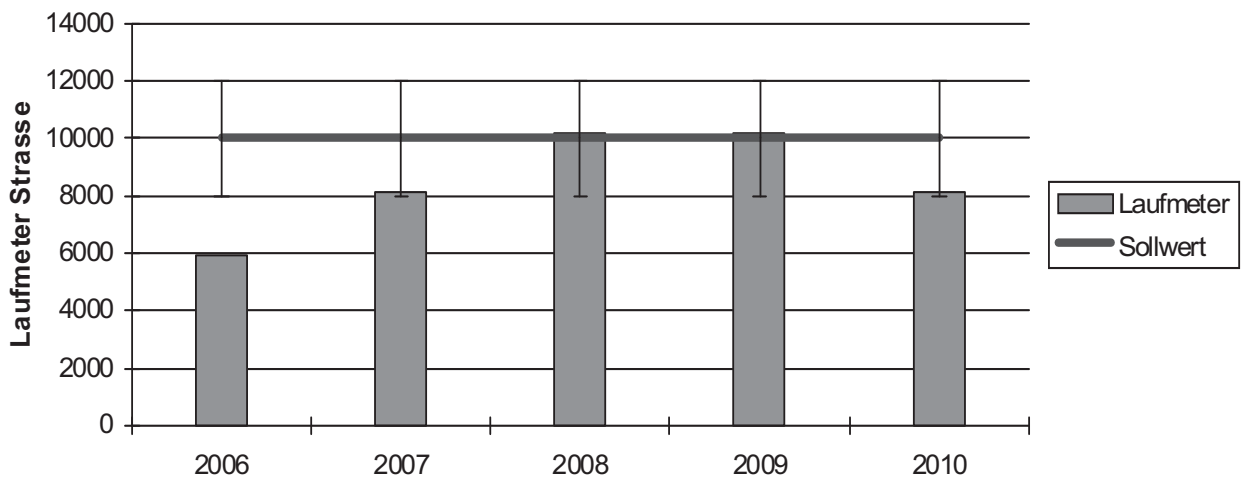
## Renditeliegenschaften im Finanzvermögen in Fr.

Name	Ort	Buchwert 01.01.2010	Nettomietzins- Solleinnahme pro Jahr	Bruttorendite bezogen auf Buchwert
Grüt 160	Bühler	830'000	58'100	7.0000
Dorfplatz 5	Gais	1'868'700	130'440	6.9803
Hinterbissastrasse 68	Heiden	306'900	21'480	6.9990
Kirchplatz 4	Heiden	3'241'800	226'156	6.9762
Alpsteinstrasse 26B	Herisau	184'000	21'720	11.8043
Alpsteinstrasse 26C	Herisau	318'900	22'320	6.9991
Alpsteinstrasse 30/32	Herisau	402'900	30'240	7.5056
Degersheimerstrasse 3	Herisau	253'700	17'760	7.0004
Spitalstrasse 4/Buchenstrasse 10	Herisau	300'900	21'060	6.9990
Rosenaustrasse 7	Herisau	312'000	21'840	7.0000
Huebstrasse 40A	Herisau	336'900	24'540	7.2841
Huebstrasse 40B	Herisau	154'300	10'800	6.9994
Huebstrasse 49	Herisau	310'500	21'732	6.9990
Industriestrasse 1	Herisau	584'600	40'920	6.9997
Industriestrasse 3	Herisau	451'700	47'160	10.4406
Krombach 1	Herisau	357'400	25'020	7.0006
Krombach 2	Herisau	221'100	15'480	7.0014
Huebstrasse 34	Herisau	379'300	26'549	6.9995
Kreuzstrasse 22	Herisau	1'790'900	153'600	8.5767
Schlossstrasse 5	Herisau	587'100	42'000	7.1538
Schlossstrasse 14	Herisau	108'900	7'620	6.9972
Dorf 4	Hundwil	141'800	9'924	6.9986
Gmünden auf GB Nr. 1109	Niederteufen	391'900	27'436	7.0008
Gmünden 1191	Niederteufen	360'000	25'200	7.0000
St. Gallerstrasse 11	Rehetobel	1'003'000	70'212	7.0002
Zaun 55	Speicher	2'307'300	161'436	6.9967
Ebni 4	Teufen	1'854'400	138'132	7.4489
Dorf 1666	Urnäsch	479'000	34'752	7.2551
Mooshaldenstr. 26 (vormals 30)	Waldstatt	109'700	8'370	7.6299
Herisauerstr. 36 / Mooshalden 3 auf GB Nr. 626	Waldstatt	10'000	700	7.0000
Mooshalden 541 auf GB Nr. 09	Waldstatt	68'600	4'800	6.9971
Dorf 104	Walzenhausen	1'093'800	92'976	8.5003
Industriestrasse 15	Herisau	451'750	10'200	2.2579
<b>Total</b>		<b>21'573'750</b>	<b>1'570'675</b>	<b>7.2805</b>
		Buchwert	Buchwert	
Miteigentum		01.01.2010	01.01.2011	
MEG Gutenbergzentrum (2/12 Anteile)		4'450'000	4'450'000	
MEG Café Würzer (2/12 Anteile)		181'500	211'500	
MEG Gutenbergstr. 2 (neu 2/12 Anteile)		123'300	143'800	
<b>Total</b>		<b>4'754'800</b>	<b>4'805'300</b>	

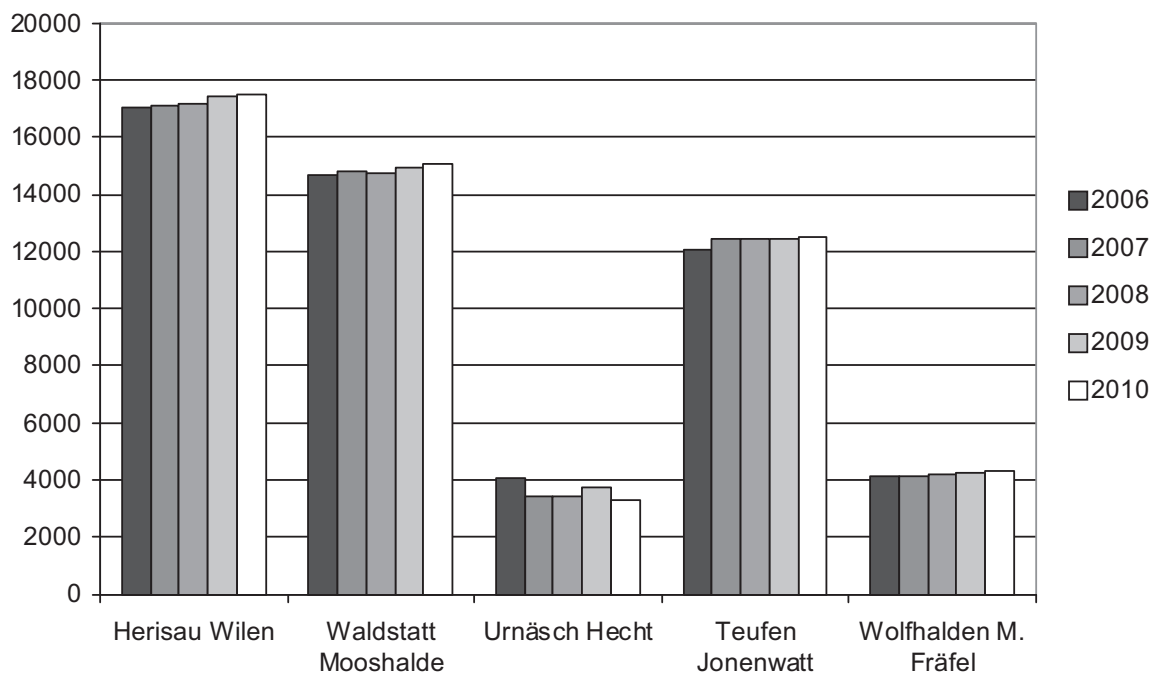


Tiefbauamt

Staatsstrassennetz  
Erneuerungsstatistik



Automatische Verkehrserhebungen der stationären Anlagen  
Durchschnittlicher täglicher Verkehr (DTV)



Amt für Umwelt

Förderprogramm Energie: Ausbezahlte Beiträge in Fr.

	2006	2007	2008	2009	2010
Thermische Solaranlagen	50'223	75'273	60'314	144'089	164'306
Photovoltaik-Anlagen	0	0	0	77'235	128'340
Holzfeuerungen	137'090	381'000	106'000	169'850	96'000
Wärmenetzanschlüsse	7'950	38'800	190'400	45'600	134'000
Erdsonden-Wärmepumpen	0	0	0	0	62'500
Minergie-Gebäude	28'369	166'112	37'404	117'948	113'330
Gebäudehüllen-Sanierung	0	10'287	29'427	100'690	344'698
Diverse Massnahmen	0	0	0	23'500	28'600
<b>Total</b>	<b>223'632</b>	<b>671'472</b>	<b>423'545</b>	<b>678'912</b>	<b>1'071'774</b>
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	0	0	0	0	252'940

Förderprogramm Energie: Geförderte Anlagen / Massnahmen

	2006	2007	2008	2009	2010
Thermische Solaranlagen	25	38	31	73	81
Photovoltaik-Anlagen	0	0	0	13	16
Holzfeuerungen	25	25	20	35	20
Wärmenetzanschlüsse	6	12	61	22	42
Erdsonden-Wärmepumpen	0	0	0	0	15
Minergie-Gebäude	4	15	7	18	14
Gebäudehüllen-Sanierung	0	1	5	19	39
Diverse Massnahmen	0	0	0	5	17
<b>Total</b>	<b>61</b>	<b>92</b>	<b>124</b>	<b>185</b>	<b>244</b>
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	0	0	0	0	70 <sup>1</sup>

<sup>1</sup> Antragstellung ist seit dem 1. Januar 2010 möglich.



## Departement Volks- und Landwirtschaft

Arbeitsamt/Arbeitslosenkasse

Auszahlung Arbeitslosenentschädigung

	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Arbeitslosen- entschädigung</b>	18'112'952.35	13'990'173.20	11'830'584.00	19'082'726.80	22'795'117.55
<b>Kurzarbeits- entschädigung</b>	793'762.30	187'487.35	32'265.60	10'409'309.90	3'841'830.15
<b>Schlechtwetter- entschädigung</b>	552'983.00	43'045.90	85'472.15	450'091.90	330'222.80
<b>Insolvenz- entschädigung</b>	142'025.35	122'978.45	169'381.05	80'470.80	221'304.85
<b>Präventiv- massnahmen</b>	678'376.30	550'161.85	433'566.05	467'639.55	678'049.10
<b>Total</b>	<b>20'280'099.30</b>	<b>14'893'846.75</b>	<b>12'551'268.85</b>	<b>30'490'238.95</b>	<b>27'866'524.45</b>

Von Kurzarbeit betroffene Arbeitnehmer

Monate	2006	2007	2008	2009	2010
Januar	169	80	1	318	767
Februar	156	72	1	553	690
März	159	66	0	757	390
April	82	0	0	1231	216
Mai	2	0	0	1119	280
Juni	0	0	0	1266	259
Juli	0	0	0	523	54
August	0	0	0	704	60
September	0	0	0	972	62
Oktober	0	0	0	854	68
November	0	1	29	748	67
Dezember	0	3	117	676	92
<b>Total</b>	<b>574</b>	<b>222</b>	<b>148</b>	<b>9721</b>	<b>3005</b>

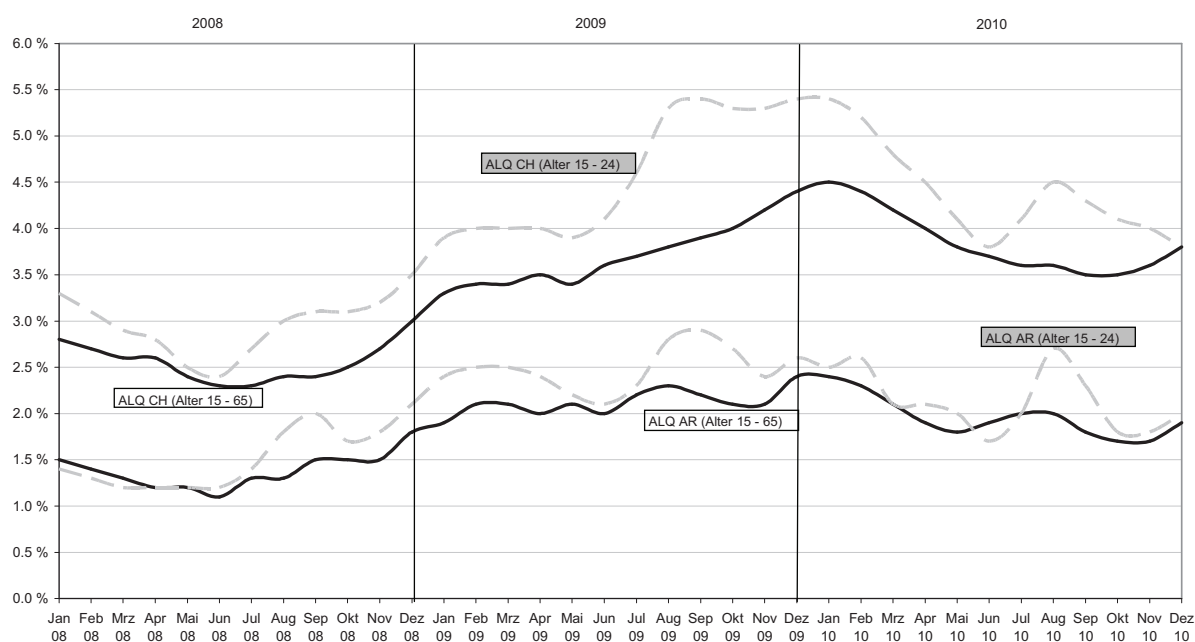
## RAV-Statistik

	2006	2007	2008	2009	2010
Durchschnittliche Zahl der Stellensuchenden (STESU)	792	633	570	884	972
Durchschnittliche Arbeitslosenquote in Prozenten	1.9	1.5	1.4	2.1	2.0
Personalbestand RAV (Durchschnitt in 100%-Stellen)	8.6	8.4	7.9	9.8	11.9
Vermittelte Dauerstellen	140	87	86	75	104
Vermittelte Aushilfsstellen/Zwischenverdienste	177	161	114	92	117
Verfügte arbeitsmarktliche Massnahmen	504	412	323	450 <sup>1</sup>	661
Stellenmeldungen	293	307	378	357	500
Durchschnittliche Bezugstage bis Abmeldung je STESU	174	164	146	140	169
Neu ausgesteuerte Personen	141	104	87	86	111 <sup>2</sup>

<sup>1</sup> Aufgrund eines Systemwechsels beim Bund nur Schätzwert möglich.

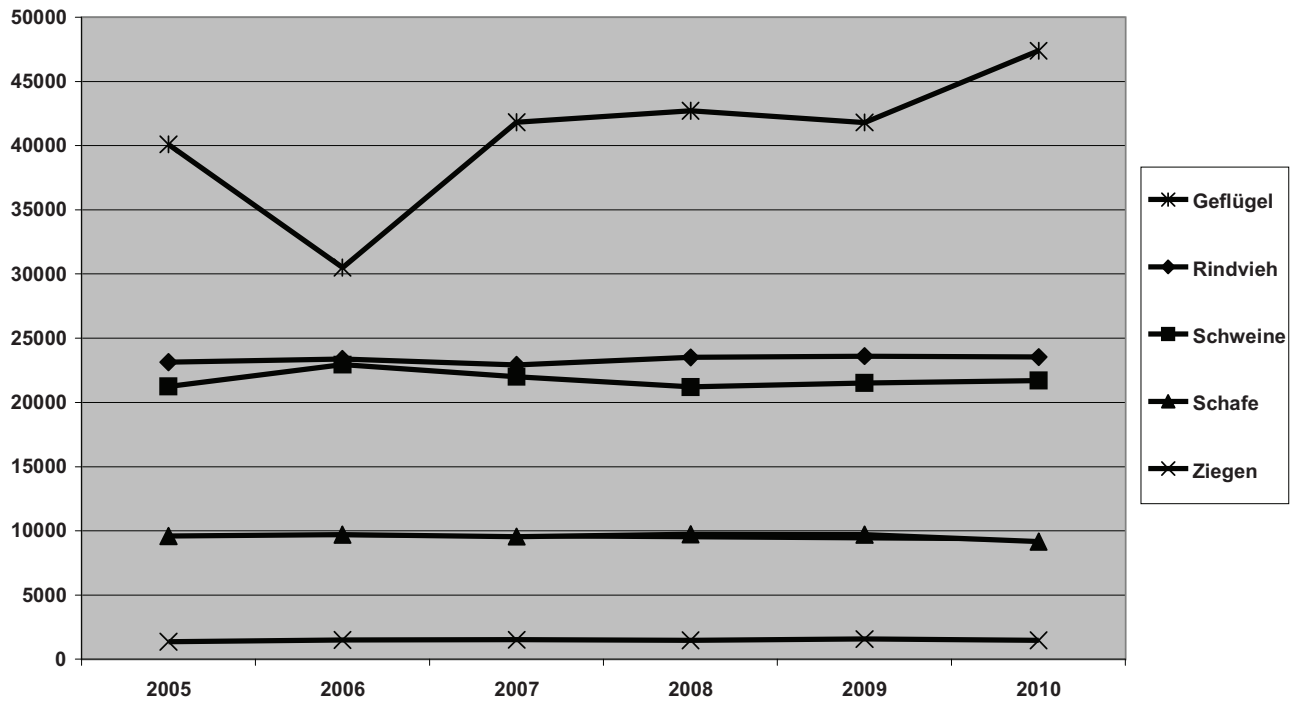
<sup>2</sup> Provisorischer Wert (definitiver Wert jeweils erst Ende April vorliegend).

## Entwicklung Arbeitslosenquoten (ALQ)



Landwirtschaftsamt

Entwicklung der Tierbestände





## Departement Sicherheit und Justiz

Strassenverkehrsamt

Fahrzeugbestände

In Verkehr per 30.9.	1995	2000	2007	2008	2009	2010
<b>Motorfahrzeuge:</b>						
Personenwagen	23'130	24'732	27'059	27'852	28'574	28'824
Gesellschaftswagen/Kleinbus	104	105	133	127	125	120
Last-/Lieferwagen	1'962	1'988	2'127	2'215	2'299	2'355
Motorkarren/Traktoren/ Arbeitsfahrzeuge	542	429	494	496	508	511
Kleinmotorfahrzeuge	0	18	100	114	127	132
Motorräder	2'646	3'301	4'357	4'685	4'789	4'799
Kleinmotorräder	245	625	534	423	380	366
Anhänger	2'319	2'725	3'104	3'199	3'267	3'311
Landw. Fahrzeuge	2'093	2'280	2'280	2'317	2'304	2'313
<b>Total</b>	<b>33'041</b>	<b>36'203</b>	<b>40'188</b>	<b>41'428</b>	<b>42'373</b>	<b>42'731</b>
Veränderung in %		9.56	11.0	3.09	2.28	0.85



#### Kantonspolizei

Kriminalpolizei	2006	2007	2008	2009	2010
Diebstahl	332	439	540	430	404
- davon Einbruchdiebstahl	64	119	291	150	140
Fahrzeugdiebstahl	200	180	200	187	119
- davon Personenwagendiebstahl	4	3	9	12	1

Verkehrspolizei	2006	2007	2008	2009	2010
Verkehrsunfälle	350	339	303	316	334
- davon Selbstunfälle	147	113	128	119	123
Verletzte Personen	170	153	143	141	157
Tödlich verletzte Personen	1	3	3	2	2

Regionalpolizei	2006	2007	2008	2009	2010
Polizeiliche Führungsberichte	343	343	182	229	218
Zuführungen an Betreibungsämter	498	498	442	429	400
Vorhalte wegen SVG-Uebertretungen	2'173	2'173	3'071	1'951	1'509

Jagdverwaltung	2006	2007	2008	2009	2010
Niederjagdpatente	139	133	139	141	143
Hochjagdpatente	45	46	47	53	49
Jagdstraffälle	9	7	8	3	5
Abschusszahlen Jäger u. Wildhüter					
Schwarzwild	1	1	0	0	0
Rotwild (Hirsche)	18	18	23	27	29
Gamswild	23	18	15	5	9
Rehwild	434	399	400	390	423

## Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

	2008	2009	2010
<b>Rekrutenaushebung</b>			
Stellungspflichtige	346	482	378
- davon diensttauglich	243	352	283
- davon schutzdiensttauglich	47	56	49
- untauglich	43	54	40
- zurückgestellt	13	18	6
- in Prozent der Beurteilten tauglich	70.85	73	74
<b>Schiesswesen ausser Dienst</b>			
Bundesprogramm 300 m	2001	1850	1729
Bundesprogramm 50 m / 25 m	160	154	152
Feldschiessen 300 m	1082	1087	958
Feldschiessen 50 m / 25 m	213	193	193
Jungschützen	132	103	98
Wegen Versäumnis der Schiesspflicht 2009 mussten disziplinarisch bestraft werden	113	75	93
<b>Kontrollführung</b>			
Stammkontrollbestand der im Kanton meldepflichtigen Arme- und Zivilschutzangehörigen	4542	4624	4173
Entlassungen aus der Wehrpflicht (Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten)	159	175	160
<b>Wehrpflichtersatzabgabe</b>			
Ersatzpflichtige	1491	1496	1336
Rohertag des Bundes (80%) in 1000 Franken	613	789	716
Rohertag des Kantons (20%) in 1000 Franken	153	197	179
<b>Zivilschutz</b>			
Belüftete Schutzraumplätze	55'710	55'730	55780
- Zivilschutzeinsätze zu Gunsten der Gemeinschaft	33	53	41
- Geleistete Dienstage	3525	4385	4003
- Belegungstage Ausbildungszentrum Teufen	246	251	250
- Betreuungseinsätze Care-Team AR/AI	17	13	9



## Departement Inneres und Kultur

Bevölkerung des Kantons Appenzell Ausserrhoden. 1980, 1990, 2000, 2006-2010

Stand jeweils 1. Januar; Quelle: Bundesamt für Statistik, Sektion Demografie und Migration, ehemals Sektion Bevölkerungsentwicklung; 1980: Volkszählung vom 1. Dezember 1980; 1990: Volkszählung vom 4. Dezember 1990; 2000: Volkszählung vom 5. Dezember 2000.

Kanton	1980	1990	2000	2006	2007	2008	2009	2010
Bezirke								
Gemeinden								
Appenzell A.Rh.	47'611	52'229	53'504	52'561	52'509	52'654	53'054	53'043
Urnäsch	2'258	2'431	2'336	2'282	2'243	2'297	2'259	2'230
Herisau	14'160	15'624	15'882	15'245	15'205	15'282	15'450	15'426
Schwellbrunn	1'142	1'438	1'468	1'455	1'426	1'428	1'466	1'453
Hundwil	943	1'035	1'038	997	987	983	983	990
Stein	1'198	1'314	1'355	1'330	1'323	1'336	1'346	1'348
Schönengrund	404	434	459	471	457	469	478	486
Waldstatt	1'440	1'529	1'710	1'720	1'737	1'747	1'750	1'751
Hinterland	21'545	23'805	24'248	23'500	23'378	23'542	23'732	23'684
Teufen	5'027	5'252	5'535	5'622	5'693	5'696	5'757	5'810
Bühler	1'640	1'628	1'598	1'646	1'644	1'628	1'640	1'654
Gais	2'388	2'662	2'770	2'846	2'826	2'885	2'963	3'017
Speicher	3'484	3'789	3'853	3'921	3'927	3'953	3'984	4'013
Trogen	1'853	2'042	1'867	1'751	1'790	1'693	1'680	1'706
Mittelland	14'392	15'373	15'623	15'786	15'880	15'855	16'024	16'200
Rehetobel	1'416	1'688	1'742	1'707	1'685	1'674	1'670	1'676
Wald	695	851	881	874	860	875	854	836
Grub	833	1'019	1'038	1'003	1'001	1'007	1'011	1'006
Heiden	3'620	3'885	4'063	3'993	4'029	4'050	4'080	4'023
Wolfhalden	1'632	1'713	1'689	1'713	1'728	1'708	1'717	1'701
Lutzenberg	880	1'083	1'323	1'222	1'213	1'220	1'237	1'237
Walzenhausen	2'004	2'152	2'181	2'064	2'058	2'041	2'051	2'015
Reute	594	660	716	699	677	682	678	665
Vorderland	11'674	13'051	13'633	13'275	13'251	13'257	13'298	13'159

Amt für Asyl und Integration

Entwicklung der anwesenden Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen (Stand: 31.12.2010)

	Asylsuchende		Vorl. Aufgenommene		Total anwesend		
	31.12.09	31.12.10	31.12.09	31.12.10	31.12.09	31.12.10	Differenz
Unterbringung Kanton							
Ordentliche Asylstrukturen <sup>1</sup>	39	38	7	2	46	40	- 6
Nothilfestruktur	4	3	0	0	4	3	- 1
Beratungsstelle für Flüchtlinge	1	1	18 <sup>2</sup>	0	19	1	- 18
<b>Total zentrale Unterbringung</b>	<b>44</b>	<b>42</b>	<b>25</b>	<b>2</b>	<b>69</b>	<b>44</b>	<b>- 25</b>
Unterbringung Wohnbevöl Gemeinden kerung							
Urnäsch 2'278	6	4	3	3	9	7	- 2
Herisau 15'279	15	3	27	30	42	33	- 9
Schwellbrunn 1'482	4	5	0	0	4	5	+ 1
Hundwil 970	0	1	7	7	7	8	+ 1
Stein 1'363	5	4	0	1	5	5	0
Schönengrund 498	3	0	0	0	3	0	- 3
Waldstatt 1'781	4	1	1	3	5	4	- 1
Teufen 5'763	13	10	1	1	14	11	- 3
Bühler 1'670	6	5	1	3	7	8	+ 1
Gais 3'070	5	3	3	5	8	8	0
Speicher 4'035	4	9	4	4	8	13	+ 5
Trogen 1'695	7	2	2	2	9	4	- 5
Rehetobel 1'698	0	0	8	4	8	4	- 4
Wald 844	2	1	6	7	8	8	0
Grub 1'020	3	2	0	0	3	2	- 1
Heiden 4'001	9	10	0	2	9	12	+ 3
Wolffhalden 1'707	4	0	0	0	4	0	- 4
Lutzenberg 1'255	0	0	2	2	2	2	0
Walzenhausen 2'072	8	8	0	0	8	8	0
Reute 661	2	2	0	1	2	3	+ 1
<b>Total Gemeinden 53'142</b>	<b>100</b>	<b>70</b>	<b>65</b>	<b>75</b>	<b>165</b>	<b>145</b>	<b>- 20</b>
<b>Total Kanton</b>	<b>144</b>	<b>112</b>	<b>90</b>	<b>77</b>	<b>234</b>	<b>189</b>	<b>- 45</b>

<sup>1</sup> Durchgangszentrum Alpenblick (bis 31.10.2010), Zentrum für Asylsuchende Landegg (ab 01.11.2010) und weitere (Hafffälle, spezielle Platzierungen).

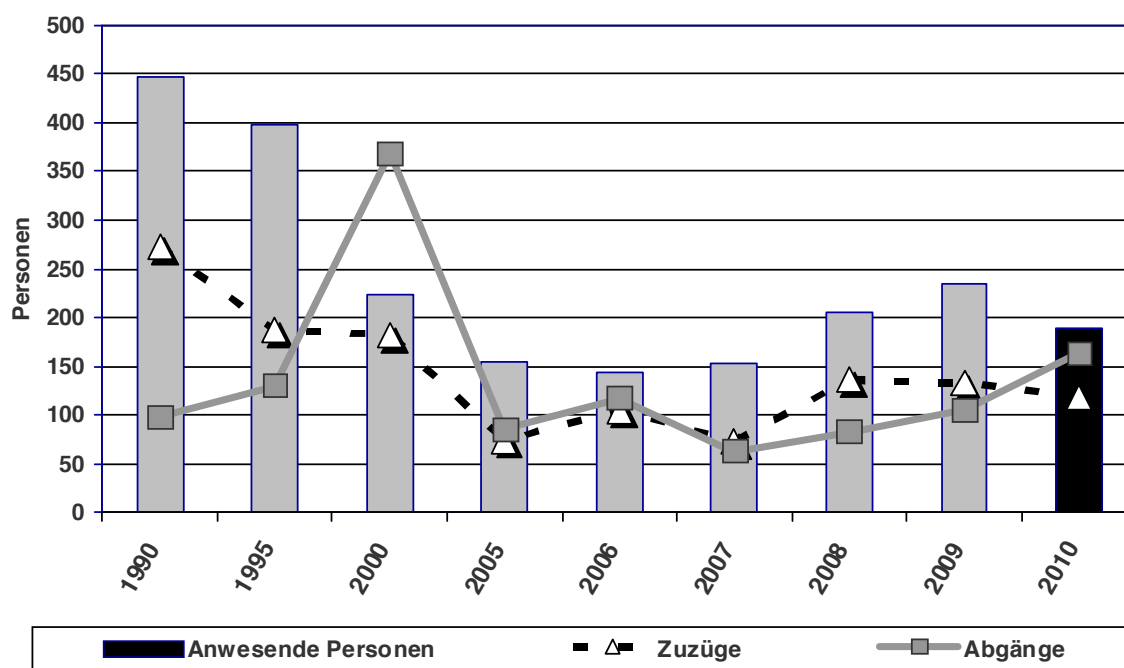
<sup>2</sup> Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge, weshalb sie der Asylstatistik ab 2010 entnommen werden.



Entwicklung Zuweisungen - Verfahrensabschlüsse 2005-2010 (Personen)  
 Amt für Asly und Integration

Stichtag / Veränderung	2006	2007	2008	2009	2010
Anwesend am 1. Januar	155	143	153	206	234
<u>Zugänge</u>					
Bundes-Zuweisungen	72	60	111	101	93
Zuzüge aus anderen Kantonen	1	0	1	3	1
Geburten	2	2	0	8	2
Vorläufige Aufnahmen:					
- aus Asylgesuchsablehnungen	30	11	24	21	22
- aus anderen Gründen	0	0	0	0	0
<b>Total Zugänge</b>	<b>105</b>	<b>73</b>	<b>136</b>	<b>133</b>	<b>118</b>
<u>Erledigungen</u>					
Wegzug in anderen Kanton	1	2	2	3	2
Kontrollierte Ausreise	6	4	3	8	13
Ausschaffungen	9	6	4	15	16
Abreise nach unbekannt	31	7	19	17	40
Erteilung humanitäre Bewilligung	9	10	11	16	7
Erteilung andere Bewilligungen	3	6	2	5	4
Anerkennung als Flüchtling	28	17	18	20	32
. Nachführung bereits vorläufig aufgenommene Flüchtlinge					27
Aus Asylverfahren:					
- vorläufige Aufnahme	30	11	24	21	22
<b>Total Erledigungen</b>	<b>117</b>	<b>63</b>	<b>83</b>	<b>105</b>	<b>163</b>
Anwesend am 31. Dezember	143	153	206	234	189

Entwicklung Anzahl Asylsuchende und vorläufige Aufgenommene<sup>1</sup>  
ohne vorläufig aufgenommene Flüchtlinge



<sup>1</sup> Vorläufig Aufgenommene erst ab 1992.

Amt für Kultur

Entwicklung Beitragsgesuche, Beiträge und Stellungnahmen in der Denkmalpflege

	2006	2007	2008	2009	2010
Beitragsgesuche	59	71	58	61	60
Beitrag Kanton	362'534	401'016	571'831	1'297'413	664'330
Beitrag Bund	292'094	193'340	84'461	442'908	172'364
Beitrag Gemeinde	345'156	521'993	679'090	1'106'474	709'848
<b>Total</b>	<b>999'784</b>	<b>1'116'349</b>	<b>1'335'382</b>	<b>2'846'795</b>	<b>1'546'542</b>
Stellungnahmen Baugesuche, Revisionen	102	111	188	113	158 <sup>1</sup>

<sup>1</sup> Zehn Stellungnahmen zu Zonenplänen und Rekursen wurden schriftlich abgegeben. 148 Stellungnahmen wurden in Besprechungen erarbeitet oder abgegeben und flossen direkt als Auflagen in die Baubewilligungen ein.



## Departementssekretariat

### Behandlung von Beschwerden und Rekursen

Eingänge	2007	2008	2009	2010
Pendenzen vom Vorjahr	0	17	10	14
Departementsgeschäfte <sup>1</sup>	0	6	12	8
Vormundschaftsbeschwerden (RR)	16	12	13	18
Stimmrechtsbeschwerden (RR)	2	5	3	1
Aufsichtsbeschwerden (RR)	1	4	3	0
Diverse (RR)	5	8	8	15
<b>Total Beschwerden/Rekurse</b>	<b>24</b>	<b>52</b>	<b>49</b>	<b>56</b>
Erledigungen	7	42	35	33
Übertrag auf das folgende Jahr	17	10	14	23

<sup>1</sup>V.a. Rekurse in der Sozialhilfe, bis 2009 Beschwerden gegen Nichtgewährung Prämienerbilligung.